

Markus Mohr

Lesen Weitergeben Diskutieren – Weitergehen!

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe
Band II

Die Roten Hilfen als Teil der Fundamentalopposition in Westdeutschland
im Spiegel ihrer Flugblätter in den Jahren 1969 - 1975

Herausgegeben vom
Hans-Litten-Archiv



Titelbild

Demonstration der Roten Hilfe_★ West-Berlin
Mitte Juli 1972 über den Kurfürstendamm

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung zurückzusenden.

Herausgegeben vom Hans-Litten-Archiv e.V.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Nikolaus Brauns, Lange Geismarstr. 3, 37073 Göttingen

Satz und Gestaltung: Rote Hilfe e.V. – Satzkollektiv

Gesetzt in: Silber

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Hans-Litten-Archiv e.V.
www.hans-litten-archiv.de
Lange Geismarstr. 3, 37073 Göttingen

Lesen Weitergeben Diskutieren – Weitergehen!

**Die Roten Hilfen als Teil der Fundamentalopposition in Westdeutschland
im Spiegel ihrer Flugblätter in den Jahren 1969 - 1975**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung: „Flugblatt, auf augenblickl. Wirkung berechnet ...“	9
Alarm in Moabit	13
Erhöhte Wachsamkeit in den nächsten Wochen	15
Die Rote Hilfe doziert nicht, die Rote Hilfe hilft!.....	19
Die Genossen von der RAF haben den Kampf ernst genommen	25
Gebt dem Ermordeten Holger Meins das letzte Geleit	29
Kollegen, was bedeutet die Gründung der Roten Hilfe Deutschland für jeden einzelnen Werktätigen?	35
Kleines Glossar und Tipps zum Weiterlesen	38
Anhang: Dokumentation von RH-Flugblättern	40

Vorwort

Im September 2016 wurde die „*Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe*“ mit Silke Makowskis „*Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern*“ eröffnet. Nun hat es nochmals mehr als fünfeinhalb Jahre gedauert, bis wir als Hans-Litten-Archiv e. V. (HLA) den zweiten Band edieren konnten: In Markus Mohrs umfangreicher, präziser Arbeit „*Lesen – Weitergeben – Diskutieren – Weitergehen!*“ werden „*die Roten Hilfen als Teil der Fundamentalopposition in Westdeutschland im Spiegel ihrer Flugblätter in den Jahren 1969 – 1975*“ beschrieben. Die Texte werden flankiert von unzähligen Abbildungen dieses Materials aus den 1960er- und 1970er-Jahren, das – in wertvollen Originalen vorliegend – hierfür intensiv analysiert wurde.

Wir sind Markus sehr dankbar, dass er sich auf solch hohem Niveau unserer sozialgeschichtlichen Aufgabe gestellt hat: die ehemals geführten Kämpfe gegen unzumutbare Verwerfungen gesellschaftlicher Zustände zu erforschen und mit diesem Band zugänglich zu machen. Auf diese Weise wird es möglich, sich die früheren Proteste, Bewegungen und Erfahrungen in der Retrospektive anzueignen und plausibel erlebbar ins Jetzt zurückzuholen: Auf dieser les-, weitergeb- und diskutierbaren Hintergrundfolie können wir so weiter-, vielleicht sogar über die derzeitigen Verhältnisse hinausgehen.

Die Bedeutung, die solch eine detaillierte Aufarbeitung hat, ist nicht zu überschätzen. Nur so lässt sich verstehen, warum es historisch notwendig war, wie sich die fundamentaloppositionellen Roten Hilfen Westdeutschlands (BRD), die aus den 68er-Kämpfen entstanden waren, veränderten: Aus ihrer damals vehement postulierten Unterschiedlichkeit heraus entwickelten sie sich zu dem, was die Rote Hilfe e. V. zurzeit darstellt – eine „*parteiunabhängige strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation*“ mit mehr als 14.000 Mitgliedern.

Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre gab es noch keine Informationstechnologie, die es ermöglicht hätte, rasend schnell dissidente Positionen grenzenlos zu streuen oder unmenschliche Repressionsmaßnahmen zu entlarven und zu skandalisieren. Was es aber gab, waren Flugblätter!

Deshalb ist es bedeutsam, sich – wie im nun vorliegenden Konvolut – dieser „*Flug-Schriften*“ anzunehmen, die laut der Definition in Grimms Wörterbuch von 1854 „*auf augenblickliche Wirkung berechnet*“ wurden und „*meist propagandistisch ... abgefasst*“ waren. Die nach der Student*innenrevolte der Jahre 1967/68 sich „*in West-Berlin und Westdeutschland [ausbreitende] linke Fundamentalopposition ... gewann in vielfältig organisatorischer Weise Gestalt; so auch in der Solidaritätsbewegung mit juristisch Verfolgten und Gefangenen*“ (Markus Mohr); und eine ihrer bedeutendsten Gestaltungsformen – auch im Hinblick auf die (potenzielle) Ausweitung dieser sozialen Proteste – waren eben Flugblätter. Im Gegensatz zu gebundenen Büchern, die in zahllosen Bibliotheken verwahrt und zumindest antiquarisch noch erhältlich sind, sind Flugblätter nur für eine kurzzeitige, tagesaktuelle Nutzung gedacht. Übriggebliebene Restexemplare wurden von den Verfasser*innen oftmals weggeworfen, und es gab auch über Jahrzehnte hinweg keine linken Forscher*innen, die diese Quellengattung der Rote-Hilfe-Bewegung archiviert, kontextualisiert und (geschichtswissenschaftlich) korrekt „*eingesortiert*“ hätten. Entsprechend rar ist diese „*graue Literatur*“, die faszinierende Einblicke in den politischen Alltag der Solidaritätsaktivist*innen der 1970er Jahre gewähren. Zu den frühesten in der BRD verbreiteten Flugblättern mit RH-Bezug gehören jene der „*Initiative für Genossenschutz zum Strafprozess gegen Horst Mahler*“, mit denen dazu aufgerufen wurde, sich bei der noch aufzubauenden „*Rote Hilfe-Organisation*“ in „*geeigneter Art und Weise politisch zu engagieren*“.

Markus führt uns in seinem eröffnenden Kapitel „*Flugblatt, auf augenblickliche Wirkung berechnet ...*“ kenntnisreich durch die

verschlungenen Pfade der ersten RH-Organisierungsansätze, beginnend bei den RH-Komitees, die von der parteimaoistisch ausgerichteten KPD/Aufbauorganisation (AO) gegründet worden waren. Im Folgenden schildert er die über die Strukturen der bewegungsmaoistischen, „autonomen“ „Gruppe Proletarische Linke/Parteiinitiative“ laufenden Zusammenschlüsse namens RH_★, die es dann bald in West-Berlin, München, Hamburg und Frankfurt am Main geben sollte. Über das am Kommunistischen Bund orientierte Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) geht Markus Mohr zu den ebenfalls „Rote Hilfe“ leistenden, leninistisch grundierten „Komitees gegen Folter“ weiter, die ihren Fokus sehr stark auf die Gefangenen aus der RAF gelegt hatten und diesbezüglich äußerst viele Flugblätter veröffentlichten. Anschließend nimmt er wieder Kurs auf die KPD/AO, die „unter dem Druck einer Verbotsdrohung durch die Bundesregierung“ von West-Berlin weg eine „nationale“, also BRD-weite RH e.V. aus der Taufe heben wollte. Den Abschluss findet dieser Überblick mit der KPD/ML, die Ende Januar 1975 in Dortmund die Rote Hilfe Deutschlands bildete, aus der dann die heutige Rote Hilfe e.V. entstehen sollte.

Was dann kommt, ist die auf sechs Kapitel verteilte Beantwortung der Fragen, wie sich dieser „komplexe Selbstorganisationsprozess der westdeutschen Fundamentalopposition in ihren Flugblättern gespiegelt“ hat und was „die Themen der Roten Hilfe in ihren Flugblättern“ waren. Markus zieht nach der Sichtung von etwa 500 Flugblättern die Bilanz, dass die Roten Hilfen (bis 1975) zwar vornehmlich „die stets als unerträglich beschriebenen Maßnahmen der Polizei und der Justiz, kurz: die kontinuierliche Brandmarkung von etwas, was als Polizeierror und Klassenjustiz skandalisiert werden sollte“, thematisiert hätten. Zugleich beackerten sie inhaltlich durchaus auch Politikfelder, die weit über die zentralen Topoi antirepressiven Engagements hinausgehen, aber trotzdem aus ihrer Sicht untrennbar damit verbunden waren und deshalb in die Kämpfe miteinbezogen werden mussten – eben weil sie für die damaligen sozialen Bewegungen und deren Träger*innen von elementarer Bedeutung waren: Seien es die heftigen Auseinandersetzungen um (exorbitante) Mietkostenerhöhungen oder die ersten Hausbesetzungen, seien es die teilweise äußerst militant geführten Fahrpreiskämpfe oder die breit wiederaufflammenden Proteste gegen den bis heute nicht abgeschafften Paragraphen 218, seien es die Unterstützung von ausländischen Arbeiter*innen, denen beispielsweise wegen ihrer Beteiligung an Streiks Ausweisung angedroht wurde, die zahllosen Berufsverbote quer durch alle Bevölkerungsschichten nach dem so genannten Radikalenerlass oder willkürliche Gewerkschaftsausschlüsse – gegen all dies mussten Rote Hilfen massiv in Stellung gebracht werden. Das war notwendig, weil in all diesen Bereichen staatliche Repression in unterschiedlichen Facetten einen besorgniserregenden oder gar angsteinflößenden Ausdruck fand und letztendlich Menschen, die sich für oder gegen etwas eingesetzt hatten, zur „Rechenschaft“ zog – unter Anwendung des ganzen Repertoires gewaltförmiger Disziplinierungsmethoden.

Und die gesichteten Flugblatt-Texte sind erstaunlich aktuell geblieben; ihnen ist oft nicht anzumerken, dass sie schon auf ein Alter von fast 50 Jahren zurückblicken. Wenn wir da lesen können, dass die „Rote Hilfe alle [unterstützt], die wegen ihres Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung vor die Schranken der Klassenjustiz gezerrt werden [und] dabei ... jeden politisch Verfolgten durch die Unterstützung in der politischen Prozessführung und durch juristische Hilfe“ bestärkt, dann ist das heute noch von Gültigkeit – und war es auch schon zu den Anfängen der Rote-Hilfe-Komitees ab 1921. Die

Zeitlosigkeit vieler der geäußerten Forderungen und Prinzipien belegt, gerade im Angesicht des komplexen Selbstorganisationsprozesses, der jahrzehntelang durchschritten werden musste, die Kontinuität, die von den Anfängen der Roten Hilfen Anfang der 1970er Jahre zur derzeitigen strömungsübergreifenden Roten Hilfe e. V. führt.

Mit Markus Mohrs fundierter Untersuchung, die einen von Turbulenzen geprägten Zeitraum von etwa sechs Jahren abdeckt, lässt sich dies hervorragend nachzeichnen. Sie weckt damit ein konturierteres Verständnis der mannigfaltigen Vorgänge, aus denen heraus sich die sehr unterschiedlich ausgerichteten Roten Hilfen zu einer gemeinsamen wachsenden Schutz- und Solidaritätsorganisation zusammengefunden haben. Die Entwicklung wird eindrücklich veranschaulicht anhand von Flugblättern, die verschiedenen Zielsetzungen dienten: Sie mobilisierten, sie agitierten, sie stärkten die radikal linken Strukturen, die mit überbordender staatlicher Repression konfrontiert waren, sie schufen Gegenöffentlichkeit. Sie wurden gelesen, weitergegeben, diskutiert – um danach weiterzugehen.

Lasst uns zusammen weitergehen!

Michael Dandl, Vorstand Hans-Litten-Archiv e. V. im Dezember 2021



Entnommen von der Titelseite der RHZ der rh_★ Hamburg vom Juli 1972

Flugblatt, auf augenblickl Wirkung berechnet ...

flugblatt, n. fliegendes blatt, (...) Flugschrift auch Bindestrichschr der anonyme Einblatt-Druck od Einzeldruck von wenigen Seiten, meist propagandist (bzw polem) abgefaßt, auf augenblickl Wirkung berechnet; (...), gelegentl auch für Publikationen zur aktuellen theol, ästhet od sonst öffentl Diskussion, vereinzelt für Pamphlet. ...

(Grimms Wörterbuch 1854, Band 3, Spalte 778)

Nach der Studentenrevolte der Jahre 1967/68 breitete sich in Westberlin und Westdeutschland eine linke Fundamentalopposition aus. Sie gewann in vielfältig organisatorischer Weise Gestalt, so auch in der Solidaritätsbewegung mit juristisch Verfolgten und Gefangenen. Das erste Mal findet die Bildung einer „Rote Hilfe“ in Westdeutschland in einem Antrag der Kölner Gruppe des SDS auf der Delegiertenkonferenz dieser Organisation Anfang September 1967 in Frankfurt Erwähnung. Und dann erst wieder im Verlaufe des Jahres 1969 in den Spalten der Undergroundzeitschrift Agit 883. Ende August 1969 wird dort – auch ein bisschen passend zu ihrem Namen – zu einer kollektiven Blutspendeaktion zur Gründung eines sozialistischen Zentrums in West-Berlin aufgerufen. Um die Jahreswende 1969/70 wurde vor dem Landgericht in Moabit Rechtsanwalt Horst Mahler Mahler stellvertretend für die StudentenInnenbewegung für die militanten Proteste gegen den Springerkonzern nach dem Mordanschlag gegen Dutschke Anfang April 1968 unter anderem wegen Landfriedensbruch ein Strafprozess geführt. Zu Beginn des Jahres 1970 nahm ein sogenanntes Komitee Solidarität mit Mahler und die Initiative für Genossenschutz die Öffentlichkeitsarbeit auf. Zu diesem Zeitpunkt wurde erklärt eine „Rote Hilfe-Organisation“ aufbauen zu wollen. Erste Flugblätter der Initiative für Genossenschutz zum Strafprozess gegen Mahler mit dem Aufruf sich dort in geeigneter Art und Weise politisch zu engagieren, wurden verbreitet.

Der weitere Gründungsprozess der RH in West-Berlin vollzog sich im Jahre 1970 in einem politischen Spannungsfeld unterschiedlicher linksradikaler Gruppen. Mitte März 1970 gründete sich die KPD mit dem Zusatz: Aufbauorganisation: KPD/AO. Anfang Juni erklärte ein Zusammenhang, der sich in der Befreiung von Andreas Baader engagiert hatte, in dem Undergroundblatt Agit 883 nunmehr eine Rote Armee aufbauen zu wollen. Diese Konstellation sollte in der Folge zu Trennungen und Zerwürfnissen in der linksradikalen Szenerie der Stadt führen, von der auch die weitere Entwicklung einer Roten Hilfe nicht unberührt blieb. Von der KPD/AO war ab dem Frühjahr 1970 der Aufbau eines Rote Hilfe Komitee (RHK) vorangetrieben worden. Gegen Ende dieses Jahres vollzog sich aber eine Trennung zwischen dem der KPD/AO zugeneigten Rote Hilfe Komitee (RHK)

und einer sich im Horizont der Gruppe Proletarische Linke / Parteiinitiative (PL/PI) neu gründenden Roten Hilfe. Diese RH sollte in der Folge einen fünfzackigen Stern ★ in ihren Publikationen tragen. Letztere kann man gewissermaßen autonom nennen. Die Trennung zwischen dem RHK und der rh_★ kann als eine Scheidung eines mit spontaneistischen Elementen angereicherten Bewegungsmaoismus vom Parteimaoismus verstanden werden. Wesentliche Stichworte der komplexen Debatte waren unter anderen: Spontaneität, Räteorganisation oder Kaderorganisation, militanter Kampf – auch in Form von Stadtguerilla – versus Aufbau einer Kommunistischen Partei mit Orientierung auf die Arbeiterklasse.

Bis zum Ende des Jahres 1971 ist die RH ausschließlich eine West-Berliner Angelegenheit. Zumindest sind Flugblätter zur RH, sowohl vom RHK wie auch von der rh_★ nur aus dieser Stadt auffindbar. Erst am 28. Dezember 1971 tritt mit der rh_★ aus München mit einem Flugblatt zu einer Hausbesetzung unter der Parole „Kampf der Macht der Haus- und Grundbesitzer“ erstmals eine diesbezügliche Gruppe in Westdeutschland in das Licht der Weltöffentlichkeit. Im Laufe des Jahres tritt in West-Berlin auch eine Schwarze Hilfe mit Flugblättern in die Öffentlichkeit, in der sie zu einer Hausbesetzung aufruft.

Anfang Februar 1972 erscheint von der rh_★ West-Berlin die erste vierseitige Zeitung. Neben München entstehen auch in Hamburg und Frankfurt eine rh_★. Das RHK bleibt in diesem Jahr auf West-Berlin beschränkt. In der Folge sollte es staatlichen Verfolgung der Roten Armee Fraktion im Verlaufe des Jahres 1972 bundesweit zu einem Aufschwung von rh_★ im Bundesgebiet kommen. Zu der sogenannten Bombenkampagne der RAF im Mai 1972 verbreiteten Gruppen der rh_★ in ihren Zeitungen nicht nur die diesbezüglichen Kommandoerklärungen, sondern nahmen auch in einer Reihe von Flugblättern dazu Stellung. Auch das löste in der linksradikalen Szenerie von Frankfurt und Hamburg einiges an politischen Auseinandersetzungen aus. In Hamburg führte das dann dazu, dass sich ein Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) von der rh_★ trennte, und sich weiter an dem in der Stadt hegemonialen Kommunistischen Bund orientierte. Ab September 1972 finden sich die rh_★-Gruppen in einem gemeinsamen Zeitungs-

projekt zusammen. Ende des Jahres 1972 rufen die rh_★-Gruppen in einem gemeinsam verbreiteten Aufruf zur Solidarität mit den inhaftierten Gefangenen der RAF auf. Doch ab dem Frühsommer 1973 kommt es in der Folge zu einer Reihe von organisatorisch wie politisch einschneidenden Konkurrenz- und Trennungsprozessen in der Solidaritätsbewegung. Das dezentral-föderative Selbstverwaltungsprinzip der autonomen rh_★ war mit dem Zentralismus leninistischer Kaderorganisationen, gleich ob in Gestalt von Partei oder Stadtguerilla, nicht länger vereinbar. Auseinandersetzungen um die politische Organisation in Bewegungs- oder Parteiform oder um den Status und Charakter von „politischen“, „sozialen“ oder „kriminellen“ Gefangenen ließen sich nicht mehr unter einem organisatorischen Dach balancieren.

Aus den vielschichtigen Auseinandersetzungen der autonomen rh_★ mit den Gefangenen aus der ersten Generation der RAF gründeten sich ab dem Frühjahr 1973 sogenannte Komitees gegen Folter (KGF). Sie orientieren sich enger an der Politik der RAF-Gefangenen als die rh_★. Für die Zeit zwischen 1973 - 1975 werden von den KGF etwa 40 Flugblätter veröffentlicht.

Nach einer erfolgreichen Besetzung des Bonner Rathauses als Protest gegen den Staatsbesuch des südvietnamesischen Staatspräsidenten Thieu Mitte April 1973 geriet die KPD/AO unter dem Druck einer Verbotsdrohung durch die Bundesregierung. Sie hatte sich um mehrere Inhaftierte aus ihren Reihen zu kümmern. Auch aus diesem Grunde transformierte die Partei ab dem Sommer des Jahres 1973 die Arbeit ihres Rote Hilfe Komitees von West-Berlin in den Aufbau einer bundesweit orientierten RHeV. Die RHeV wurde nach dem FORD-Streik in Köln im August 1973 aus der Taufe gehoben.

Im Verlaufe des Jahres 1973 schaltete sich die KPD/ML in den weiteren Organisationsprozess der rh_★ ein. Nachdem sie von den spontaneistisch orientierten rh_★-Gruppen im Frühjahr 1974 von einer Konferenz in Bochum ausgeschlossen worden war, nahm die KPD/ML Kurs auf die Gründung einer von ihr kontrollierten RH. Sie sollte eigentlich im Oktober zum 50. Jahrestag der Gründung der Roten Hilfe Deutschland (RHD) ins Leben gerufen werden. Doch zu diesem Zeitpunkt engagierte sich die KPD/ML in der Unterstützung des dritten großen Hungerstreiks der RAF-Gefangenen. Er endete mit dem Hungertod von Holger Meins in der JVA Wittlich. Allein im November 1974, nach seinem Hungertod, wurden von den diversen RH mit 34 Flugblättern fast so viele Flugblätter als im ganzen Jahr 1971 in Umlauf gebracht. Die KPD/ML entschied sich dann die RHD Ende Januar 1975 ohne weitere Öffentlichkeitsbeteiligung in Dortmund zu gründen. Diesen Akt feierte sie dann zwei Monate später Ende März des Jahres 1975 in Stübens Gesellschaftsräumen in Hamburg-Wilhelmsburg am Reiherstieg – einem seit dem Kaiserreich bekannten traditionsreichen Vereinslokal

der Arbeiterbewegung. Aus dieser RHD ist schließlich die heutige Rote Hilfe hervorgegangen. Mit dieser Feier, die durch eine von der Hamburger Ortsgruppe der RHeV wohl direkt vor Ort verteilte mehrseitige Flugschrift kritisch kommentiert wurde, endet auch diese Abhandlung.

Wie hat sich der komplexe Selbstorganisationsprozess der westdeutschen Fundamentalopposition in ihren Flugblättern gespiegelt? Was waren die Themen der Roten Hilfe in ihren Flugblättern?

Zu letzterem: Liest man die für die hier behandelten Zeitraum etwa 500 Flugblätter quer, so finden sich darin neben der Thematisierung der vielfältigen Wirkungen der staatlichen Repression wesentlich durch die Polizei und der Justiz auch alle möglichen anderen Themen angesprochen: Mietkosten, Hausbesetzungen, Fahrpreiskämpfe, die Auseinandersetzungen um den § 218, Unterstützung von ausländischen Arbeitern bei drohender Ausweisung, Arbeitslosigkeit, der Kampf gegen Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und um die Beanspruchung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Zentral aber natürlich für die aller meisten der hier betrachteten RH-Flugblätter ist die anhaltende Thematisierung der stets als unerträglich beschriebenen Maßnahmen der Polizei und Justiz, vice versa: die kontinuierliche Brandmarkung von etwas, was als Polizeierror und Klassenjustiz skandalisiert werden soll. Die Ortsgruppe der im Gravitationsfeld der KPD/AO organisierten Roten Hilfe e.V. in Hamburg hat das alles einmal in einem im Frühjahr 1974 verteilten Flugblatt (FB) unter dem Titel: *„Wofür kämpft die Rote Hilfe“* in fundamentaloppositioneller Absicht wie folgt beschrieben: *„Die ROTE HILFE unterstützt alle Unterdrückten in ihrem Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen, sei es gegen die Kürzung und Streichung von Sozialleistungen, gegen Mietwucher und Zwangsräumungen oder andere Angriffe der Kapitalistenklasse. Jedes Jahr werden Hunderte wegen ihres Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung vor die Schranken der Klassenjustiz gezerrt. Wer durch Hausbesetzung gegen Stadtanierung und Bodenspekulation kämpft, wie letztes Jahr in der Ekhofstraße, wird wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor Gericht gestellt und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Wer gegen die Fahrpreiserhöhungen beim HVV (Hamburger Verkehrsverbund) kämpft, wird wegen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung angeklagt. Wer Ausbeutung und Unterdrückung und ihre Absicherung durch den kapitalistischen Staat beim Namen nennt, bekommt eine Prozess wegen Verunglimpfung der BRD. Aktiver Widerstand gegen das imperialistische System in den Augen derer, die die Macht in den Händen halten, eine strafbare Handlung. Jeder, der es wagt, die Machenschaften der herrschenden Klasse und ihrer Büttel im Staatsapparat öffentlich anzuprangern und organisiert dagegen zu kämpfen, ist nach den Gesetzen der Kapitalisten ein ‚Krimineller‘.*

Die ROTE HILFE unterstützt alle, die wegen ihres Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung vor die Schranken der Klassenjustiz gezerrt werden. Dabei bestärkt sie jeden politisch Verfolgten durch die Unterstützung in der politischen Prozessführung und durch juristische Hilfe.“ (FB v. Mai 74)

Die Flugblätter der Roten Hilfe wurden in wenigstens 23 Orten der Bundesrepublik, angefangen von Flensburg, Wetzlar bis nach Reutlingen erstellt und verteilt. Wenig verwunderlich aber wahr: Ein großer Teil der Flugblätter stammt aus West-Berlin, und wurden wesentlich von der rh_★ und der RHeV, ihren Ortsgruppen in Moabit, Wedding, Kreuzberg und Moabit sowie ihrem Vorläufer, dem Rote Hilfe Komitee (RHK) publiziert. Von 1970 ab an steigt die Anzahl der verbreiteten RH-Flugblätter pro Jahr kontinuierlich an. Im Jahr 1974 werden dem neugierigen Teil der Bevölkerung allerorten in Westdeutschland wenigstens 220 Flugblätter der unterschiedlichen RH zur Verfügung gestellt - ein danach in der 1970er-Dekade nicht wieder erreichter Höhepunkt.

In Gestalt der Roten Armee Fraktion (RAF) beschäftigen die Fernwirkungen des linken fundamentaloppositionellen Aufbegehrens in der BRD aus dem genannten Zeitraum noch heute die Gemüter. Ein Blick auf die Flugblätter der Roten Hilfen der Jahre zwischen 1970 bis zum März 1975 verspricht Aufschluss darüber, welche politischen Horizonte in der Abwehr der staatlichen Repression geltend gemacht wurden.

Dabei wird unter einem Flugblatt ein Text verstanden, der in der Regel eine Seite oder zwei Seiten, maximal vier Seiten Din-A4 umfasst. In Ausnahmefällen wurden aber von den RH auch A3-große Flugblätter in Umlauf gebracht. Und nicht zu vergessen: Ein Flugblatt wird kostenlos verteilt, was wiederum seine Flüchtigkeit stark erhöht – allerdings seine Chance auf Archivierung außerordentlich herabsetzt.

Nicht alle Flugblätter lassen sich von heute aus sofort verstehen. Wie interpretiert man sie aber? Hilfreich war hier die parallele Lektüre von linksradikalen Bewegungs- und Parteizeitungen. Dabei kann der verwickelte Entstehungsprozess der Roten Hilfe in West-Berlin der Jahre 1969–71 in einer Vielzahl von Beiträgen in der Roten Presse Korrespondenz, Agit 883

und dem Hochschulkampf nachgelesen werden. Ab Mitte Februar 1972 vertreibt die rh_★ West-Berlin eine eigene Zeitung unter diesen Namen. Sie sollte es neben einer Reihe von Lokalausgaben in München, Frankfurt und Hamburg bis zum Frühjahr 1974 auf 23 Ausgaben bringen. Von der als Trabant der KPD/AO gegründeten RHeV wurde ab Oktober 1973 ebenfalls eine eigene Rote Hilfe Zeitschrift vertrieben. Für eine Kontextualisierung mancher RH-Flugblätter für die Zeit ab Sommer 1972 folgende lohnt ein Blick in die Zeitungen der wesentlichen maoistischen Gruppen: Die KPD/AO publizierte dabei die *Rote Fahne*, der Kommunistische Bund den *Arbeiterkampf* und die KPD/ML den *Roten Morgen*.

Im folgenden werden die Themen und Inhalte einiger RH-Flugblätter jeweils pro Jahrgang skizziert. 24 davon werden im Anhang dokumentiert. Insoweit bei einigen die Qualität so schlecht ist, wurde eine Abschrift angefertigt, was jeweils gekennzeichnet ist. Die Flugblätter können im Original im Hans-Litten Archiv, Göttingen eingesehen werden.

Von dem Verfasser wurde 2013 zu allen bis zum damaligen Zeitpunkt für den Zeitraum von 1969–1980 auffindbaren etwa 800 Flugschriften der Roten Hilfen und verwandter Solidaritätsorganisation – aktuell ist die Zahl der aufgefundenen Flugblätter auf über 850 angewachsen – ein leicht kommentiertes Verzeichnis publiziert. (M. Mohr, *Weitergeben! ...*) Es kann zu dieser Schrift ergänzend herangezogen werden.

Als Entrée zu der Einleitung wurde eine Abbildung aus der Zeitung der rh_★ Hamburg aus dem Sommer des Jahres 1972 gewählt. Mit dem was man im Zusammenhang mit der Roten Hilfe liest und an Informationen erhält fordert es kurz und knapp dazu auf: „*Lesen Weitergeben Diskutieren!*“ Hier wurde es noch um die Aufforderung „*Weitergehen!*“ ergänzt. Der auch heute gegenwärtig zu haltende Gedanke an Rote Hilfe und Solidarität mit den im Kampf um kollektives Glück und Befreiung Beleidigten, Gedeemühten, Geschlagenen, Verletzten, Herabgewürdigten, Festgenommenen und Inhaftierten muss natürlich immer den Befehlston der Polizei „*Stehen bleiben!*“ ignorieren. Solidarität mit denen die Hilfe brauchen und die auf sich hält, geht tatsächlich immer weiter.



1970 Alarm in Moabit

Für den Verlauf des Jahres 1970 sind – wenn man die Verlautbarungen einer Gruppe namens *Komitee für Genossenhilfe* oder *Genossenschutz* dazu rechnet – sieben Flugblätter in direkten Bezug zur Entstehung einer Roten Hilfe nachweisbar. Sie stammen allesamt aus West-Berlin.

Zum Strafprozess gegen Rechtsanwalt Horst Mahler wegen der Studierendenproteste gegen Springer nach den Kugeln auf Rudi Dutschke vom April 1968 verbreitete die Initiative für Genossenschutz Flugblätter, in denen sie dazu aufrief, sich direkt im Gerichtssaal zu engagieren. In einem Flugblatt unter dem Titel: „*Alarm in Moabit*“ heißt es unter anderem: „*Der Prozeß gegen den Genossen Mahler war vor Weihnachten mit sehr knapper Solidarität abgelaufen. Die Organisation sinnvoller Solidaritätsaktionen fehlte. Das führte nach den ersten Prozesstagen zu einer abnehmenden Zahl der linken Prozeßbesucher. Die allgemeine Apathie ‚in Sachen Mahler‘ ist kein spezifisches Problem seines Prozesses. Das Komitee GENOSSENHILFE der sozialistischen Gruppen Westberlin hat seit Anfang dieses Jahres damit begonnen, die Prozeßbesuche für alle Genossen zu organisieren. Damit soll die solidarische Praxis aus der Sphäre moralischer Appelle (an alle Genossen) individuell herausgehoben und als Genossenhilfe organisatorisch angegangen werden.*“ Liest man dieses Flugblatt weiter, so scheint den Aktivist*innen eine Störaktion im Moabit Justizpalast großen Spaß gemacht zu haben: „*Die durch unsere Agitation gestern (...) zahlreich erschienenen Genossen hatten Gelegenheit, das durch seine Überschaubarkeit und beste Akustik ausgezeichnet Gerichtsgebäude für ihre Solidaritätsaktionen auszunutzen.*“

Wenig später, Mitte Februar, erschien schon das nächste Flugblatt des Komitees für Genossenschutz, das zu dem Zeugenauftritt des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin Klaus Schütz im Gerichtsprozess mobilisierte. (DOK_1)

Für den 7. und 18. März mobilisierte ein Bündnis linksradikaler Gruppen, darunter die Roten Zellen, das Komitee für Genossenschutz und der Republikanische Club zur Urteilsverkündung im Mahler-Prozess. Unter einem Potpourri von Parolen: „*Solidarität im Kampf gegen den Klassenfeind/ Solidarität Organisieren! Arbeitet für Genossen Hilfe und Rote Hilfe! Solidarität mit allen Opfern der Klassenjustiz! Freiheit für die Genossen in Chicago! Freiheit für Bobby Seale! Unterstützt die Genossen in den westberliner Gefängnissen! Freiheit für Pawla, Michael Baumann, Georg von Rauch, Ralf Reinders, Bernhard Braun! Hände weg von Mahler!*“ verpflichtete

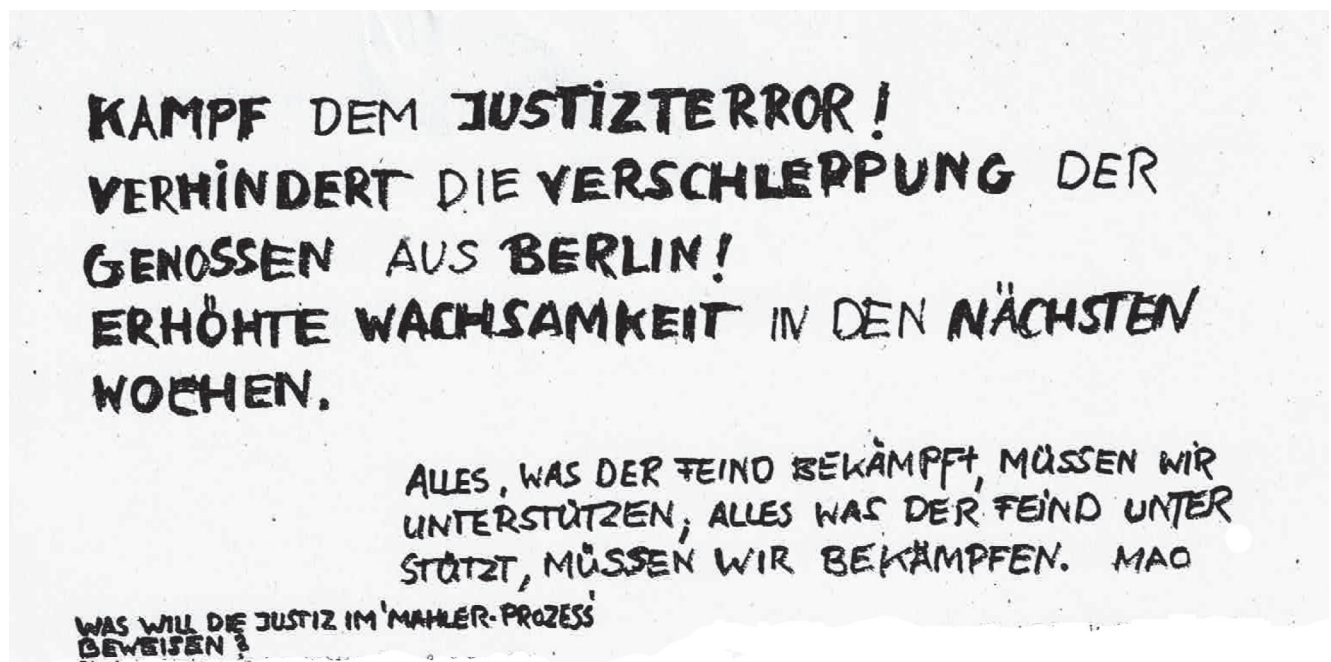
man sich dazu, so heißt es in dem Aufruf, „*sozialistische Solidarität als Genossenhilfe und Rote Hilfe zu organisieren!*“ In einem Flugblatt zur Urteilsverkündung am 18. März zeigte sich das Komitee für Genossenschutz, der Republikanische Club, die KPD-Aufbauorganisation und erstmals explizit eine Rote Hilfe in einem „*Aufruf zur Kampfdemonstration gegen die terroristische Bedrohung des Genossen Mahler durch die Klassenjustiz*“ davon überzeugt: „*Der Stein, den sie erheben, wird auf ihre eigenen Füße fallen!*“ (FB v. 18.3.70)

Zu der anstehenden Demonstration am ersten Mai in West-Berlin erklärte sich die Rote Hilfe in einem Flugblatt für konstituiert. Mit einem Signet, das auch schon für die RHD-Funktionärszeitung „Der rote Block“ in den frühen 1930er Jahren Verwendung gefunden hatte, wurde für Vollmachten geworben, um Spendenbeiträge einzuziehen. Darüber hinaus informierte man, dass man für den 1. Mai „*einen medizinischen, technischen und juristischen Hilfsdienst*“ eingerichtet habe, und verwies dabei auf die Rückseite des Flugblattes mit praktischen Demonstrationstipps: „*Während der Demonstration am Sonnabend wird das Sekretariat der ROTEN HILFE einen Telefondienst einrichten. Genossen! Es ist dringend notwendig, wenn ihr verhaftet werdet oder seht, wie andere Genossen von den Bullen einkassiert werden, folgende Tel. Nummern anzurufen: 8816664 357777*

Dort werdet ihr juristisch beraten werden und wenn es nötig sein sollte, mit Lebensmitteln versorgt. Nehmt billige Fotoapparate mit zur Demonstration! Protokolliert alle Vorfälle bei denen genossen mit Bullen Schwierigkeiten haben und meldet Verhaftungen sofort bei einer der beiden Nummern! Gebt Fotos und Berichte beim Sekretariat ab der ROTEN HILFE ab!

Durch das Projekt Blaukreuz wird die medizinische Versorgung sichergestellt. Wendet euch bei der Demonstration an die Rettungssanitäter, und an die Genossen in dem mitfahrenden Blaukreuzwagen. Bei kritischen Situationen wendet euch an die Genossen des Projekts Technik, die mit Funk und Megaphon ausgerüstet sind.“ (DOK_2)

Dieses Flugblatt sollte dann für das Jahr 1970 das letzte sein, das die Öffentlichkeit erreichte. Über den weiteren Kurs einer Roten Hilfe kam es zwischen unterschiedlichen Gruppen zu harten Auseinandersetzungen. Diese wurden verständlicherweise in den dazu einberufenen Treffen von Angesicht zu Angesicht und in den Zeitungen der Bewegungen ausgetragen und nicht der Bevölkerung in kostenlos verbreiteten Flugblättern mitgeteilt.



Ausschnitt aus einem Flugblatt der rh_★ West-Berlin Mitte Mai 1971

1971 Erhöhte Wachsamkeit in den nächsten Wochen

Für das Jahr 1971 lassen sich wenigstens 33 Flugblätter auffinden. Sie stammen bis auf eins aus West-Berlin. Am 28. Dezember 1971 tritt mit der rh_★ aus München mit einem Flugblatt zu einer Hausbesetzung erstmals eine solche Gruppe in Westdeutschland in das Licht der Weltöffentlichkeit.

Vermutlich zu Beginn des Jahres verbreitete die Schwarze Hilfe eine „Information“, in der „die Spaltung der studentischen RH und die dadurch fortschreitende Vernachlässigung der Genossen im Knast, und der Genossen, die Rat und Hilfe“ brauchen, beklagt wurde. Indirekt wurde damit auf die in der zweiten Jahreshälfte 1970 zwischen unterschiedlichen Fraktionen ausgebrochenen Streitigkeiten angespielt. Weiter führte das Flugblatt der Schwarzen Hilfe aus, „dass einige inhaftierte Genossen, denen Aktionen zur Last gelegt werden, die auf den ersten Blick ‚politisch relevant‘ erschienen, bevorzugt betreut wurden – andere Genossen und Freunde, die Aktionen wegen saßen, welche oberflächlich betrachtet nicht in ihre bzw. eine ‚politische Linie‘ passten, wurden unter ‚ferner liefen‘ oder gar nicht betreut.“ (FB v. Februar 71)

Diese Kritik hielt jedenfalls das RHK Mitte März nicht davon ab, mit einem Flugblatt Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen einzuladen, „um die Öffentlichkeit über die Rechtsbrüche vonseiten der Polizei und Justiz und über die Lage der politischen Gefangenen in den Westberliner Gefängnissen zu informieren.“ (FB v. 15.3.71)

Im Zentrum der Flugblattaktivitäten dieses Jahres stehen der Ende Mai durch Urteil des Landgerichtes Moabit abgeschlossene Strafprozess gegen Irene Goergens, Ingrid Schubert und Horst Mahler. Sie waren Anfang Oktober 1970 in einer illegalen Wohnung in der Knesebeckstraße in Charlottenburg inhaftiert worden, und ihnen wurde vorgeworfen, an der Befreiung von Andreas Baader mitgewirkt zu haben. Die Genoss*innen, darunter auch Monika Berberich und Brigitte Asdonk, wurden von der Polizei und den bürgerlichen Medien der RAF zugerechnet – ein Anwurf, der von den so Benannten zunächst weder dementiert noch bestätigt wurde. Während des in der Zeit zwischen März bis Mai 1971 stattfindenden Strafprozesses verzichteten die Angeklagten auf jede öffentliche Agitation zugunsten der RAF. Beide Roten Hilfen nutzen hier die Gelegenheit, mit Hilfe von Flugblättern ihre Sicht zu diesem Strafprozess kundzutun; acht Flugblätter sind nachweisbar.

Der andere Schwerpunkt der Flugblattagitation lag in der Reaktion auf die Erschießung von Georg von Rauch am 4. Dezember in Berlin-Schöneberg. Von Rauch war im Zusammenhang mit einer Fahndung nach RAF-Aktivist*innen von einem Zivilbeamten der Polizei erschossen worden. Der Tod des vielen aus den Studierendenbewegung bekannten von Rauch löste eine große Betroffenheit aus. An der Demonstration über den Kur-

fürstendamm beteiligten sich völlig frei von allen Distanzierungsanstrebungen zur RAF rund 4.000 Menschen.

Anlässlich des laufenden Baader-Befreiungsprozesses Mitte Mai 1971 nutzte die rh_★ die Gelegenheit, sich in einem Flugblatt ausführlich mit dem Vorgehen der Klassenjustiz gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe“ auseinanderzusetzen. Sie führe einen Klassenkampf von oben, ihr Vorgehen stelle „eine politische Offensive gegen die gesamte Linke dar. Ihr Ziel ist es, die militanteste Spitze des revolutionären Lagers nachhaltig und massenwirksam zu liquidieren. (...) Die Genossen haben öffentlich den Massen sichtbar und bewußt mit ihrer ganzen Existenz das staatliche Monopol auf Gewaltanwendung durchbrochen. Sie haben gegen das Recht der Herrschenden die revolutionäre Gerechtigkeit gesetzt. (...) Es ist eine Sache, die Strategiedebatte zu führen; es ist eine Sache, zu untersuchen, ob Stadtguerillaaktionen gegenwärtig zu einem Element einer kommunistischen Gesamtstrategie werden könne. Und es ist eine andere Sache, daß die Aktionen der Baader-Meinhof-Gruppe ein Zeichen gesetzt haben, daß es sich lohnt, darüber nachzudenken wie man sich wehren kann. Ein Zeichen all denen, für die Staatsapparat bedeutet, daß Recht auf ein glückliches Leben verloren zu haben. Daß die Gruppe bislang noch nicht geschnappt werden konnte, ist eine wirkliche Hoffnung für alle, die den Widerspruch zwischen dem immensen Reichtum dieser Gesellschaft und ihrer eigenen glücklosen Existenz nicht aushalten können. (...) Der politische Charakter der Gruppe liegt gerade darin, daß sie der unterdrückten Wut, dem Bedürfnis der Rache am Ausbeuter, und dem Drang, um sich zu schlagen eine politische Dimension gibt.“ (FB v. Mai 71)

Nach diesen allgemeineren Überlegungen zu einer Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung rief die rh_★ dazu auf, sich gegen die – wie sie es formulierte – „drohende Verschleppung der Genossen aus Berlin“ zu engagieren. Hintergrund war die Absicht der Justizbehörden, Mahler, Asdonk, Berberich, Schubert, Bernhard und Renate Wolf in Gefängnisse nach Westdeutschland zu verlegen. Der Klassenjustiz gehe es mit dieser Maßnahme darum, „die Kontakte“, die sich für die Genoss*innen „in Westberlin gebildet haben, (zu) zerschlagen“, die Verteidigung solle „durch die räumliche Verteilung (...) behindert“ werden. Gerade aus dem „Beispielcharakter, den die Verfolgung der Genossen Baader, Mahler, Meinhof u. a.“ habe, liege es auf der Hand, dass sich „in dieser Frage eine Einheit aller kämpfenden Gruppen ergeben“ müsse. Die rh_★ rief dazu auf, dass „jeder die Entwicklung mit der Verschleppung genau verfolgen“ müsse, um so „zum gegebenen Zeitpunkt an Demonstrationen“ teilzunehmen. (DOK_3)

Im Unterschied zur konkurrierenden RHK endete die Manifestation nicht mit der Parole „Solidarität mit allen politischen Gefangenen“, sondern mit dem Ausruf „Freiheit für alle Gefangenen“ und „Solidarität im Klassenkampf.“

In einem Mobilisierungsflugblatt zu einem Teach-In direkt zu der Urteilsverkündung in dem besagten Strafverfahren nutzte auch das RHK die Gelegenheit, zu einigen der von der rh_★ aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Aus ihrer Sicht zeige der Prozess gegen Mahler, Schubert und Goergens, „wie umfassend der Angriff der herrschenden Klasse auf die demokratischen Rechte des Volkes ist.“ Darin kennzeichnet sie die RAF zu diesem Zeitpunkt als das „Phantom Baader-Bande.“ Unter Hinweis auf den durch den West-Berliner Innensenator Kurt Neubauer in dem Strafprozess als Zeuge der Anklage eingesetzten Spitzel Peter Urbach erklärte das RHK mit Blick auf die Staatsanwaltschaft, dass damit doch „auch die ganze Theorie von der Baader-Bande in sich zusammen (falle,) der man doch noch so gerne alle möglichen Verbrechen und ungeklärten Fälle unterschieben wollte.“ Hier gehe es um die Absicht der herrschenden Klasse, sich mit der Verurteilung der „ersten angeblichen Mitglieder der Baader-Bande“ die Möglichkeit zu verschaffen, „eine ihrer alten Waffen aus dem Arsenal der Kommunistenjagd wieder ungehemmt einzusetzen.“ Eben diese sollen „gegen die Organisationen der Arbeiterklasse eingesetzt werden“, um auch so „die bürgerliche Öffentlichkeit wieder daran“ zu gewöhnen, „daß revolutionäre Politik als ‚gemeine Kriminalität‘ von der Klassenjustiz abgehandelt werden“ müsse. Hier kämpfe man, so erklärte das RHK weiter, „gegen den rücksichtslosen Abbau der demokratischen Rechte der politischen Gefangenen, der allein dem Zwecke dient, die Illegalisierung und Kriminalisierung der sozialistischen und kommunistischen Organisationen vorzubereiten.“ An die Adresse der konkurrierenden „Rote Hilfe (PL/PI)“ gewendet distanzierte sich das RHK von den „Aktionen auf dem Kurfürstendamm, (...) die genau in das Konzept von Neubauer und Hübner passen“. Und weiter führte das RHK aus, dass „jede Scheibe auf dem Kudamm, die zerbricht, (...) nur denen nützen (kann), die ihre Rechtsbrüche vertuschen wollen. Wer wie die Rote Hilfe (PL/PI) behauptet, daß diese Aktionen ein Schritt auf dem Wege zur Revolution seien, dem entgegenen wir, ob denn nicht ein Urbach genügt, um diese Aktionen richtig zu beurteilen.“ Die rh_★ hatte sich ein paar Tage vor der Urteilsverkündung auf dem Ku'damm gegen die geplante Abschiebung der in West-Berliner Knästen einsitzenden politischen Gefangenen an einer Randalie beteiligt. Auch das hielt den Verteidiger von Horst Mahler, den Rechtsanwalt und späteren Bundesinnenminister Otto Schily, nicht davon ab, durch seine Präsenz das durch eine vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtete Gruppe durchgeführte Teach-In am 21. Mai 1971 zu bereichern. (DOK_4)

Ende Juli rief die rh_★ West-Berlin dazu auf, der in Hamburg durch einen im Rahmen einer Fahndung nach Mitgliedern der RAF durchgeführten Polizeieinsatz erschossenen Petra Schelm in der frühen Morgenstunde das letzte Geleit zu geben. Sie sei in einer „beispiellosen

Notstandsübung“ gejagt und „mit der MP niederschossen und liegen gelassen“ worden von den Polizisten, die noch den Genossen Werner Hoppe jagen wollten. „Dieser Mord war vorbereitet. Die Hetze gegen den Staatsfeind Nr. 1 läuft schon seit einem Jahr.“ Seitdem habe sich der Staatsapparat „den Freibrief für den geplanten Mord mit Notstands- und Bürgerkriegsübungen selbst ausgestellt. Jetzt antwortet die Hamburger Polizei auf die Fragen der irritierten liberalen Presse: ‚Waren Sie eigentlich schon mal im Krieg?‘“ Die rh_★ hielt den „Genossen von der RAF“ zu Gute, dass „sie nicht umsonst die Zielscheibe der Genscherschen MP's“ geworden seien: „Sie haben konsequent die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen den Staatsapparat propagiert.“ Nun bestehe die „Gegenpropaganda des Staatsapparates, die Massenarbeit der Herrschenden (...) darin, die Staatsfeinde zu liquidieren.“ Mit der Beteiligung an der Beerdigung wollte man nun zeigen „dass Petra Schelm zu uns gehört.“

Es gab aber in diesem Jahr auch noch Flugblätter der beiden Roten Hilfen zu anderen Themen als zu der Gretchenfrage Pro oder Contra RAF.

Mitte Juli besetzte die Schwarze Hilfe in der Stadt unter der Parole „Sind Villen nur für Reiche da?“ das seit fünf Jahre leerstehende Haus an der Paulsenstrasse 44 in Steglitz mit dem Ziel, Platz für eine 10-köpfige Familie zu schaffen. Leider wurde diese Besetzung schnell geräumt. (FB v. 13.7.71) Unter der Parole: „Das lassen wir uns nicht mehr gefallen/ Einer allein kann nur meckern/ Tausende können etwas durchsetzen!“ führte die rh_★ gegen geplante BVG-Preiserhöhungen Mitte Juli eine sogenannte „Warndemonstration“ zum BVG-Haus am Kleistpark durch. (FB v. 16.7.71) Fast zeitgleich dazu rief die rh_★ aus Anlass der Urteilsverkündung der beiden GIs William Burrell und Larry Jackson, die beschuldigt worden waren, sich mit US-Wachmannschaften auf dem Truppenstützpunkt Ramstein in der Pfalz eine Schießerei geliefert zu haben, zu einem Teach-In in das Audimax der Technischen Universität auf. (FB v. 12.7.71) Mit diesem Teach-in nahm die rh_★ die engagiert geführte Solidaritätskampagne des Black Panther Komitees aus Frankfurt für Burrell und Jackson auf – eine Gruppe aus der sich Anfang des Jahres 1972 die rh_★ Frankfurt bilden sollte. Nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung der sogenannten Pentagon-Papiere, die die verbrecherischen Kriegsführung der US-Regierung enthüllten, rief das Rote Hilfe-Komitee Ende Sommer dazu auf, „den heldenhaften Kampf der Völker Vietnams, Laos und Kambodschas“ zu unterstützen. Parallel dazu wurde dazu aufgerufen, Medikamente zu spenden, für die das RHK eine eigens erstellte Liste verbreitete. Das RHK erklärte, dass es trotz aller „gewaltigen Erfolge der Völker Indochinas“ weiter notwendig sei diesen Kampf weiter unterstützen. Das RHK rief alle „fortschrittlichen Mediziner dazu auf, Medikamente zu spenden, die die Befreiungskämpfe dringend brauchen,

um der Bevölkerung so weit wie möglich zu helfen, die Wunden der dauernden verbrecherischen Überfälle der US- und Marionettentruppen zu heilen.“ (FB v. Ende Juni 71) Im September forderte das RHK mit einem Flugblatt aus Anlass einer Flutkatastrophe in der Demokratischen Republik Vietnam zur Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes auf. (FB v. Ende September 71)

Nachdem der nicht in der RAF organisierte Georg von Rauch von einem Polizeibeamten in Schöneberg erschossen worden war, mobilisierte die rh_★ West-Berlin am Abend des 6. Dezember 1971 zum Winterfeldplatz. Am Tag danach berichtete der Tagesspiegel über eine vor der Demonstration einberufene, von etwa 1.500 Studenten besuchte Vollversammlung in der Freien Universität. Dort sei dazu aufgerufen worden, dass sich *„ungeachtet der ideologischen Differenzen mit Angehörigen der Roten Armee Fraktion (...) alle Linken an ihren gemeinsamen Ursprung aus dem Zusammenbruch der Studentenbewegung erinnern sollten, und es daher gelte, das durch eine Solidaritätsdemonstration für den ‚ermordeten Georg von Rauch‘ zu zeigen.“* Von dem Tagesspiegel-Reporter wurde aufmerksam registriert, dass sich weder die Sozialistische Einheitspartei (SEW) noch der Kommunistische Studentenverband an der nachfolgenden Demonstration, zu der ein Kampfrat der Roten Zellen, der Republikanische Club und die Rote Hilfe aufgerufen hatten, beteiligten. An der Demonstration in der Berliner Innenstadt bis zur Gedächtniskirche, so der Tagesspiegel-Bericht weiter, nahmen dann etwa *„drei bis viertausend Jugendliche“* teil. *„Die Demonstranten machten in Sprechchören die Polizei und Innensenator Neubauer für den ‚Mord‘ an Georg von Rauch verantwortlich und forderten die Entwaffnung der Berliner Polizei. Unter den Sprechchören hörte man immer wieder den Ruf ‚Solidarität ist*

unsere Waffe‘. Im Demonstrationzug wurden zahlreiche Bilder inhaftierter Linksextremisten wie Kunzelmann und Teufel, von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe wie Astrid Proll, Ingrid Schubert sowie von Horst Mahler mitgetragen. (...) Im Anschluß an die Kundgebung zogen nach Angaben der Polizei mehrere Demonstranten den Kurfürstendamm entlang, wobei einige Steine geworfen wurden.“ (Tagesspiegel v. 7.12.71) In einem zu dieser Demonstration verbreiteten Flugblatt wurde auf Widersprüche in der offiziellen Darstellung der Todesumstände von Georg von Rauch aufmerksam gemacht, von einem *„geplanten Mord“* gesprochen, und dass heute auf *„einzelne Genossen“* und *„morgen“* schon auf *„streikende Arbeiter“* geschossen werden könne. (DOK_5)

In einem weiteren Flugblatt forderte die rh_★ in Form eines *„politischen Auftrages“* dazu auf, in der Zukunft *„mit all den Genossinnen und Genossen* (zu diskutieren), *mit denen ihr in den vergangenen Jahren gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze, gegen diesen kapitalistischen Staat gekämpft habt. Fragt sie, warum sie heute nicht da sind. Agitiert sie einzeln. Fordert jeden auf, eine gemeinsame massenhafte Kampf-demonstration gegen den Polizeiterror zu organisieren.“*

In der Folge erreichte die rh_★ das erste Mal eine größere Resonanz in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Bis in den Februar 1972 findet die Gruppe mit ihren sorgfältigen Recherchen zu den Umständen der Erschießung von Georg von Rauch, die Anfang 1972 in einem mehrseitigen Ermittlungsausschussbericht münden, in einer Reihe von Artikeln im *Tagesspiegel*, in der *Frankfurter Rundschau*, in der *Süddeutschen Zeitung* und im *SPIEGEL* Erwähnung. Auch das wird in Westdeutschland andere Genoss*innen dazu ermutigt haben, die Gründung einer lokalen Roten Hilfe ins Auge zu fassen.



Plakat zu einer Mietendemo in FFM April 1972

1972 Sie doziert nicht, die Rote Hilfe hilft!

Im Jahr 1972 erscheinen etwa 100 Flugblätter der Roten Hilfen. Neben München entsteht auch in Frankfurt eine rh_★. Sie besteht aus Aktivist*innen des Ende 1969 gegründeten Black Panther Solidaritätskomitees, darunter Karl Dietrich Wolff und Hannes Weinreich. Mit am Start waren auch der SDS-Student Til Schulz, die Übersetzerin Eva Moldenhauer und Aktivist*innen aus der Roten Zelle Jura. Ein diesbezüglicher Bericht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist mit: „Solidarität, Aktion, Kampf/Rote Hilfe: Antwort auf wachsende Repression der Staatsgewalt“ überschrieben. Das „wesentliche Ziel der Roten Hilfe“ bestehe darin, sich um eine „möglichst weitgehende Aktionseinheit der linken Gruppen“ zu bemühen. Der Zeitungsbericht notiert hier: „Rote Hilfe werde sich nicht durch langwierige ideologische Auseinandersetzungen konstituieren, sondern im solidarischen Kampf.“ Eine Hauptaufgabe sehe die RH darin, die „Genossen im Knast“ zu betreuen, „sie finanziell zu unterstützen, über Briefe und Besuche ihren Kontakt zur sozialistischen Bewegung aufrechtzuerhalten und ihnen innerhalb der Haftanstalten bei der politischen Arbeit mit den Mitgefangenen zu helfen. Diese Aufgaben sollten zugleich propagandistisch unterstützt werden“ und sie könnten nur gemeinsam mit anderen Rote-Hilfe-Organisationen an den anderen Hochschulen und in Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten geleistet werden. (FAZ v. 16.2.72)

Auch in Hamburg meldete sich Anfang Februar ein sogenanntes Initiativkomitee Rote Hilfe mit einem Flugblatt zu Wort, mit dem sie ein „Teach-In“ einberief. Sie solidarisierte sich mit den in Hannover lehrenden Professoren Peter Brückner und Jürgen Seifert, gegen die im Zusammenhang mit staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen die RAF vom niedersächsischen Kultusministerium Repressionsmaßnahmen verfügt worden waren. (DOK_6)

Nach Petra Schelm und Georg von Rauch forderte die staatliche Verfolgung mutmaßlicher Mitglieder der RAF Anfang März den nächsten Toten: Thomas Weissbecker wurde schon länger von der Polizei beschattet und dann ohne vorherigen Anruf von einem Scharfschützen der Sonderkommission des bayerischen Landeskriminalamtes, in Augsburg erschossen. Rote Hilfen organisierten dagegen in München, Hamburg und West-Berlin jeweils Demonstrationen.

In einem noch am 2. März in West-Berliner Kneipen verteilten Flugblatt erklärte die rh_★, dass „dieser mord (...) der dritte innerhalb von acht Monaten“ gewesen sei: „erst PETRA, dann GEORG, jetzt THOMAS!“ Diese zeige, dass die „Menschenjagd“ weitergehe: „der staat verfolgt eine klare Linie: harter kern der RAF, randgruppen der RAF, harter Kern der BAADER-Meinhof-Sympathisanten ... wir alle sind gemeint!“ (FB v. 2.3.72)

In München demonstrierte die rh_★ in einem Bündnis mit maoistischen Gruppen wie dem Zentral-

verband der Roten Zellen und der KPD/ML unter der Forderung: „Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei! Schluß mit den Notstandsübungen!“ In dem Flugblatt antworteten die Verfasser*innen auf die rhetorisch aufgeworfene Frage, warum sie demonstrieren, mit der Aussage: „Nicht deswegen, weil wir hinter der Theorie und Praxis der Roten Armee Fraktion (RAF) stehen. Die RAF verachtet das Volk. Sie sieht nicht, daß die Revolution nur vom Volk gemacht werden kann und nicht von ein paar versprengten Kleinbürgern.“ (FB v. 8.3.72) Diese gegenüber der RAF kritische Einschätzung hielt die rh_★ München nicht davon ab, kurz danach einen mehrseitigen Ermittlungsausschussbericht zu erstellen, in dem eine Reihe von Polizeibehauptungen zu der Erschießung von Weissbecker in Augsburg angezweifelt und widerlegt werden.

In Hamburg planten unter anderem das Initiativkomitee Rote Hilfe, die Gruppe Internationaler Marxisten, die Proletarischen Front und das MAD-Kollektiv Anarchistischer Hefte eine Demonstration gegen die Erschießung von Weissbecker. Die ca. 500 Leute, die sich dazu auf dem Uni-Campus einfanden, wurden zunächst auseinander geprügelt. Unmittelbar danach riefen die gleichen Gruppen zu einem Teach-In auf, um auch so zu „NEUEN FORMEN des POLITISCHEN KAMPFES“ zu gelangen. Trotz der „momentanen Schwäche der Bewegung“ gelte es nun, „das Feld nicht der Polizei und den sich ausweitenden staatlichen Terrormaßnahmen zu räumen.“ (FB v. 10.3.72) Auch die rh_★ West-Berlin rief kurz darauf zu einem Teach-In gegen die „einschüchterung“ und die „zerschlagung der revolutionären linken“ auf. (DOK_7)

Mitte April organisierte die rh_★ Frankfurt zusammen mit dem Rat der besetzten Häuser ein öffentliches Tribunal „über Spekulanten, Hausbesitzer und ähnliches Gesindel“. Man habe nun schon seit zwei Jahren damit angefangen, sich die ersten Häuser und Wohnungen zu nehmen. Man zahle keine Miete mehr, „weil wir nicht bereit sind, bis zur Hälfte unseres Einkommens für Miete zu zahlen.“ (DOK_8) Im Anschluss an das Tribunal gab es einen nicht angemeldeten Protestmarsch durch das Westend, die Innenstadt und das Nordend. An der darauffolgenden Demonstration beteiligten sich etwa 1.200 Demonstrant*innen, um „gegen Mietterror und für Mieterstreik“ zu demonstrieren. Unter der von italienischen Migrant*innen ausgegebenen Parole „Kämpfen wir hart und ohne Furcht!“ zog der Zug an allen besetzten und bestreikten Häusern vorbei, wobei es immer wieder „zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei“ gekommen sein soll, wie die Presse notierte. Angekommen an dem weitgehend von italienischen Arbeitsmigrant*innen bewohnten Haus Baustraße 11, das den Kaufleuten Markiewicz, Himmelfarb, Scharf und Wollhändler gehörte, wurden die Demonstrant*innen lebhaft begrüßt und mehrere Reden auf italienisch gehalten. Am Ende der Demonstration vereinten sich die Protestierenden unter

anderem auch unter der Losung: „Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen.“ (FAZ v. 17.4.72)

Im Mai nahm die US-Regierung wieder die Bombardierung von Nordvietnams auf. Als Reaktion dazu entschloss sich die Rote Armee Fraktion ab Mitte Mai dazu, ihrerseits in der Bundesrepublik eine Kampagne zu starten, in der sie in der Zeit zwischen dem 11. und 24. Mai sechs Bombenanschläge verübte: Und zwar am

- ▶ Hauptquartier des V. US-Korps in Frankfurt am Main,
- ▶ der Polizeidirektion in Augsburg,
- ▶ am LKA in München,
- ▶ unter dem Auto von Wolfgang Buddenberg, Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe,
- ▶ dem Springer-Hochhaus in Hamburg sowie
- ▶ am Hauptquartier der US-Armee in Europa in Heidelberg.

Vier US-Soldaten wurden dabei getötet, viele Menschen wurden dabei verletzt, manche schwer. Die Kommandoerklärungen, die zum Teil in der bürgerlichen Presse dokumentiert wurden, wurden auch von den Gruppen der rh_★ in ihren Zeitungen verbreitet: Allein die Anschlagserklärung auf den Bundesrichter Buddenberg konnte ausschließlich in den Zeitungen der rh_★ vom Juni rezipiert werden.

Nur wenige Tage nach den ersten drei Bombenanschlägen nahm die rh_★ Frankfurt im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg Stellung. In ihrem unter der Überschrift „Die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen“ verbreiteten Flugblatt sah sie keinen Anlass dazu, sich von dem Anschlag auf das Hauptquartier des V. US-Korps im alten Zentralgebäude des IG Farben-Hauses zu distanzieren. Sie erklärte ihn aufgrund der herrschenden Gewalt sowohl in Vietnam als auch in Bezug auf die konkrete Geschichte des IG Farben-Hauses in der Nazizeit als ein „imperialistisches Zentrum“ für, so die deutliche Formulierung „in jeder Hinsicht gerechtfertigt“. Allein sie kritisierte die Anschläge auf die Polizeidienststellen in Augsburg und München. Sie seien zwar aus „berechtigten Gefühlen“ zu begreifen, doch sie „setzen kein Zeichen, ändern nichts, helfen nicht weiter. Sie schaffen keine Aufklärung, sondern stiften Verwirrung.“ Im letzten Absatz entfernte sich die rh_★ von der Vorstellung, nunmehr selbst den bewaffneten Kampf aufzunehmen, mit dem Argument, dass „solange größere Teile der Bevölkerung daran gehindert werden, den verbrecherischen Charakter des Systems von Imperialismus und Kapitalismus zu erkennen,“ die organisierte Linke „als ganze einen bewaffneten Kampf nicht aufnehmen“ könne. (DOK_9)

Dieses Flugblatt erzielte eine große Resonanz in der Öffentlichkeit; in der *Frankfurter Rundschau* stand zu lesen: „Rote Hilfe verteidigt den Bombenanschlag.“ (FR v.19.5.72) Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* beschrieb unter Hinweis auf das Flugblatt die Rote Hilfe in Frankfurt als „einzige Gruppe,

die den Terror durch Bombenlegen für ein Mittel des politischen Kampfes hält.“ (FAZ v. 27.5.72)

Sicher auch das war für die rh_★ ein guter Grund mehr dafür, mit anderen Gruppen der radikalen Linken in der Stadt die offene Diskussion über die weiteren Perspektiven und Horizonte des politischen Engagements gegen die herrschenden Verhältnisse zu suchen. Was bot sich da mehr an, als dazu gemeinsam mit dem AStA an der Universität ein Teach-In einzuberufen? Dies verbot Universitätspräsident Erhard Kantzenbach unter Hinweis auf das besagte „Die Waffe der Kritik ...“-Flugblatt. Zu dem „schäbigen Mittel des Raumverbots“ nahm die rh_★ in einem weiteren Flugblatt Stellung: „Während mehrere Lehrstühle der Frankfurter Uni Auftragsforschung für das Pentagon durchführen, während das Präsidialamt der Uni wissenschaftliche Handlanger der imperialistischen Handlanger unterstützt, dürfen diejenigen, die sich mit dem Widerstand gegen den imperialistischen Krieg identifizieren, nicht einmal in den Räumen diskutieren.“ Nach der „gezielten Hetze in der Presse, in Frankfurt insbesondere gegen die Rote Hilfe“ sei das Präsidialamt der Universität wohl „endgültig in eine Nebenstelle des Polizeipräsidiums umgewandelt“ worden. Das konnte weder von der Roten Hilfe noch dem dazu gebildeten Bündnis linksradikaler Gruppen von der Universität hingenommen werden, und so fand das Teach-In ohne große Genehmigungsformalitäten und wie geplant am 31. Mai im legendären Hörsaal VI mit 1.500 Beteiligten statt. Eine Reihe linksradikaler Gruppen setzte sich hier öffentlich mit der Politik der RAF auseinander. Via eines dort abgespielten Tonbandes informierte Ulrike Meinhof über die aktuellen politischen Positionen der RAF. Das wurde auch in der *International Herald Tribune (IHT)* notiert: „Last night however, Frankfurt University students heard a tape recording which it was claimed, had been made by Mrs. Meinhoff. A teach-in was held yesterday by a leftist student group called the Red Help.“ (IHT v. 2.6.72) Vielleicht auch das ließ in der Folge die Polizei nicht ruhen, und so fahndete sie nach „Spuren“ zur RAF und durchsuchte Mitte Juni die Räumlichkeiten des Verlages *Roter Stern*, der als Kontaktadresse der rh_★ angegeben war. Dort gelang es der Polizei, neben dem Tonband des Telefonanrufbeantworters unter anderem Briefe politischer Gefangener an die rh_★ zu beschlagnahmen. Der Verlag *Roter Stern* erklärte sein Verhältnis zur rh_★ wie folgt: „Die Rote Hilfe hilft: sie unterstützt Mieter gegen Spekulanten, besorgt Anwälte, betreut politische Gefangene, setzt unabhängige Ermittlungsausschüsse ein, die Maßnahmen der Staatsorgane überprüfen. (...) Die Rote Hilfe ist keine Organisation, (...) sie ist aktiver Teil der unbesiegbaren Bewegung gegen Ausbeutung, Entmündigung und tagtägliche Erniedrigung im Kapitalismus. Sie doziert nicht, die Rote Hilfe hilft. Ist es da nicht selbstverständlich, der Roten Hilfe einen Briefkasten

und die Telefon-Nr. als Kontakt Nummer zur Verfügung zu stellen?“ (Verlag Roter Stern, PM v. Ende Juni 72)

Derweil war Ulrike Meinhof zusammen mit Gerhard Müller in Hannover nach einem Hinweis ihres Wohnungsgebers, dem Lehrer Fritz Rodewald, von der Polizei festgenommen worden. Dazu hatte sich Rodewald in Abstimmung mit dem Bundesvorstand seiner Gewerkschaft GEW öffentlich bekannt und sein Verhalten politisch gerechtfertigt. (FAZ v. 19.6.72) Darauf reagierte ein Flugblatt der rh_★ Hannover. Sie verurteilte das Verhalten von Rodewald als „zynisch“ und rief dazu auf, dass sich „die Linke in Westdeutschland (...) endlich solidarisch mit der Politik der RAF“ auseinandersetzen müsse. (DOK_10)

Wenn man so will, fand in Hamburg eben diese Auseinandersetzung „mit der Politik der RAF“ statt, vermutlich in erbitterter Art und Weise. Jedenfalls führte sie zu dem Ausschluss derjenigen Aktivist*innen, die sich vermutlich selbst dem Kommunistischen Bund zurechneten, zumindest konnte das einer öffentlich verteilten „Stellungnahme der Roten Hilfe zum Ausschluss des KB“ entnommen werden. (FB v. 19.6.72) Darauf reagierte unmittelbar die Initiativgruppe Arbeiterhilfe Hamburg (IAH) mit einem Aufruf zur Gründung einer Arbeiterhilfe. Darin erklärte sie, dass sich die RH Hamburg gespalten habe. Sie machte hier geltend, dass die RH unter Solidarität lediglich die „Solidarität mit der Roten Armee-Fraktion“ verstehe, doch damit werde eine Selbsthilfeorganisation „als militanter Stoßkeil kleinbürgerlicher Abenteuerlust missbraucht.“ Dagegen setzte die IAH auf die Gründung einer Arbeiterhilfe, die in ihrer Solidaritätsarbeit ein breiteres Aufgabenfeld „in der Hamburger Arbeiterschaft und anderen werktätigen Schichten“ wahrnehme. (DOK_11)

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen in der rh_★ Hamburg mobilisierte diese Gruppe unmittelbar zu dem Strafprozess gegen Werner Hoppe vor dem Landgericht Hamburg. Hoppe war im Juni 1971 zusammen mit Petra Schelm in eine Polizeikontrolle geraten, wobei es zu Schießereien kam, bei denen Schelm erschossen wurde. Hoppe wurde nun wegen vierfachen Mordversuches angeklagt, weil ihm vorgeworfen wurde, seinerseits mehrfach gezielt auf die Polizeibeamten geschossen zu haben. Die rh_★ Hamburg begleitete den Verlauf des Strafprozesses bis zur Urteilsverkündung Ende Juli mit wenigstens sechs Flugblättern. Zu Prozessbeginn erklärte sie: „Die Revolte ist gerechtfertigt! Die Kriminellen sind die, die ihr Gesetz mit Polizeierror, Erschießung, Staatsanwalt und Gefängnis aufrechterhalten!“ (FB v. 24.5.72)

In dem ursprünglich auf neun Verhandlungstage angesetzt, dann aber auf 30 Verhandlungstage ausgedehnten Strafprozess gelang es dem Verteidiger von Hoppe, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, eklatante Widersprüche in den Darstellungen der Polizei aufzudecken. Am Schluss stufte die Staatsanwaltschaft die Anklage auf einen Totschlagversuch durch einen von Hoppe

abgegebenen Pistolenschuss herunter. Das hielt aber die Strafkammer auch nicht davon ab, die Strafforderung im Anklageplädoyer in Höhe von sechs Jahren mit einem Urteil gegen Hoppe in Höhe von 10 Jahren weit zu überbieten. Die rh_★ vermerkte dazu in einem Flugblatt: „Terrorurteil gegen Werner Hoppe“ und rief dazu auf, „die Lügen der Springerschen Hetzpresse, die das Urteil gegen Hoppe bejubelt“, zu entlarven. (FB v. Ende Juli 72)

Am 25. Juni wurde in Stuttgart im Zusammenhang mit der Fahndung nach der RAF der daran völlig unbeteiligte Ian Macleod morgens um 6.30 Uhr nackt und unbewaffnet hinter seiner Wohnungstür von der Polizei erschossen. Darauf reagierte die RH Bochum in einem Flugblatt unter der Überschrift „MORD“ und führt weiter aus: „Die Staatsanwaltschaft braucht drei Tage, um zu erkennen, dass der Bulle nicht in Notwehr handelte. Solche Sachverhalte sind wirklich schwer zu erkennen, wenn man Nackte erschießt und keine Waffen in der Wohnung findet. Sowas hat sich nicht einmal die amerikanische Polizei bei der Verfolgung der Black Panthers getraut.“ (FB v. Juli 72)

Ab Ende Juni ist die rh_★ West-Berlin in einer Kampagne engagiert, gegen den von der Bundesanwaltschaft erfolgten Ausschluss von Rechtsanwalt Otto Schily aus der Verteidigung von Gudrun Ensslin zu protestieren. Ihr schien es evident zu sein, dass die Bundesanwaltschaft, Innenministerien und die Springer-Presse glauben, nach den Verhaftungserfolgen vieler RAF-Aktivist*innen in den Monaten Juni/Juli 1972 ganz bewusst die Fahndungshysterie vorantreiben zu können. In einem „Solidaritätsaufruf für Rechtsanwalt Schily“ wurde dabei die propagandistische Vorbereitung dieser Maßnahme skizziert. In Zeitungen des Springer-Konzerns sei behauptet worden, dass die Rechtsanwälte „als Kommunikationszentrum der Radikalen“ dienten. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der Hamburger Innensenator Heinz Ruhnau, habe in einem Brief an die Anwaltskammer von einer „zunehmenden Sorge“ gesprochen, „dass Rechtsanwälte mit anarchistischen Gewalttätern sympathisierten“ Die rh_★ forderte dazu auf, gegen den Ausschluss von Schily aus der Verteidigung von Ensslin zu protestieren – Ergebnis mit Erfolg: Schily konnte wieder das Mandat für Gudrun Ensslin ausüben. (FB v. 22.6.72)

Mitte Juli rief die rh_★ West-Berlin mit einer Serie von vier Flugblättern zu großen Zusammenkünften auf. Darin forderte man sowohl zur „Solidarität mit den Genossen im Knast“ als auch dazu auf, „den Sympathisantenbegriff des Staates“ sowie „die Illegalität des Staatsapparates“ zu bekämpfen. Und man sprach sich selbstverständlich „für die politische Öffentlichkeit des kommenden RAF-Prozesses“ sowie „die Wiedereinsetzung der Anwälte Schily, Croissant, Lang“ in ihr Mandat für die Beschuldigten aus. In einer längeren Abhandlung präsentierte die rh_★ ein paar grundsätzliche Überlegungen zu der neuen Linken als ein „gesellschaftlicher

Machtfaktor in der BRD“. Dabei reflektierte sie über die Präsenz einer „rechten Volksfront“ und nahm dabei in Anspruch, mit ihrer Politik auch die Interessen anderer linker Gruppen wie z.B. die von den Jusos, von orthodoxen Kommunisten oder von Maoisten zu vertreten. Auch in diesem Sinne forderte die rh_★ dazu auf „alle Genossen und Genossinnen, die in Organisationen mitarbeiten, die den Angriffen des Staatsapparates nur Analysen entgegen setzen“, zu informieren. (DOK_12)

Im Herbst mobilisierte die rh_★ in Hamburg gegen die Abschiebung von Aktivist*innen der palästinensischen Befreiungsbewegung, die nach dem Überfall auf die israelische Sportequipe im Olympischen Dorf in München durch palästinensische Guerillas bundesweit durch das Innenministerium verfügt worden war. Hier wurde „Freiheit für Mahmud Massad!“ auf einer Kundgebung am Haupteingang des Flughafens in Fuhlsbüttel gefordert. (FB v. 4.10.72) Zusammen in einem Bündnis mit anderen linksradikalen Gruppen wies die rh_★ Frankfurt in einem Flugblatt unter der heute sicher nicht mehr verwendeten Überschrift „KZ für Araber“ darauf hin, dass seit ein paar Wochen „viele ausländische Arbeiter, vor allem Araber, in der Bundesrepublik in ständiger Angst (leben), von der Polizei verhaftet und aus dem Land ausgewiesen zu werden.“ Mit Hilfe eines Teach-In an der Universität wurde auch beansprucht, die Frage: „Was ist los in Palästina?“ zu diskutieren. (FB v. 11.10.72)

Fast zeitgleich wurde Mitte Oktober vor der Moabiter Justiz der nächste Strafprozess gegen Horst Mahler eröffnet. Damit waren weder die rh_★ noch das Rote Hilfe Komitee einverstanden. „Hände weg von Mahler“ rief die rh_★ hier unmissverständlich aus. (FB v. 9.10.72) Auch das Rote Hilfe Komitee, von dem zu der Inhaftierung vieler Aktivist*innen der RAF in den Sommermonaten bislang noch kein Flugblatt aufgefunden werden konnte, meldete sich wieder zu Wort. Evident erschien ihr hier: „Der Mahlerprozess soll der Rechtfertigung der Unterdrückungsmaßnahmen dienen!“ (FB v. 9.10.72)

Einem anderen Thema als dem der direkten Konfrontation zwischen dem Staat und der RAF widmete sich Anfang November die rh_★ Frankfurt in einem gemeinsam mit mehreren anderen linksradikalen Gruppen verteilten Flugblatt unter der Überschrift: „Solidarität ist unsere Waffe/Ausländer und Deutsche, gemeinsam sind wir stark!!!“ Darin wurden die Beweggründe der geplanten Manifestation wie folgt erklärt: „Wenn in Frankfurt italienische, griechische und türkische Familien Mietstreiks organisieren, wenn sie sich einen Kinderspielplatz selber bauen oder ein Haus besetzen, tun sie das, weil sie nicht länger so leben wollen: ausgebeutet in den Fabriken, ausgelaugt von den Blutsaugern in Maklerbüros von Kaufhausbesitzern und Grundstücksspekulanten und bespitzelt von der deutschen Polizei. (...) Nun haben ausländische und deutsche Frauen und Kinder (...) eine Demonstration geplant, für einen Kin-

dergarten. Wir wollen jetzt nicht das machen, was eine ‚anständige‘ Studentengruppe machen würde, – nämlich den Studenten ‚VERMITTELN‘ warum sie sich mit dem Kampf der Emigranten und Arbeiter und Lehrlinge solidarisieren müssen. Wem nicht klar ist, daß wir im Kapitalismus leben und daß die Widersprüche, die sie an den Universitäten tagtäglich erleben, in Betrieben, Stadtteilen und Wohnheimen verstärkt erlebt werden, der wird nicht zur Demonstration kommen.“ (FB v. 4.11.72)

Mit einem Anfang Dezember bundesweit verschickten Rundschreiben machten die rh_★ Frankfurt und rh_★ West-Berlin Kolleg*innen und Genoss*innen auf einen Aufruf aufmerksam, der noch von den rh_★-Gruppen aus Hamburg und München unterschrieben worden war, mit dem „wir innerhalb und außerhalb der sozialistischen und oppositionellen Kräfte der BRD eine Diskussion über die Prozesse gegen die RAF und das SPK einleiten“ wollen. Mit dem SPK war das Sozialistische Patientenkollektiv aus Heidelberg gemeint, aus dem mehrere Aktivist*innen inhaftiert worden waren. Die rh_★ forderten in diesem Zusammenhang alle sozialistischen Kräfte dazu auf, „massenweise die skandalöse politische Justiz“ anzugreifen und „ihrer falschen Legitimität“ zu entkleiden. In den anstehenden Prozessen gehe es den Gerichten nicht um Indizien, Tathergänge und Schuld nachweise, sondern die Prozesse zielten „auf eine Kriminalisierung der gesamten Linken“. Der radikalen Linken helfe jetzt „weder das romantische Liebäugeln mit der Illegalität noch das naive Vertrauen auf die Legalität.“ In Form einer „militanten Selbstorganisation“ bestehe die Notwendigkeit nun darin, den gemeinsamen Widerstand zu organisieren, und dies unabhängig von den jetzt angeklagten Gruppen. Allemal sei es an der Zeit, die Versuche zur Einschüchterung zu unterlaufen und jede Form der Unterdrückung zu bekämpfen. Mit diesen Absichten bezogen sich die beiden rh_★-Gruppen bemerkenswerterweise auf keinen geringeren als auf Willi Münzenberg, den zentralen KPD-Propagandisten in den 1920er und 30er Jahren: „Die Rote Hilfe der KPD der Weimarer Republik hat zwei große Kampagnen durchgeführt: die eine für Max Hölz, die andere für Sacco und Vanzetti. In beiden Fällen handelte es sich nicht um Kommunisten. Die KPD hat sich dadurch ausgezeichnet, daß ihre Solidarität nicht parteibeschränkt war. Sie sagte: wir sind mit allen solidarisch, die gegen das System von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Und Willi Münzenberg sagte: Auf dem Schlachtfeld der Propaganda gilt nur das Wort: Angreifen, angreifen und nochmals angreifen!“ (DOK_13)

Doch auch jenseits der Vorbereitung auf die kommenden Strafprozesse gegen die Genoss*innen der RAF ging die Solidaritätsarbeit der rh_★ in Frankfurt durch die Unterstützung von kriminalisierten Hausbesetzer*innen weiter. Ein Student wurde im Zusammenhang mit der gegen die Räumung des besetzten Hauses im Grüneburgweg 113 durchgeführten Randalen vor dem Amtsge-



*Demonstration über die Zeil durch Aktivist*innen
der rh_★ Frankfurt im September 1973*

1973

Die Genossen von der RAF haben den Kampf ernst genommen

Für das Jahr 1973 sind rund 170 Flugblätter nachweisbar. Zwischen den Gruppen der autonomen rh_★ und den Gefangenen aus der RAF kommt es zu vielschichtigen Auseinandersetzungen. Sie sind nicht in Flugblättern dokumentiert, vielleicht, weil solche Konflikte der Bevölkerung so ohne weiteres nicht vermittelbar sind. Dafür gründen sich ab dem Frühjahr 1973 sogenannte Komitees gegen Folter (KGF), die sich enger an der Politik der RAF-Gefangenen orientieren als die rh_★. Gleichwohl mobilisieren die Gruppen der rh_★ im September unter der Parole „Solidarität mit der RAF“ zu den Strafprozessen gegen Marianne Herzog und Astrid Proll.

Nach einer erfolgreichen Besetzung des Bonner Rathauses als Protest gegen den Staatsbesuch des südvietnamesischen Staatspräsidenten Nguyễn Văn Thiệu Mitte April 1973 geriet die KPD/AO unter Druck. Drei ihrer Aktivisten – Ulrich Kranzusch, Christian Semler und Jürgen Horlemann – wurden inhaftiert, die Bundesregierung ventilierte in aller Öffentlichkeit ein Verbot der Partei. Einige Gruppen der rh_★, darunter diejenigen aus Nürnberg, Erlangen, Dortmund und West-Berlin, nehmen das auch in Form von Flugblättern aufmerksam zur Kenntnis. Die rh_★ Nürnberg fragt: „Heute die KPD/AO und morgen die gesamte Linke?“ (FB v. Mai 1973) Und die rh_★ West-Berlin ruft zu einer „Aktionseinheit gegen die Illegalisierung der Linken“ auf. (FB v. Mai 1973)

Doch diese angedachte Aktionseinheit scheint aus der Sicht der angegriffenen KPD/AO nicht notwendig gewesen zu sein. Gegen die staatliche Bedrohung setzt die Partei selbst Himmel und Hölle in Bewegung und transformiert ab Sommer 1973 die Arbeit ihres Rote Hilfe Komitees von West-Berlin in den Aufbau einer bundesweit orientierten RHeV. Für den Verlauf des Jahres und dann zentral ab den im Oktober vor dem Landgericht in Bonn stattfindenden Strafprozess gegen Ulrich Kranzusch unter dem Vorwurf des versuchten Totschlags publiziert die RHeV wenigstens 15 Flugblätter im Kampf für die Freilassung ihres inhaftierten Genossen. Nach dem Antrag des Staatsanwaltes, diesen zu 18 Monaten ohne Bewährung zu verurteilen, ruft die RHeV in den West-Berliner Stadtteilen Wedding, Moabit und Neukölln zu mehreren Kundgebungen unter den Losungen „Die wahren Verbrecher sitzen in der Brandt-Regierung! Nixon ist der Mörder, Thieu ist der Henker, Brandt ist Komplize!“ auf (FB v.1.11.73). Am Ende wird der Totschlag-Vorwurf gegen Kranzusch fallen gelassen und er wird zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt.

Beherrschen noch im Jahre 1972 so gut wie ausschließlich Flugblätter der rh_★ die politische Öffentlichkeit, so sind für dieses Jahr allein durch die RHeV und das mit ihr verbundene RHK aus West-Berlin etwa 60 Flugblätter auffindbar.

Mitte Januar 1973 ruft die rh_★ Westberlin außerhalb des Themenbereiches staatliche Repression in einem großen Bündnis zu einer bundesweiten Vietnamdemonstration in Bonn auf. Überschrift: „Atombombendrohung gegen Nordvietnam/Stoppt die wahnsinnigen Völkermordprogramme der US-Imperialisten!“ (FB v. 14.1.73)

Derweil neigt sich der zwischenzeitlich dritte Strafprozess gegen Horst Mahler vor dem Landgericht in Moabit dem

Ende zu. Mit dem Kronzeugen Karl Heinz Ruhland hängt die Moabiter Justiz Mahler die Beteiligung an einigen Banküberfällen an. Sowohl das RHK wie auch die rh_★ melden sich mit Stellungnahmen zu Wort. Dabei druckte das RHK in einem Flugblatt zu dem aktuellen „Schauprozeß“ gegen Mahler unter der Überschrift „Das Lügengebäude der Anklage ist zusammengebrochen!“ einen diesbezüglichen Artikel aus der Parteizeitung *Rote Fahne* nach. (FB v.10.1.73) Für den „Tag der Urteilsverkündung“ rief die rh_★ zu einer Solidaritätsdemonstration unter dem Motto „Freiheit für Horst Mahler!“ auf sowie vorher zu „einem Treffen aller interessierten Gruppen in der Evangelischen Studentengemeinde an der der Technischen Universität“. (FB v. 27.1.73) Auf diesem Vorbereitungstreffen muss es dann einen großen Streit zwischen den beiden RH in der Stadt gekommen sein. Jedenfalls informierte ein Flugblatt der rh_★ die Öffentlichkeit darüber, dass die „Solidaritätsdemonstration gespalten!“ sei. Der Grund: „Ein gemeinsamer Aufruf konnte nicht zustande kommen, da es sehr verschiedene Einschätzungen der RAF-Prozesse gibt und Verhandlungen über solche inhaltlichen Fragen durch Unterhändler von verschiedenen Organisationen in Feilschen um Worte ausartet.“ (FB v. 26.2.73) Trotzdem wird es wohl in der Stadt zu einer Demonstration anlässlich der Urteilsverkündung gegen Mahler Ende Februar gekommen sein. Die rh_★ Bochum kommentierte die Verurteilung von Mahler zu 12 Jahren Gefängnis, dass es sich hier um das Ergebnis „einer geschlossen vorgetragenen Hetzkampagne aller bürgerlichen Institutionen gegen die Baader-Meinhof Gruppe (handele), die es unnötig werden ließ, dem einzelnen Mitglied die vorgeworfenen Handlungen juristisch nachzuweisen.“ (FB v. 27.2.73)

Anfang Februar erschreckte die rh_★ Frankfurt mit einem in der Innenstadt und auf dem Universitätsgelände verteilten Flugblatt die Öffentlichkeit. Mit der Überschrift: „Schwalbe muß weg!“ erklärte sie, dass der Amtsrichter Rolf Schwalbe „eine öffentliche Gefahr!“ sei. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitierte korrekt aus dem Flugblatt: „Wir dürfen nicht zulassen, daß so ein Schwein noch irgend jemanden aburteilt! Da sonst niemand etwas gegen solche Verbrecher unternimmt, müssen wir selber etwas machen!“ Anschließend werden die Adresse des Richters und seine Telefonnummern zu Hause und im Gericht genannt. „Besucht ihn! Ruft ihn an!“ verlangt der Text.“ (FAZ v. 2.2.73) In dem Flugblatt protestierte die rh_★ dagegen, dass dieser Richter den Vorsitz bei einer Schöffengerichtsverhandlung über einen Studenten führte. Diesem wurde vorgeworfen, im Herbst 1971 bei der Besetzung des Hauses Grüneburgweg 113 dabei gewesen zu sein und während der anschließenden Straßenschlacht gegen die Räumung dieses Hauses einen Polizisten verletzt zu haben. Dabei wurde in dem Flugblatt aus der beruflichen Vita von Schwalbe referiert – unter anderem, dass dieser im Zuge von Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an 6.000 russischen Kriegsgefangenen und 30.000 Juden während einer Dienstreise in die UdSSR offen seine Skrupel darüber zum Ausdruck gebracht hatte, „ob die Zeit reif sei, um über Hitler und den Wert oder Unwert der während des Hitlerregimes betriebene

Politik ein abschließendes Urteil zu fällen“. Die rh_★ hatte das und noch einiges mehr aus einem Artikel des Nachrichtenmagazin SPIEGEL von Ende Oktober 1972 zitiert. (FB v. 2.2.73) Gleichwohl: „An nationalsozialistische Methoden erinnere der Psychoterror, den eine Gruppe, die sich ‚Rote Hilfe‘ nennt, gegen einen Frankfurter Richter anwende, hat der Richterrat beim Amtsgericht Frankfurt am Freitag geurteilt.“ (FAZ v. 3.2.73)

Im Verlaufe des März machen die Gruppen der rh_★ Frankfurt, West-Berlin, Hamburg und München auf ein grauenhaftes Unglück in der Arbeitsbaracke des Außenlagers der Lingener Justizvollzugsanstalt Groß-Hespe aufmerksam. Unter der von der *Neuen Hannoverschen Presse* zitierten Überschrift: „Nur fünf Häftlinge erstickt“ verweisen sie auf die Explosion einiger dort lagernde Propangasflaschen Ende Februar. Dabei verbrennen fünf Strafgefangene, während die anderen 350 Gefangenen von der Polizei mit Maschinenpistolen und Panzerwagen bewacht werden. Das Flugblatt endet mit den Parolen: „Macht kaputt, was euch kaputt macht/ Das größte KZ der Menschheitsgeschichte: Die kapitalistische Produktion/Freiheit für alle Gefangenen.“ (FB v. März 73)

Anfang Mai ruft die rh_★ Hamburg zur Unterstützung der Hausbesetzung in der Ekhofstraße 39 auf und führt weiter aus: „Die Hausbesetzung können sie nicht illegalisieren, weil sie von der Bevölkerung verstanden und unterstützt wird. Deshalb verbreiten Polizei und Presse Lügenmärchen und versuchen die Hausbesetzer als Kriminelle abzustempeln. damit soll ein Keil zwischen die Hausbesetzer und die Bevölkerung getrieben werden.“ (FB v. 2.5.73) Am 23. Mai wurde diese Hausbesetzung dann durch einen martialischen Polizeieinsatz geräumt. In der Folge ermittelte die Justiz unter dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung, und eine Reihe von Hausbesetzer*innen wurden inhaftiert. Die rh_★ Hamburg, die sich selbst der Szenerie der Spontis zurechnete und von denen einige Aktivist*innen bei der Besetzung engagiert waren, hörte auf zu existieren. Aus Anlass der im Herbst 1973 beginnenden Strafprozesse sollten dann die sich der KPD/AO und der KPD/ML zurechnenden Roten Hilfen in der Stadt Solidaritätsflugblätter erstellen. Für die Zeit zwischen September bis Dezember konnten wenigstens sieben davon aufgefunden werden.

Ab dem 8. Mai treten etwa 60 politische Gefangene in den Hungerstreik, „um gegen ihre unmenschliche Isolierung zu kämpfen“, wie das RHK in einem Aufruf schreibt. (FB v. 22.5.73) Die rh_★ Hamburg spricht dann ihrerseits in einem Flugblatt von „120 Gefangenen im Hungerstreik“ (FB v. 25.5.73)

Dieser von den Gefangenen der RAF initiierte Hungerstreik stellt den Auftakt dafür dar, „gegen die Strafjustiz der BRD den Vorwurf der Folter“ zu erheben, so die rh_★ West-Berlin (FB v. 8.5.73) Dieser Hungerstreik erzielt eine weite Resonanz. Erstmals gründet sich in Frankfurt im Bürgerhaus Nordweststadt ein Komitee Kampf der Folter: „Diese Komitees aus allen Großstädten haben sich zur Aufgabe gestellt, die Vernichtung und Zerstörung von Menschen durch die Strafjustiz zu bekämpfen“, heißt es in dem Aufruf. (FB v. 11.5.73)

Die rh_★ Frankfurt schließt sich dem gemeinsam mit der RH Darmstadt, dem AStA, der Frauengruppe des Revolutionären Kampfes und der Sozialistischen Hochschul-Initiative mit einem Aufruf zu einem Teach-in unter der Parole: „Folter + Mord auf Raten“ an. (FB v. 22.5.73) Auch rh_★-Gruppen in Würzburg und Flensburg mobilisieren im Mai zu diesem Hungerstreik mit Flugblättern. Anfang Juni rufen neben den Komitees gegen Folter auch das RHK und die Gruppen der rh_★ aus Marburg/Lahn, West-Berlin und Frankfurt zu einer Demonstration in Karlsruhe zum Bundesgerichtshof auf, der für die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen zuständig ist. Die rh_★ Frankfurt erklärt dazu in ihrem Aufruf: „Ein System, das täglich Millionen dazu zwingt, sich zu verkaufen und im Betrieb ausbeuten zu lassen, das Tausende, die an diesem System kaputt gehen, in Gefängnisse, Irrenhäuser und Erziehungsanstalten sperrt, das Unzählige dazu verdammt, in Elendsquartieren zu leben, das die Umwelt und die Lebensbedingungen der Menschen wie zweiter Klasse behandelt – ein solches System hat kein Recht, die Linke der Gewalttätigkeit zu bezichtigen“. (FB v. 2.6.73)

Ende Juni demonstrieren die rh_★ und das RHK in West-Berlin gemeinsam vor der U-Haftanstalt Moabit, um „den Kampf der politischen Gefangenen gegen ihre Isolation in den Gefängnissen“ zu unterstützen. Dabei einigen sich beide Gruppen auf eine Situationsdeutung, die sowohl die RAF, Hausbesetzungen als auch die KPD/AO hinsichtlich der staatlichen Repression auf einen Stufe stellt: „Mit der Verfolgung der RAF und der Erschießung von einzelnen RAF-Genossen schuf die Bourgeoisie ein Klima, das die Bevölkerung an den Schußwaffengebrauch als legitimes Mittel der ‚politischen Auseinandersetzung‘ seitens des Staatsapparates gewöhnen und die Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes und die Militarisierung der Polizei rechtfertigen sollte. Die Schlagkraft des Apparates wurde bei der Räumung besetzter Häuser in Frankfurt und Hamburg, sowie bei der Abriegelung einer ganzen Stadt und der Verhaftung von circa 800 Menschen anlässlich des Breschnew-Besuches unter Beweis gestellt. Gerade in letzter Zeit versucht die SPD/FDP-Regierung durch eine breit angelegte Hetzkampagne gegen die KPD, ihre Massenorganisationen, die Liga gegen den Imperialismus und andere revolutionäre Organisationen die Arbeit der Kommunisten zu kriminalisieren.“ (FB v. 27.6.73)

Ende Juli meldeten sich die rh_★ Karlsruhe und das Informationszentrum Rote Volksuni mit einem Flugblatt zu Wort: „Revolte im Bruchsaler Knast“ ist es überschrieben und thematisiert einen kollektiven Hungerstreik von 200 Strafgefangenen in der dortigen JVA. Er richtet sich gegen ihre Hungerlöhne und die „schlechten Waren bei Privateinkauf“, die bei vielen Gefangenen zu „gesundheitlichen Schäden wie Zahnfäulnis“ führe. Man müsse wissen, schreibt die rh_★, „daß die Gefangenen durchschnittlich 1,80 DM am Tag verdienen, wenn sie arbeiten. Der Händler verkauft verderbliche Lebensmittel, die über dem Haltbarkeitsdatum liegen, also Abfall, der sonst in den Schweinestall kommt (...) an die Gefangenen. (...) Anstaltsleiter Rosen und Justiz-

*minister Bender kümmern sich einen Dreck um die berechtigten Forderungen.“ Und so rufen die rh_★ Aktivist*innen am Ende ihres Flugblattes aus: „Traut nicht Gott, noch Bender, dem Gefangenenerschänder!“ (FB v. 20.7.73)*

Anfang August veröffentlicht die rh_★ Bochum einen Alarmruf zu dem Versuch der Bundesanwaltschaft, bei Ulrike Meinhof eine Zwangs-Szintigrafie ihres Kopfes vornehmen zu lassen. „Ulrike Meinhof soll im Knast verrückt gemacht werden“, heißt es, und weiter wird ausgeführt, dass mit Meinhof „stellvertretend alle als ‚Geisteskranke‘ abgestempelt werden (sollen), die sich in dieser Gesellschaft für ihre eigenen Interessen einsetzen. Die öffentliche Hetze gegen die ‚linken Spinner, Politrockers, Chaoten, Terroristen‘ usw. versucht das Gleiche. Auch ihnen soll jede politische Begründung für ihre Aktionen abgesprochen werden.“ (DOK_14) Dieses Thema wurde auch in anderen Flugblättern und Schreiben der rh_★ aufgegriffen. Die rh_★ Bonn-Bad Godesberg schrieb: „Wird Ulrike Meinhof ermordet?/Prof Witter hatte sich bereits angeboten, sie auf ihre ‚Zurechnungsfähigkeit‘ zu ‚untersuchen‘“ (FB v. August 73). Die rh_★ Dortmund rief unter der Parole „Hände weg von Ulrike Meinhof!/Droht Justizmord?“ zu einer Kundgebung und in Bochum auf. (FB v. 4.8.73) Die rh_★ West-Berlin verfasste „an alle roten helfen!!!!“ eine detaillierte Protesterklärung, dass „nach den Erfahrungen im Faschismus 1933–1945“ der Anspruch auf Leben und Unversehrtheit „ein elementarer Rechtsgrundsatz“ sei, der entschieden zu vertreten sei. (FB v. 13.8.73) Die Proteste waren erfolgreich, der vom Bundesgerichtshof per Beschluss zunächst geplante Zwangseingriff unterblieb.

Gewissermaßen mit einer Bürgerinformation wandte sich die rh_★ Frankfurt unter der Überschrift „Liebe Sindlinger“ in einem offenen Brief an die Bevölkerung im Frankfurter Stadtteil. Anlass war der Auftakt des Strafprozesses gegen die der Mitgliedschaft in der RAF angeklagten Astrid Proll und Marianne Herzog. In einfacher Sprache wird in diesem Schreiben auf Folgendes hingewiesen: Aus den bisherigen Prozessen „gegen Mitglieder der Roten Armee Fraktion weiß jeder, was da gespielt wird: Es treten massenhaft präparierte und geschmierte Zeugen auf, die alle irgend etwas gesehen haben wollen, bei konkreter Befragung sich aber dermaßen in Widersprüche verwickeln, daß das Urteil eigentlich auf Freispruch lauten müßte. Stattdessen lautet es auf 10 Jahre (Werner Hoppe), auf 12 Jahre (Horst Mahler) ... Das Urteil war schon vor dem Prozeß gefällt.“ (DOK_15)

Ende September wird der Strafprozess gegen Proll und Herzog im Sindlinger Bürgerhaus eröffnet, und bundesweit mobilisieren Gruppen der rh_★ zu einer Demonstration. Die rh_★ aus Flensburg druckt den Aufruf aus Frankfurt ab. (FB v. 28.9.73) Die rh_★ West-Berlin passt ihn leicht auf die Situation vor Ort an und gibt einen Hinweis auf Mitfahrmöglichkeiten aus West-Berlin zu der geplanten Demonstration. (FB v. 28.9.73)

Ein Bündnis in Frankfurt bestehend aus der rh_★, dem Häuserrat, Lotta Continua, dem Revolutionären Kampf und

der Sozialistische Hochschulinitiative ruft ebenfalls zur Demonstration auf und hebt hier hervor, dass sich die RAF vor drei Jahren mit „dem Anspruch“ gegründet habe, „den Kampf der Befreiungsbewegungen der dritten Welt hier in den imperialistischen Staaten selbst aufzunehmen.“ (FB v. 28.9.73) In dem eigenständigen Aufruf der rh_★ Frankfurt wird das dahingehend beschrieben, dass wer „die Verantwortlichen für Völkermord konsequent und mit allen Mitteln bekämpft, wer gegen die Ausrottung eines ganzen Volkes, wie es in Vietnam, Palästina und jetzt in Chile versucht wird, kämpft, der wird als kriminell verfolgt. Eben diesen Kampf gegen die amerikanischen Völkerschlächter und ihre bundesdeutschen Erfüllungsgehilfen haben die Genossen von der RAF ernst genommen.“ Diese Darstellung spitzt die rh_★ kurzerhand in die Parole „Solidarität mit der RAF“ zu. (DOK_16)

Im Oktober mobilisiert wesentlich die frisch gegründete RHeV gegen die durch die Behörden geplante Abschiebung des prominent gewordenen Aktivisten des wilden FORD-Streiks in Köln Baha Targün. Sie ruft zu einer Kundgebung in der Hamburger Innenstadt auf mit der Parole: „Verhindern wir die Abschiebung von Baha Targün, dem Streikführer von Ford/Köln“ (FB v. 25.10.73). Die Veranstaltung wird mit dem Vorsitzenden der KPD/AO Christian Semler zusammen mit Targün im Hamburger Audi-Max durchgeführt. Auch die rh_★ Hamburg verteilt dazu „an die Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung, an die Mitglieder und Sympathisanten der Organisation KPD“ eine Erklärung. Nach der Niederschlagung der Hausbesetzung in der Ekhofstraße vom Mai wurde die rh_★ Hamburg von Aktivist*innen der KPD/ML fortgeführt. Diese Partei stand in einem scharfen Konkurrenzverhältnis zur KPD/AO – wie auch umgekehrt. In der auf der Veranstaltung der RHeV im Audi-Max verteilten Erklärung solidarisierte sich die rh_★ mit dem Kampf gegen die Abschiebung von Baha Targün, sie beklagte aber darin besonders die „Spaltung der Roten Hilfe durch die Organisation KPD“. Aus ihrer Sicht sei diese RHeV „weder überparteilich noch Massenorganisation.“ Mehr noch: Die KPD nehme „die falschen politischen Auffassungen innerhalb der Roten Hilfe Bewegung, die mit dem Mittel der Überzeugung, und nötigenfalls der Spaltung beseitigt werden können, zum Vorwand, ihre Spalterorganisation zu gründen“ und das auch noch mit „einem rechtsopportunistischen Programm.“ (FB v. 16.10.73)

Dessen ungeachtet setzte die RHeV ihr Engagement für das Bleiberecht von Baha Targün weiter fort. In der Woche zwischen dem 16 und 26. Oktober führt sie Veranstaltungen in Hamburg, Hannover, Braunschweig, West-Berlin, München, Nürnberg und Stuttgart mit dem Ziel durch, für eine Demonstration in Köln zu mobilisieren. Und das alles, so steht es in einem Aufruf zu lesen: „In dem klaren Bewußtsein, daß das Ausländergesetz, das den Staatsapparat jede Willkür eröffnet und die demokratischen Rechte der Ausländer in der BRD aufhebt, nur durch die breite Solidarität aller fortschrittlichen und demokratisch gesinnten Menschen außer Kraft gesetzt werden kann.“ (DOK_17)



Demonstration in Hamburg 1974

1974

Gebt dem Ermordeten Holger Meins das letzte Geleit

Für das Jahr 1974 sind wenigstens 220 Flugblätter auffindbar. Bitter aber wahr: Resümiert man das Geschehen für die Roten Hilfen, insoweit es sich in ihren Flugblättern widerspiegelt, so werden für sie die Mobilisierung zu „Mord“, respektive: *Polizeimord, Justizmord und Arbeitermord* und damit zu Toten wichtig: Es sind die Namen der mutmaßlichen RAF-Unterstützerin Katharina Hammerschmidt, des Taxifahrers Günter Jendrian, des Arbeiters Günter Routhier und des RAF-Aktivistin Holger Meins die in den Flugblättern laut ausgerufen werden. Nach Beginn des dritten Hungerstreiks der RAF-Gefangenen ab dem 13. September kommt es fast zu einer Explosion der Flugblattproduktion: Für diesen Zeitraum bis Ende November sind über 50 RH Flugblätter quer in der ganzen BRD und West-Berlin zu diesem Hungerstreik nachweisbar. Allein ab dem 9. November, nach dem in der Justizvollzugsanstalt Wittlich gewaltsam herbeigeführten Hungertod von Holger Meins, wurden von den diversen RH mit 34 Flugblättern fast so viele Flugblätter wie im ganzen Jahr 1971 in Umlauf gebracht.

Im Verlaufe des Jahres betreten die Komitees gegen Folter mit über 20 Flugblättern die Szene.

Das erste ruft Ende Januar ruft am Beispiel der *„Folterforschung in der Universitätspsychiatrie Hamburg“* zu einer *„Diskussionsveranstaltung über Folter an politischen Gefangenen in der BRD“* auf (FB v. 22.1.74). Das letzte in diesem Jahr thematisiert Ende November an der Universität Hamburg den Hungerstreik der politischen Gefangenen unter der Aussage: *„Holger Meins von Staatsschutzpolizei ermordet“* Zu diesem Teach-In waren unter anderem der Soziologe Christian Sigrist sowie die Rechtsanwälte Kurt Groenewold und Otto Schily als Sprecher angekündigt. (FB v. 26. 11.74)

Mitte April werden die an der KPD/ML orientierten RH-Gruppen durch die spontaneistisch orientierten rh_★ von einer Konferenz in Bochum ausgeschlossen. In der linksradikalen Publizistik finden sich dazu zwar hier und da Stellungnahmen, aber natürlich keine Flugblätter. Der Ausschluss hielt die an der KPD/ML orientierten RH-Gruppen jedenfalls nicht davon ab das Zepter an der von den rh_★ Gruppen wohl aufgegebenen Produktion der Roten Hilfe Zeitung zu übernehmen. Dafür richteten sie eine sogenannte *„Provisorische Zentrale Leitung“* ein und nahmen Kurs auf die Gründung einer von ihr kontrollierten RH aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung der Roten Hilfe Deutschland (RHD) im Oktober. Doch zu diesem Zeitpunkt engagierten sich die an die KPD/ML angelehnten RH-Gruppen, die zu diesem Zeitpunkt auch das Signet der rh_★ nutzten, in der Unterstützung des zweiten großen Hungerstreiks der RAF-Gefangenen. Allerdings führten die Ortsgruppen der RHeV in München und Dortmund zum 50. Gründungstag der Roten Hilfe Deutschlands am 1. Oktober 1974 jeweils Erinnerungsveranstaltungen durch. In der Gaststätte Stadt Salzburg in München lud die

RHeV unter der Überschrift *„ROTE HILFE 50 JAHRE alle Interessenten herzlich“* zu einem Vortrag ein: *„Wir werden über die historische Entwicklung der ROTEN Hilfe berichten, von früheren Kampagnen und die Aufgaben in der jetzigen Situation darstellen.“* (FB v. 11.10.74)

Unter der Parole *„Reiht euch ein in den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen!“* stellte es sich für die Ortsgruppe der RHeV in Hamburg Mitte Januar als eine *„Aufgabe in der jetzigen Situation“* dar zu einem dem Studenten Gerd Strate gemachten Strafprozess zu mobilisieren. Dieser hatte sich im Vorjahr an den Protesten gegen die Fahrpreiserhöhungen im Hamburger Verkehrsverbund beteiligt, war herausgegriffen und dann unter anderem wegen Widerstandes angeklagt worden. (FB v. 13. 1.74) Ein paar Tage später ruft die rh_★ Hamburg zusammen mit der RHeV zu dem bevorstehenden Urteil im zweiten Prozess gegen die Ekhofstrassenbesetzer zu einer Kundgebung am Einkaufszentrum Altona auf: *„Freiheit für die Hausbesetzer!“* (FB v. 17.1.74) Wiederum ein paar Tage später führt die RHeV in der Universität Hamburg eine Veranstaltung zu einem Strafprozess gegen den Schriftsteller Erich Fried durch: *„Nicht Erich Fried gehört vor Gericht – sondern der Mörder von Georg von Rauch“*. Fried hatte die Erschießung von Georg von Rauch in einem SPIEGEL-Beitrag als einen *„Vorbeugemord an von Rauch“* bezeichnet und war dafür von dem Berliner Polizeipräsidenten Klaus Hübner wegen Beleidigung angezeigt worden, worauf die Staatsanwaltschaft Hamburg Anklage erhoben hatte. Die RHeV stellte hierzu fest, dass mit diesem Prozess *„Intellektuelle eingeschüchtert und mundtot gemacht werden“* sollen (FB v. 23.1.74) Mitte Februar rief ein Bündnis bestehend aus dem Komitee gegen Folter, der RHeV und anderen linksradikalen Gruppen zu einer Kundgebung auf der Moorweide unter der Parole: *„Folter in der Bundesrepublik – Folterforschung in Eppendorf“* auf. Darin wurden sowohl *„die Methoden der sensorischen Isolationsfolter“* wie auch die *„Auswirkungen der Langzeitfolter durch Isolation“* gebrandmarkt. Hier wurde das Schicksal der RAF-Gefangenen Astrid Proll, Monika Berberich und Katharina Hammerschmidt explizit benannt. (FB v. 15.2.74)

Allein zu der Situation von Katharina Hammerschmidt wurden im Verlaufe des Jahres von allen Roten Hilfen wenigstens acht Flugblätter in Umlauf gebracht. Die RHeV mobilisierte hier schon Mitte Januar zu einer Veranstaltung im Audi-Max der Technischen Universität in Berlin mit den Rechtsanwälten Hans-Christian Ströbele und Otto Schily. Letzterer hatte gegen die Verantwortlichen Ärzte im Knast wegen *„versuchter Tötung mit bedingtem Vorsatz“* eine Strafanzeige gestellt, die in der Sache durch eine Erklärung von 131 Medizinern unterstützt wurde. Die RHeV spitzte das in die Formulierung: *„Versuchter Mord an Katharina Hammerschmidt“* zu. (FB v. 17.1.74) Einen Monat später wiederholte die RHeV dieses Diktum in einem Aufruf zu einer Demonstration

zusammen mit ihrer Mutterpartei aber auch der KPD/ML. (DOK_18) Mitte Oktober lud die RHeV Hamburg zu einem Solidaritätskonzert für Katharina Hammerschmidt in das Audi-Max der Universität ein. (FB v. 18.10.74)

Ab dem Frühjahr treten die Komitees gegen Folter (KGF) mit einer Reihe von Aktionen an die Öffentlichkeit, zu denen auch mit entsprechenden Flugblättern mobilisiert wird. Ab Mitte März belagern die KGF quasi das Justizministerium in Düsseldorf. Dabei fokussieren sie zentral auf den Justizminister Posser, der noch in den 1950er Jahren als umsichtiger Verteidiger von verfolgten Kommunisten in der BRD hervorgetreten war. In einem Flugblatt dazu heißt es: „U. Meinhof und G. Ensslin müssen sofort aus dem TOTEN TRAKT verlegt werden! Eher gehen wir nicht weg, Diether Posser!“ (FB v. 9.3.74) Zeitgleich fordern die KGF mit einer Veranstaltung in Köln die „Schliessung des Toten Trakts in Köln-Ossendorf“ (FB v. 9.3.74) Ende März informieren die KGF mit einem „Teach-In über den Toten Trakt und über die permanente Demonstration vor dem Justizministerium in Düsseldorf“ (FB v. 25.3.74) Mitte April führen die KGF mit einem Flugblatt „Der Posser sitzt auf Kohlen, drum lügt er unverhohlen“ erneut eine Kundgebung in Düsseldorf vor dem Dienstsitz des Justizministers durch. (FB v. 15.4.74) Anfang Juni protestieren die KGF gegen „Folter in Hannover!“ und kündigen an: „Heute demonstrieren Ärzte und Psychologen vor dem Gefängnis gegen die Folter im Toten Trakt an dem politischen Gefangenen R. Augustin“ (FB v. Juni 74) Wenig später führen die KGF einen „Sitzstreik vor dem Justizministerium“ in Hannover durch, um „gegen die Folter an dem politischen Gefangenen Ronald Augustin“ zu protestieren. (FB v. 5.6.74)

Mitte April beklagte das KGF Stuttgart, dass die beiden Tageszeitungen aus Stuttgart nur unvollständig und sinnentstellend über die Forderungen nach einer „rechtsstaatlichen Behandlung für alle politischen Gefangenen“ berichten. Stattdessen würden diese gegenüber den Häftlingen der Roten Armee Fraktion eine „Hysterie“ betreiben. das KGF zeigte sich davon überzeugt: „Nicht das Volk hat Angst vor der RAF, sondern die westdeutschen Imperialisten + Ihre Politiker.“ (DOK_19)

Ende Mai schießt ein 60 Mann starkes Polizeiaufgebot nachts um 3.00 Uhr in München in der Adalbertstraße den Taxifahrer Günther Jendrian in seiner Wohnung über den Haufen. Das geschah im Zuge einer Fahndung nach MitgliederInnen der RAF. Jendrian ist sofort tot. Die Polizei hatte gemutmaßt, das der Taxifahrer etwas mit einem flüchtigen Aktivisten des politischen Untergrundes zu tun hatte. Dabei kannte Jendrian diesen überhaupt nicht, war niemals in politischen Gruppen aktiv und galt politisch als desinteressiert. Auf seine Erschießung reagieren die rh_★ Westberlin und die Ortsgruppe der RHeV in München sofort mit Flugblättern. „Günther Jendrian ermordet!“ erklärt die rh_★ zusammen mit der Kommunistischen

Hochschulgruppe und führt schon einen Tag später dazu eine Kundgebung am Kuhdamm/ Ecke Uhlandstr. durch. (FB v. 22.5.74). Die RHeV München beklagt die „Brutale Erschießung von Günther Jendrian!“ und fordert dazu sich an einem „Komitee zur Aufklärung der Ereignisse“ und an einer Demonstration zu beteiligen. (DOK_20) Das KGF Heidelberg erklärte in einer Stellungnahme unter der Überschrift „Politische Mordkommandos in der BRD,, dass „der politische Mord wie im Fall Jendrian“ schon von „vornherein eingeplant“ gewesen sei. Eben das gehört aus der Sicht des KGF „in die Vernichtungsstrategie dieses Staates gegen revolutionären Widerstand. Im Laufe der Hetze gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) sind schon 4 Menschen ermordet worden: Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Ian Mcleod; politische Gefangene in der BRD werden gefoltert ...“ (FB v. 27.5.74)

Mitte Juni veröffentlichte die „Provisorische Zentrale Leitung“ der RH aus Dortmund eine Pressemitteilung zu dem Tod des Rentners Günter Routhier. Er war im Verlauf einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Duisburg am 5. Juni in einen Polizeieinsatz geraten und dabei, so die Pressemitteilung, trotz des Hinweises seines Sohnes das sein Vater Bluter sei „zusammengeschlagen“ worden. Nach seiner Entlassung aus dem Polizeigewahrsam verschlechterte sich sein Gesundheitszustand, dass er in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste und dort verstarb. (FB v. 15.6.74) Dazu mobilisierte die KPD/ML, ihre RH Gruppen aber auch die RHeV aus dem ganzen Bundesgebiet zu der Beerdigung von Routhier nach Duisburg. (FB v. 24.6.74) Die rh_★ Hamburg erklärte hier unmissverständlich: „Wir werden den Polizeimord an Günther Routhier rächen!“ und rief noch dazu auf: „Vorwärts zur sozialistischen Revolution!“ (DOK_21) Der geplante Trauermarsch in Duisburg für Routhier, an dem ein paar tausend GenossInnen teilnehmen, wird jedoch Gegenstand eines harten Polizeieinsatzes über den ein Flugblatt der der RHeV und ihrer Mutterorganisation KPD/AO Auskunft gibt: „Schon ab 11.00 Uhr verhafteten die aus allen Teilen des Ruhrgebiets zusammengezogenen Polizisten die Teilnehmer des Trauermarschs – die Erklärung aus dem Polizeilautsprecher: Dieser Trauermarsch ist verboten! Stunden vorher waren die Straßen des Ruhrgebiets mit Polizeiposten versehen worden, Busse aus Marburg und Kassel wurden auf der Autobahn gestoppt, die Insassen mit Schnellfeuergewehren im Anschlag abgetastet und fotografiert.“ In dem Flugblatt ist die Rede von über 80 Leuten, die in Duisburg verhaftet werden, und das die Polizei „auf den Straßen des Ruhrgebiets für Stunden“ einen Bürgerkriegszustand hergestellt habe. Auf die Frage nach dem „Grund für diesen staatlich angeordneten Terror“ erläutert die RHeV: „Ein Mord an einem kommunistischen Arbeiter soll verschwiegen werden und diejenigen, die dies mit ihrer Teilnahme ans Licht bringen wollten, sollten verfolgt

und auseinandergeprügelt werden.“ Kurz: „Was viele nur nur von faschistischen Regimen kennen, praktizierte die NRW-Polizei an diesem Tag in Duisburg.“ (FB v. 24.6.74)

Für die an die KPD/ML angelehnten RH-Gruppen sollte der im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz erfolgte Tod von Günther Routhier noch lange ein Thema bleiben. Ende Dezember rief die Ortsgruppe der roten Hilfe Kiel zur „Solidarität mit den kommunistischen Kollegen“, den Werftarbeiterinnen Hartwig Blash und Gesine Behm, auf. Sie waren in einen Arbeitsgerichtsprozess verwickelt, unter anderem weil diese auf einer Betriebsversammlung der Lindenau-Werft am 25. Juni den „Polizeimord an den kommunistischen Arbeiter Routhier“ zum Thema gemacht hatten. (FB v. 20.12.74)

Ab dem 13. September eröffneten etwa 40 der RAF zugerechnete Gefangene ihren dritten Hungerstreik. Er erzielte von Beginn an eine weite Resonanz in allen Spektren der radikalen Linken. Alle Roten Hilfen und die Komitees gegen Folter engagieren sich hier mit einer Vielzahl von Flugblättern, die zu Veranstaltungen, Kundgebungen und auch Besetzungen aufrufen. Anfang September schlägt die Ortsgruppe der RHeV aus Stuttgart anderen Gruppen eine sogenannte „Plattform“ vor, „um die gemeinsame Solidarität mit den Genossen der RAF zu organisieren“ (FB v. September 74) Die Provisorische Zentrale Leitung der rh_★ aus Dortmund erklärte sich in einem Flugblatt „Gegen Isolationshaft, Terror, Folterung!“ (FB v. 13.9.74) Noch im Verlaufe des September finden in Frankfurt, Hamburg, und Stuttgart zum Hungerstreik Veranstaltungen und Demonstrationen statt. (FB v. 20. und 26.9.74) Ende Oktober besetzten AktivistInnen der KGF die Zentrale der deutschen Sektion von Amnesty International (AI) in Hamburg. In einer Erklärung begründen sie ihre Aktion damit, das obwohl der deutschen Sektion von AI „eine Fülle von Dokumenten über die Isolationsfolter an den politischen Gefangenen in der BRD vorliegt, obwohl AI soziale Isolation und sensorische Deprivation als Foltermittel bezeichnet, (...) schweigt Amnesty gegenüber der offenen Vernichtung der politischen Gefangenen durch Justiz und Verfolgungsbehörden.“ (FB v. 30.10.74)

Anfang November wendet sich die rh_★ Hamburg in einem Offenen Brief unter der Überschrift: „Unterstützt den Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft“ an die Gruppen des KB, KBW, der GRF und der RHeV. Mit der GRF ist die sogenannte Gruppe Rote Fahne gemeint, bei der es sich um die um die aus der Sicht der KPD/ML konkurrierende KPD/AO handelt. Darin wird geltend gemacht, dass man sich um „eine breite Einheit für eine Unterstützung des Hungerstreiks“ bemüht habe. Doch seien bislang zwei Einladungen lediglich die KPD/ML und die Komitee gegen Folter gefolgt.

Die rh_★ begründet ihr Engagement für die inhaftierten RAF-Aktivistinnen damit, dass diese „gegen den

Imperialismus, für den gewaltsamen Sturz der Ausbeuterordnung gekämpft“ hätten. Dabei hätten sie sich jedoch „nicht auf die gewaltige Kraft der Massen, sondern auf die Heldentaten des Einzelnen gestützt. Deswegen mussten sie scheitern. Doch ihre bewaffneten Aktionen, die Bomben in den US-Hauptquartieren in Frankfurt und Heidelberg etwa, waren gerechter Ausdruck des Hasses und der Empörung des werktätigen Volkes gegen die Imperialisten.“ Auch deswegen gehöre ihnen, so folgert das Schreiben weiter „die Solidarität der Roten Hilfe!“ Am Ende des mit vielen Vorwürfen an die Adresse der anderen Organisationen gespickten Offenen Briefes schlug die rh_★ vor: „1. Gemeinsame Trupps von Genossen aller Organisationen gehen in die proletarischen Stadtviertel, machen gemeinsame Hausagitation und führen kurze Kundgebungen durch. 2. eine Kampfdemonstration, um den unmittelbaren Mordanschlag der Bourgeoisie auf das Leben der politischen Gefangenen durch Wasserentzug zurück zu schlagen.“ (FB v. November 74) Ob und inwiefern auf diesen von der rh_★ verteilten „Offenen Brief“ von den anderen angesprochenen politischen Gruppen reagiert worden ist, ist nicht überliefert. Überliefert ist aber, wie sich nach dem Bekannt werden des Todes an Holger Meins in der Republik die Ereignisse überschlagen. In einem Flugblatt der rh Tübingen unter der Überschrift: „Holger Meins ermordet - Prinzing ist der Mörder!“ wird das von Rechtsanwalt Siegfried Haag am 9. November telefonisch durchgegebene Schreiben an den Vorsitzenden Richter des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart Theodor Prinzing dokumentiert: „Ich habe heute, Samstag, den 9.11.1974, den Gefangenen Holger Meins in der Justizvollzugsanstalt Wittlich besucht. Seit dem 13.9.1974 befindet sich Holger Meins mit 35 weiteren Gefangenen im Hungerstreik (...) gegen die Vernichtungshaft, die zum Ziel hat die revolutionäre Identität der Gefangenen zu zerstören. (...) Holger Meins wiegt weniger als 42 Kilogramm, er kann nicht mehr gehen, kann kaum noch sprechen. Er stirbt. In höchstens zwei Tagen wird er tot sein. Sie sind für seinen Tod verantwortlich, denn die Bedingungen der Haft bestimmen Sie. (...) Sie wissen seit Beginn des Hungerstreiks, dass dieser enden wird, wenn die Isolation und Sonderbehandlung aufgehoben wird. Sie kennen also ihre Verantwortlichkeit. Lassen Sie sofort einen der im Schriftsatz der Verteidigung vom 6.10.1974 benannten Ärzte des Vertrauens zu.“ (FB v. 11.11.74)

Nach dem Bekannt werden des Todes von Meins breitete sich durch alle Fraktionen der außer-institutionellen Linken eine enorme Empörungswelle aus. In ca. 50 Städten fanden Demonstrationen statt, an denen wie in Frankfurt und West-Berlin bis zu 5.000 Leute teilnahmen. Von dem zu dieser Zeit als Kriпочef im Polizeipräsidium Gießen tätigen Dieter Schenk wird in einem Buch zur Vita des BKA Chefs Horst Herold 1998 eine „ungeheure Breitenwirkung dieses Todes, besonders in der Jugend und in studentischen Krei-

sen“ erinnert. Seiner Einschätzung nach hatten an den „massenhaften Protesten (...) so viele wie niemals früher oder später im Zusammenhang mit der RAF“ teilgenommen, der „solidarisierende Effekt“ sei gar mit den Reaktionen auf den Tod von Benno Ohnesorg vergleichbar gewesen. In vielen auch von den Roten Hilfen verteilten Flugblättern wurde in verschiedenen Varianten der Tod von Meins, so die rh_★ Dortmund, als „Mord!“ gebrandmarkt (FB v. 10.11.74);

Und weitere Gruppen der Roten Hilfe schrieben: RHeV OG Dortmund, „Holger Meins im Gefängnis ermordet“ (FB v. 10.11.74); RHeV OG Wedding, „Die Mörder von Holger Meins sind auch Eure Feinde!“ (FB v. 11.11.74); RH OK Stuttgart, KPD, „Mord an Holger Meins“ (FB v. 11.11.74); rh_★ West-Berlin, „Justizmord an Holger Meins“ (FB v. 11.11.74); rh Tübingen, „Genosse Holger Meins ermordet – Nieder mit den Mördern von Holger Meins“ (FB v. 13.11.74); RH Hamburg, KPD/ML, „Zu Tode gefoltert“ (FB v. 11.11.74); Schwarze Hilfe Hamburg/KGF, Schwarzkreuz Hamburg, „Der Gefangene Guerilla Holger Meins wurde im Kampf ermordet“ (FB v. 11.11.74); RHeV Hamburg, „Holger Meins im Gefängnis ermordet“ (FB v. 11.11.74); RHeV West-Berlin, KPD/AO, „Holger Meins von der Klassenjustiz ermordet“ (FB v. 12.11.74); Rote Hilfe Schwarzkreuz, RHeV, KBW, Arbeiterkampf (Köln), „Holger Meins ist tot“ (FB v. 13.11.74); RH Bochum, „Holger Meins im Knast ermordet“ (FB v. 13.11.74); RHeV OG Köln, KPD/AO, „Holger Meins von der Klassenjustiz ermordet“ (FB v. 13.11.74); Rote Hilfe, KBW-Sympathisantengruppe Bonn, „Justizmord an Holger Meins“ (FB v. 13.11.74); rote hilfe Provisorische Zentrale Leitung Dortmund, „MORD!“ (DOK_22); rote hilfe_★ OG Kiel, „Holger Meins im Gefängnis zu Tode gefoltert!“ (FB v. 16.11.74)

Spätestens am 10. November 1974 hat es in Frankfurt von den Gruppen Revolutionärer Kampf (RK), dem Häuserrat, dem KGF, der rh_★ und der Sozialistischen Hochschulinitiative ein gemeinsames, hastig produziertes Flugblatt mit der Überschrift „Holger Meins zu Tode gefoltert“ gegeben. Zur RAF schreiben sie, dass sie „eine politische Gruppe“ (ist), die zum Ziel hatte, gegen die Unterdrückung und Ausbeutung mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. In einer Zeit, wo in Vietnam, Südamerika und Südafrika Millionen von Menschen gegen Grundbesitzer, Fabrikbesitzer und ihre Armeen kämpfen, haben sie den Entschluss gefasst, die Herrschenden in der BRD zur Rechenschaft zu ziehen und sich in diesen Kampf gegen den Imperialismus einzuordnen.“ Durch den Tod von Holger Meins „waren wir alle wie gelähmt“, man habe es einfach „nicht wahr haben wollen.“ Auch wenn die unterzeichnenden Gruppen erklären „nicht die RAF“ zu sein, und man versuche „eine andere Politik zu machen“, die RAF sei „augenblicklich der Teil der Linken, der von der Repression vernichtet werden soll. Dies müssen wir verhindern.“ Mit diesem Flugblatt wurde zu

einer ganzen Reihe von Manifestationen in den Tagen danach aufgerufen, unter anderem zu einem Teach-In am 11. November in den legendären Hörsaal VI in der Frankfurter Universität. Und siehe da, das Flugblatt erzielte eine ungeahnte Wirkung und es lockte fast alle aus der linksradikalen Szenerie der Stadt an, die den Saal mit fast 2.000 Leuten überfüllten. Ein Bericht der Frankfurter Allgemeinen vermerkte zu dem Inhalt des Flugblattes, dass es auf einen Konkurrenzkampf „unter den linken Gruppen“ hin deute, wer „am entschiedensten die Sache der Revolution in der Bundesrepublik vorantreibt.“ Es zeige „aber auch, in welchem hohen Maße die Aktionen der Baader-Meinhof-Bande zum Symbol für die Bewegung geworden sind, innerhalb derer man seinen Platz sucht.“ (FAZ v. 14.11.74) (DOK_23) In diesem Flugblatt wurde auch für Mittwoch, den 13. November auf der Frankfurter Zeil zu einer Demonstration aller linksradikalen Gruppen mobilisiert. In einem Flugblatt schrieb die OG Frankfurt der RHeV „Holger Meins wurde ermordet“ und wendete sich an die „Kollegen“ aus der Arbeiterklasse mit den Worten: „Kollege, lass dir nicht weismachen, daß die Bourgeoisie gegen Kriminelle rüstet, daß Polizeimanöver, Isolationshaft, Schauprozesse mit Terrorurteilen deinem Schutz dienen sollen.“ Und dabei verwies die RHeV auf den „kommunistischen Arbeiter Günter Routhier“ der von der Polizei in Duisburg „im Gerichtssaal erschlagen“ worden sei, weil er gegen „die Bestätigung einer Kündigung durch das Arbeitsgericht“ protestiert habe (FB v. 13.11.74) Die Demonstration wurde zunächst von der Stadt verboten. Sie fand dann aber unter der Losung „Justizmord an Holger Meins“ trotzdem mit mehreren tausend Leuten statt. (FR v. 15.11.74)

In Hamburg mobilisierten derweil neben der KPD/AO und der KPD/ML auch die Ortsgruppe der RHeV, die KGF aus Berlin, Bremen, Hamburg, Freiburg, Osnabrück, Münster, Frankfurt, Heidelberg, und die Provisorische Zentrale Leitung der roten hilfe aus Dortmund zu der Teilnahme an der Beerdigung von Meins auf dem Friedhof Stellingen mit einer anschließenden Demonstration in die Stadt. Die Provisorische Zentrale Leitung forderte dazu auf: „Gebt dem Ermordeten Holger Meins das letzte Geleit.“ (FB v. 18.11.74) Die KGF erklärten zum Begräbnis: „Der Mord an dem Revolutionär Holger Meins kann den Befreiungskampf gegen den Imperialismus nicht aufhalten.“ (FB v. am 18.11.74) Ein paar tausend Leute beteiligten sich sowohl an der Beerdigung für Holger Meins als auch an der anschließenden Demonstration. Rudi Dutschke reckte an dem Grab für den ihn noch aus der Studentenrevolte im West-Berlin der Jahre 1967/68 bekannten Genossen die rechte Faust in die Höhe und rief aus: „Holger, der Kampf geht weiter!“

Auch für die Sicherheitsbehörden ging der Kampf gegen die radikale Linke in Westdeutschland und damit auch gegen die Roten Hilfen weiter. Eine unmittelbar nach den breiten Protesten gegen den Tod

von Holger Meins einberufene Innenministerkonferenz beschloss eine bundesweite Fahndungsaktion unter der Bezeichnung „Aktion Winterreise“, die auch die autonomen rh_★ Gruppen betraf. Am 26. November errichtete die Polizei im ganzen Land Straßensperren und durchsuchte etwa 100 Anwaltskanzleien, Büros, Druckereien und Wohngemeinschaften. Gegen 14 der 28 vorläufig festgenommenen Personen wurde Haftbefehl erlassen. Unmittelbar erstellte Protestflugblätter zu dieser umfassenden Staatsschutzaktion sind nicht überliefert, auch nicht von den anderen beiden Roten Hilfen maoistischer Provenienz, die nicht von dieser Durchsuchungswelle betroffen waren. So mussten Rechtsanwälte, Freunde und Bekannte der Beschuldigten die Solidaritätsarbeit für das erste übernehmen.

In einer noch 1974 vom Bundesministerium des Innern publizierten „*Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland*“ wurde die Rote Hilfe in ein von mutmaßlichen „*Führungsmitgliedern*“ der RAF entworfenes „*System*

der Arbeitsteilung“ eingeordnet. Hier mutmaßten die Sicherheitsbehörden, dass die „*Aufgabe der in Freiheit befindlichen Anarchisten, Unterstützer und Sympathisanten*“ für die RAF in dem „*Vollzug legaler und illegaler Aktivitäten*“ bestehe. Neben den rh_★ Gruppen wurden dabei auch die Komitees gegen Folter benannt.

Auch in Frankfurt war es zu einer Vielzahl von Hausdurchsuchungen und Festnahmen gekommen. Eva Michel von der rh_★ und die Universitätsdozentin Brigitte Heinrich wurden unter dem Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung inhaftiert. In der Folge hörte die rh_★ auf, in dieser Stadt zu existieren. In der Stadt kümmerte sich der von Sozialistischen Hochschulinitiative gestellte ASTA und das „*Initiativkomitee Freiheit für Brigitte Heinrich*“ um die Inhaftierten. Michel und Heinrich wurden erst Monate später aus der Untersuchungshaft entlassen. Die gegen sie hier eröffneten jahrelang betriebenen Ermittlungsverfahren führten zu keiner Verurteilung.



Plakat zur Wiedergründungsveranstaltung der RHD im Frühjahr 1975

1975

Kollegen, was bedeutet die Gründung der RHD für uns, für jeden einzelnen Werktätigen?

Für das Jahr 1975 lassen sich über 130 Flugblätter der unterschiedlichen Roten Hilfen nachweisen. Die Darstellung endet hier aber mit dem Aufruf zur Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe Deutschland in einem Lokal in Hamburg-Wilhelmsburg Ende März 1975. In den ersten drei Monaten wurden 25 Flugblätter in Umlauf gebracht.

Gewissermaßen im Nachklang zu dem Hungerstreik im November 1974, bei dem Holger Meins zu Tode kam, riefen die Komitees gegen Folter (KGF) Mitte Januar unter der Überschrift „*Hungerstreik ist Kampf gegen Vernichtungshaft*“ noch einmal zu einem Teach-In im Audi-Max der Uni Hamburg auf. (FB v. 10.1.75) Wenig später verteilt ein anderes KGF in Mannheim ein Flugblatt, in dem proklamiert wird: „*Der Hungerstreik geht so lange, bis die Vernichtungshaft aufgehoben ist!*“ (FB v. 18.1.1975)

Am gleichen Tag macht die RHeV Westberlin darauf aufmerksam, dass der SPD-Senat „*über 375 Gefangene in Tegel Isolierhaft!*“ verhängte, und mobilisierte zu einer Kundgebung direkt vor dem Knast in Tegel. Auf dieser Kundgebung wurde der RH-Aktivist Dieter Kunzelmann von der Polizei zusammengeschlagen. (FB v. 18.1.1975)

Unter der Parole „*Freiheit für Hanns Marzini!*“ mobilisiert die RHeV in Dortmund zu einer Veranstaltung in der Gaststätte Concordia am Borsigplatz. Der Antifaschist Marzini und vier weitere Genossen waren vor dem Landgericht in München wegen Protestes gegen eine Zusammenrottung der NPD angeklagt worden. (FB v. 24.1.75) Diese Veranstaltung steht im Zusammenhang mit einer überregionalen, ebenfalls von der RHeV zusammen mit dem Spektrum der Unterorganisationen der KPD/AO geplanten Solidaritätsdemonstration, die am folgenden Tag am Maria-Hilf-Platz in München für die sofortige Freilassung von Marzini starten soll. (FB v. 25.1.75)

Ohne vorherigen Hinweis für neugierige Dritte gibt die von der KPD/ML eingerichtete Zentrale Leitung der RHD einen Tag später mit einem in Dortmund verbreiteten Flugblatt bekannt, dass nunmehr die Rote Hilfe Deutschlands gegründet worden sei. Unter dem aus dem Solidaritätslied von Bertolt Brecht entlehnten Refrain: „*Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen die Solidarität*“ hätten 50 Delegierte aus 25 RH-Gruppen auf diesem Kongreß „*die vorgelegten Dokumente*“ beraten und Programm und Statut einstimmig angenommen. Gemeinsam sei die „*Entschlossenheit*“ bekundet worden, „*die Tradition der ruhmreichen RHD fortzuführen.*“ (FB v. 26.1.75) Zu der intern abgehaltenen Gründungsveranstaltung der RHD wurde ein paar Wochen später doch noch für fremde Dritte Öffentlichkeit hergestellt. Die von der KPD/AO herausgegebene Rote Fahne trat mit dem Beitrag: „*Aust-Gruppe gründet Spalter-Rote-Hilfe am Schreibtisch*“ auf den Plan und forderte gleich zum „*Kampf dem Links-Opportunismus*“ auf.

(RF v. 12.2.75) Ein paar Tage später machte der Rote Morgen mit der Schlagzeile „*Gründung der Roten Hilfe Deutschlands*“ auf, die seitens der KPD/ML als „*erfolgreich*“ begrüßt worden war. (RM v. 15.2.75)

Anfang Februar fordert die RHeV Westberlin die „*sofortige Freilassung des Wahlkandidaten Dieter Kunzelmann*“, der zu den anstehenden Abgeordnetenhauswahlen für die KPD/AO im Knast kandidierte. Sie verknüpft das mit der bereits in einem RHeV-Flugblatt von Mitte Oktober 1974 erhobenen Forderung, den hier als „*Menschenschinder*“ bezeichneten Tegeler Gefängnisarzt Dr. Bortz zu feuern. (FB v. Februar 75) Mitte Februar muss die RHeV in West-Berlin, auch noch die „*Freiheit für Herbert Marks!*“ fordern, der im Zusammenhang mit dem Kampf für eine medizinische Klinik in Kreuzberg wegen „*schweren Landfriedensbruch[s]*“ verhaftet worden war. (FB v. 13.2.75)

Ende Februar erinnert die rh_★ Westberlin in einem Flugblatt mit der Überschrift: „*Muss man sich erst erhängen, damit sich etwas ändert?*“ an das Schicksal der seit über fünf Jahren andauernden U-Haft von Jürgen Bäcker und Eric Grusdat, die 1970/71 im Zusammenhang mit Aktivitäten der RAF inhaftiert worden waren. Die rh_★ weist hier darauf hin, dass die Verhängung von U-Haft maximal 6 Monate betragen darf. Eine Regel, die in den 1970er Jahren gegenüber mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützer*innen linker seitens der Justiz als „*terroristisch*“ angesehener Vereinigungen in jeder Weise missachtet wurde. (FB v. Februar 75)

Fast zeitgleich erscheint ein Flugblatt der RHeV West-Berlin, das sich zunächst „*Gegen Hetze und Terror der bürgerlichen Parteien*“ ausspricht, um dann zur „*Klassensolidarität*“ in der Weise aufzufordern, dass man bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl Anfang März dazu aufforderte, die „*Liste 5*“ anzustreichen, kurz: Erstmals in der Geschichte der Roten Hilfen rief die RHeV zur Wahl einer Partei, sprich ihrer Mutterorganisation, der KPD/AO, auf. Slogan hier: „*Stärkt die Klassensolidarität! Schafft Rote Hilfe! Wählt KPD Liste 5*“. Im Ergebnis sollten sich dann knapp über 10.000 Wähler*innen von den hier vorgetragenen Rote-Hilfe-Argumenten überzeugen lassen. (FB v. Februar 75)

Etwas ernster stellte sich dann die Situation für Linksradikale unmittelbar nach der Freilassung des von der Bewegung 2. Juni für ein paar Tage entführten CDU-Spitzenkandidaten Peter Lorenz dar. Am 5. März 1975 startete die Westberliner Polizei die größte Fahndungsaktion der Nachkriegszeit. Daran waren 4.000 Polizisten, darunter 300 aus dem Bundesgebiet 260 von BKA und die Militärpolizei der Alliierten beteiligt. Eine Vielzahl von Wohngemeinschaften wurden umgangssprachlich formuliert „*auf den Kopf*“ gestellt, oder präziser formuliert: verwüstet. Die rh_★ reagierte hierauf mit einem Flugblatt über „*verhaltensregeln bei hausdurchsuchungen, festnahmen und observation.*“ (FB v. März 75)

Mitte März schlossen sich die RHeV, die frisch gegründete RHD, die KPD/ML, die Liga gegen den Imperialismus und das Komitee zur Unterstützung des revolutionären Generalstreiks in Spanien zu einer gemeinsamen Demonstration für die „*Freiheit für verhafteten Antifaschisten in Spanien!*“ ab dem Kottbusser Tor zusammen. (FB v. 15.3.75)

Eine Woche später rief die Rote Hilfe Deutschlands der OG Kiel unter der überschwänglichen Überschrift „*Es lebe der Gründung der Roten Hilfe Deutschlands*“ mit einem Flugblatt dazu auf, sich zu einer Groß-Veranstaltung am 22. März um 17.00 Uhr in Hamburg-Wilhelmsburg in „Stübens Gesellschaftsraum“ am Vogelhüttendeich einzufinden.

Unter Verweis auf die bereits am 26. Januar 1975 durch „*Arbeiter, Angestellte, Bauern, Hausfrauen, Rentner, Studenten und Schüler*“ erfolgte Gründung warf der Flugblatttext die Frage auf: „*Kollegen, was bedeutet die Gründung der RHD für uns, für jeden einzelnen Werktätigen?*“ (DOK_24)

Eben das bekam auch die andere konkurrierende Ortsgruppe der RHeV Hamburg mit, die dazu an die Teilnehmer*innen der RHD-Gründungsfeier einen vierseitigen offenen Brief verfasste. Hier wurde nicht mit Kritik gespart. Die Gründung in Dortmund sei doch vor zwei Monaten „*in aller Heimlichkeit*“ erfolgt. Einerseits sei von der KPD/ML zuvor „*der Aufbau einer Roten Hilfe von unten*“ propagiert worden. Doch „*in der Praxis*“ habe das dann so ausgesehen, „*daß die KPD/ML in die vorhandenen spontaneistischen und kleinbürgerlichen Rote Hilfe Gruppen ging, um die Rote Hilfe von ,unten‘ aufzubauen.*“ Dabei sei doch „*von Anfang an klar*“ gewesen, daß diese Gruppen „*die Führung der Arbeiterklasse leugneten*“ und die RH als reine Hilfsorganisation „*zur Unterstützung von kleinbürgerlichen Anarchisten*“ betrachteten. Die Gründung der RHD wurde von der RHeV allem „*linksradikalem Wortgeklingel zum Trotz*“ als ein „*seit über ein Jahr geplantes Spaltungsprojekt der KPD/ML*“ und als ein „*Angriff auf revolutionäre Klassensolidarität*“ bezeichnet. Sie sei ein „*Ausdruck des Zurückweichens vor den aktuellen Aufgaben, die der Klassenkampf heute einer revolutionären Solidaritätsorganisation stellt*“. In der Folge des Schreibens wurde dann noch eine detaillierte Kritik an dem bereits verabschiedeten Programm und Statut der RHD mit dem Angebot formuliert, „*praktisch zusammenzuarbeiten*“ und die „*ideologische Auseinandersetzung*“ zu führen. (FB v. 22.3.75)

Vermutlich wird dieses direkt vor Ort verteilte kritische RHeV-Flugblatt die im großen Saal von „Stübens Gesellschaftsräumen“ anwesenden paar hundert Teilnehmer*innen nicht zu sehr irritiert haben. So hörten sie zur feierlichen Gründung der RHD die Ansprachen sowohl des KPD/ML-Vorsitzenden Ernst Aust als auch

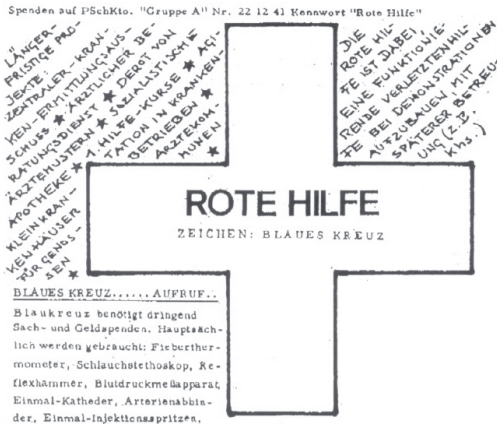
die von Bernd Reisser als Mitglied der Zentralen Leitung der RHD. Letzterer war in einem Münchener Prozess wegen der Vorfälle am sogenannten Roten Anti-Kriegs-Tag im September 1972 zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Aust führte in seinem Referat aus, dass die „*Organisation aus dem ,Kampf zweier Linien‘ entstanden sei. Anstatt mit der Forderung ,Freiheit für alle Gefangenen‘ als eine Art ,Knastologenhilfsorganisation‘ zu agieren, bestehe die Aufgabe der RH nunmehr darin, einem verfolgten Arbeiter ,die Gewissheit (zu) geben (...), daß hinter ihm eine Organisation steht, die dafür sorgt, daß wenn er im Kampf verfolgt wird, durch die Solidarität der Tausenden die Existenz seiner Familie gesichert ist.*“ (Roter Morgen v. 29.3.75)

Am gleichen Tag der Feier zur Gründung der RHD am Vogelhüttendeich fand in Mainz eine sowohl von der OG Frankfurt der RHeV wie auch von der rh_★ Wiesbaden unterstützte Demonstration für die „*Freiheit für Brigitte Heinrich*“ statt. Heinrich war im Zusammenhang mit der Aktion „*Winterreise*“ neben dreizehn anderen AktivistInnen inhaftiert worden. Aus der Sicht der RHeV Frankfurt diente die „*Einkerkerung*“ der „*bekanntesten Antiimperialistin, die in zig Veröffentlichungen für den Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus eingetreten ist und die Zusammenarbeit und Unterstützung faschistischer Regimes durch die SPD/FDP-Regierung aufgedeckt und angeprangert hat*“, dem Ziel, diese mundtot zu machen.

Die rh_★ Wiesbaden hob in ihrem Flugblatt unter Verweis auf eine Presseerklärung ihrer Rechtsanwälte darauf ab, dass der Genossin Heinrich ein krimineller Vorwurf daraus gemacht werde, dass „*sie Anarchisten kannte und mit ihnen diskutierte.*“ (FB v. 22.3.75)

Das staatliche Repressionsgeschehen setzte sich auch nach dem März 1975 weiter fort.

Am 4. Mai erlag Siegfried Hausner der zu dem Kommando der RAF gehörte, das im Februar die deutsche Botschaft in Stockholm besetzt hatte, in der JVA Stuttgart-Stammheim seinen schweren Verletzungen. Knapp drei Wochen später, am 21. Mai, wurde gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ulrike Meinhof als Mitglieder der RAF der Strafprozess vor dem OLG Stuttgart eröffnet. Im Juni wurde Rechtsanwalt Christian Ströbele auf einem Gerichtstermin in Moabit abgegriffen und unter dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung inhaftiert. Am Ende des gleichen Monats starb Katharina Hammerschmidt an den Folgen ihrer in Haft monatelang nicht behandelten Tumorerkrankung. Und so weiter und sofort. Zu allen diesen Ereignissen gab es für die Roten Hilfen exzellente Gründe in Form von weiteren Flugblättern dagegen die Stimme zu erheben. Auch das soll einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben.



1969

Sekretariat Rote Hilfe

1 BERLIN 21, STEPHANSTRASSE 60

Postscheckamt Berlin-West

**Discontobank 413/2932
(Zweigstelle Steglitz)**

ÜBER DEN AUFBAU DER ROTE-HILFE-ORGANISATION DES VOLKES

Rede vor dem Untersuchungsgefängnis Moabit

1970



1971

Baut die ROTE HILFE auf!

1971



1971

rote hilfe nachrichten & 20 Pf mitteilungen

1972



1972



1973



1975

Kleines Glossar

- ▶ RH = Rote Hilfe. So bezeichneten sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre drei Gruppen aus der radikalen Linken.
- ▶ RHK = Rote Hilfe Komitee. Das RHK ging aus den Streitigkeiten hervor, die es in der linksradikalen Szenerie in West-Berlin in der zweiten Jahreshälfte 1970 um den Aufbau einer RH gab. Das RHK rechnete sich der KPD/AO zu. Unter der presserechtlichen Verantwortung von Rechtsanwalt Henner Kraetsch gab diese Gruppe in West-Berlin formell Anfang Januar 1971 ihre Gründung bekannt.
- ▶ RHeV = Rote Hilfe eingetragener Verein. Diese RH ging aus dem RHK hervor und gründete sich nach dem FORD-Streik in Köln im August 1973. Sie gab ab Oktober 1973 unter der presserechtlichen Verantwortung von Hartmut Schmidt eine eigene Zeitung heraus und nahm in einer Reihe von westdeutschen Städten und West-Berlin die Arbeit auf. Sie löste sich im Februar 1979 auf.
- ▶ rh_★ = rote hilfe stern. Die rh_★ West-Berlin entstand sowohl durch Streitigkeiten mit der KPD/AO, als auch durch Diskussionen mit der Gruppe PL/PI. An den Diskussionen waren unter anderem Renate Fink, Thorwald Proll, Klaus Hartung und Martin Schmidt beteiligt. Nachdem die rh_★ im Verlaufe des Jahres 1971 eine Reihe von Flugblättern erstellt und in Diskussionsbeiträgen in der Zeitung Hochschulkampf auf sich aufmerksam gemacht hatte, publizierte sie ab Anfang Februar 1972 unter diesem Namen eine Zeitung, zunächst nur in West-Berlin. Ab September 1972 schloss sich die rh_★ West-Berlin mit gleichnamigen Gruppen aus Hamburg, Frankfurt und München zu einem gemeinsamen Zeitungsprojekt zusammen. Anfang der 1980er Jahre ist bis auf München keine der rh_★ Gruppen mehr präsent.
- ▶ RHD = Rote Hilfe Deutschland. Die KPD/ML hatte ursprünglich geplant, die RHD im Oktober 1974 aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung der RHD in der Weimarer Republik erneut zu gründen. Dieser Termin konnte nicht realisiert werden aufgrund des Engagements der Partei und ihrer RH-Gruppen bei der Unterstützung des zweiten RAF-Hungerstreiks in den Monaten September bis November 1974. Die Gründung der RHD durch die KPD/ML fand dann im Januar 1975 in Dortmund statt. Ende März 1975 wurde die RHD in dem Hamburg-Wilhelmsburger Arbeiterlokal „Stübens Gesellschaftsräume“ feierlich durch Reden von Ernst Aust und Bernd Reisser der Weltöffentlichkeit vorgestellt. Die RHD transformierte sich im Frühjahr 1986 zur heute bestehenden RHeV.
- ▶ KPD/AO = Kommunistische Partei Deutschland – Aufbauorganisation. Diese Partei ging aus den Diskussionen auf der von der Bewegungszeitschrift Rote Presse Korrespondenz in West-Berlin Anfang Dezember 1969 durchgeführten sogenannten Arbeitskonferenz hervor, an der sich Vertreter*innen von 60 Gruppen beteiligten. In dem dort u. a. von Christian Semler, Jürgen Horlemann und Klaus Hartung vorgestellten Papier zu der ersten „Etappe im Aufbau einer Kommunistischen Partei“ werden auch konzeptionelle Überlegungen zur Roten Hilfe diskutiert. Die Partei wird Mitte März 1970 aus der Taufe gehoben und löste sich im März 1980 auf.
- ▶ KPD/ML = Kommunistische Partei Deutschland – Marxisten-Leninisten. Diese Partei wurde Ende 1968 in Hamburg gegründet. Daran war auch der seit den frühen 1950er Jahren in der moskau-orientierten KPD aktive Ernst Aust beteiligt. Die Zentrale der Partei lag in Dortmund. Sie löste sich im Oktober 1986 in die Vereinigte Sozialistische Partei auf.
- ▶ PL/PI = Proletarische Linke/ Partei-Initiative. Diese Gruppe ging im Sommer des Jahres 1970 aus den Richtungsstreitigkeiten der linksradikalen Szenerie in West-Berlin hervor. An ihr waren unter anderen der letzte Bundesvorsitzende des SDS Udo Knapp und der Student der Politischen Wissenschaften Götz Aly beteiligt. Die PL/PI gab ab Januar 1971 unter anderem die Zeitung Hochschulkampf heraus, in der sich eine Reihe von programmatischen Beiträgen der rh_★ finden. Nach Mai 1972 sind keine weiteren Äußerungen der PL/PI mehr belegt.
- ▶ IKAH = Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg. Diese Gruppe ging aus dem im Februar 1972 in das politische Leben tretende sogenannte Initiativkomitee Rote Hilfe hervor. Nach intensiven Streitigkeiten in der weiteren Herausbildung der rh_★ zwischen Befürworter*innen und Kritiker*innen der RAF im Juni 1972 gründeten Mitglieder des Kommunistischen Bundes Ende Juli 1972 das IKAH Hamburg. Bis Juni 1976 sind eigenständige Publikationen dieser Gruppierung nachweisbar.

Zum Weiterlesen

- ▶ Helmut Pollähne, Rote Hilfe(n). Hilfe für die RAF und/oder gegen die Justiz? In: Volker Friedrich Drecktrah (Hrsg.): Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des „Deutschen Herbstes“, München 2010, S. 139–170
- ▶ Hartmut Rübner, „Die Solidarität organisieren“. Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968, Berlin 2012
- ▶ M. Mohr, Genossenschutz. Die Rote Hilfe in Westberlin 1969-71. hrsg. von der Roten Hilfe e. V. und dem Hans-Litten-Archiv e.V., Göttingen 2011
- ▶ Bambule (Hrsg.): Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD. 2 Bände, Hamburg 2013
- ▶ M. Mohr, Weitergeben! – Flugschriften der Roten Hilfe in der Bundesrepublik und Westberlin 1969-1980. Ein kommentiertes Verzeichnis, hrsg. von der Roten Hilfe e. V. und dem Hans-Litten-Archiv e.V., Göttingen, 2013
- ▶ M. Mohr, Willi Münzenberg und die neue Rote Hilfe in den 1970er Jahren, in: Rote Hilfe Zeitung Nr. 3 (Oktober) 2015, URL: https://hans-litten-archiv.de/images/archiv/texte/willi_muenzenberg_rhz_3_2015.pdf
- ▶ Pablo Schmelzer, „Black and White, unite and fight“. Die deutsche 68er-Bewegung und die Black Panther Party, Hamburg 2021

Anhang: Dokumentation von RH-Flugblättern

S. 42, DOK_1: Komitee für Genossenschutz, Schütz: „In Springer-Zeitungen wird nicht verfälscht!“ Hände weg von Mahler - Springer vor ein Volksgericht! (5. Flugblatt Februar 1970)

S. 43, DOK_2: Rote Hilfe Sekretariat, Genossen macht ernst mit der Parole „Dem Volke dienen“ / Helft mit beim Aufbau der Roten Hilfe (West-Berlin vom 29. April 1970) (Abschrift)

S. 44, 45, DOK_3: rh_★ Westberlin, Kampf dem Justizterror! Verhindert die Verschleppung der Genossen aus Berlin! / Erhöhte Wachsamkeit in den nächsten Wochen (Mitte Mai 1971)

S. 46, 47, DOK_4: RHK Westberlin, Der Prozess gegen Mahler, Schubert und Goergens zeigt wie umfassend der Angriff der herrschenden Klasse auf die demokratischen Rechte des Volkes ist (Aufruf Teach-In am 21. Mai 1971 im Fachbereich Jura)

S. 48, 49, DOK_5: rh_★ Westberlin, Hochschulkampf / Kampf der Roten Zellen / Republikanischer Club, Mord an Georg v. Rauch (Aufruf Demonstration am 6.12.1971)

S. 50, 51, DOK_6: Initiativkomitee RH Hamburg, Solidarität mit Peter Brückner mit Jürgen Seifert (Teach-In am 3. Februar 1972 an der Uni)

S. 52, DOK_7: rh_★ Westberlin, Mord am Berliner Anarchist war lange geplant! / Von Polizei erschossen. Komplizin verhaftet (Teach-In am 13. 3. 1972 im Audimax)

S. 53, 54, DOK_8: rh_★ Frankfurt, Rat der besetzten Häuser, Der Wohnungskampf hat begonnen (Aufruf für ein öffentliches Tribunal über Spekulanten, Hausbesitzer und ähnliches Gesindel am 14. April 1972) (Abschrift)

S. 55, 56, DOK_9: rh_★ Frankfurt Die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen (18. Mai 1972)

S. 57, 58, DOK_10: Initiativgruppe Arbeiterhilfe Hamburg (IKAH) Aufruf zur Gründung einer Arbeiterhilfe (IKAH) (20. Juni 1972)

S. 59, 60, DOK_11: rh_★ Hannover, SOLIDARITÄT mit allen politischen Gefangenen (Zum den Aussagen von Fritz Rodewald, der Ulrike Meinhof an die Polizei auslieferte und Aufruf zur solidarischen Auseinandersetzung mit der Politik der RAF) Hannover 21. Juni 1972

S. 61, 62, DOK_12: rh_★ Westberlin, Die Neue Linke als gesellschaftlicher Machtfaktor in der BRD? (Reflexion über die Stärke der Linken und die Schaffung einer Volksfront) (14 /15. Juli 1972)

S. 63, 64, DOK_13: rh_★ Hamburg / Frankfurt / Westberlin / München, Freiheit für die politischen Gefangenen (Zu den bevorstehenden Prozessen gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) und dem Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK) Frankfurt/Berlin /München / Hamburg Dezember 1972)

S. 65, 66, DOK_14: rh_★ Bochum, Ulrike Meinhof soll im Knast verrückt gemacht werden (Kundgebung am 4. August 1973 in Bochum)

S. 67, 68, DOK_15: rh_★ Frankfurt, Liebe Sindlinger (Aufruf an die Bevölkerung im Stadtteil zum Prozessauftritt gegen Astrid Proll und Marianne Herzog August 1973)

S. 69, 70, DOK_16: rh_★ Frankfurt, Neues vom Sozialstaat / Schauprozesse in Frankfurt (Zum Auftakt des Prozesses gegen Astrid Proll und Marianne Herzog / Demonstration am 28.9.1973 in Frankfurt)

S. 71, 72, DOK_17: RHeV, Solidarität mit Baha Targün und allen anderen entlassenen Ford-Arbeitern (Veranstaltung in West-Berlin am 17. Oktober 1973)

S. 73, 74, DOK_18: RHeV / KPD / KJV / KSV / KPD/ML / Liga gegen den Imperialismus, Versucher Mord der Klassenjustiz an K. Hammerschmidt! / Wir fordern Bestrafung aller Verantwortlichen (Aufruf Demonstration am 23.2.1974 in West-Berlin)

S. 75, 76, DOK_19: KGF Stuttgart, Stuttgarter Nachrichten betreiben neue BM-Hysterie / Nicht das Volk hat Angst vor der RAF, sondern die westdeutschen Imperialisten und ihre Politiker (März 1974)

S. 77, 78, DOK_20: RHeV München, Brutale Erschießung von Günther Jendrian! (Aufruf zur Beteiligung an einem Komitee zur Aufklärung der Ereignisse am 23. Mai und zu einer Demonstration am 24. Mai 1974)

S. 79, 80, DOK_21: rh_★ Hamburg, Polizeimord am Duisburger Arbeiter Günter Routhier! (Berichterstattung in Duisburg am 24.6.1974)

S. 81, 82, DOK_22: rh_★ Dortmund, Mord! /
Kein Zweifel: Holger Meins ist an den Folgen von
Zwangsernährung und Isolationshaftfolter gestor-
ben! (Veranstaltung in Kiel am 16.11.1974)

S. 83, 84, DOK_23: rh_★ Frankfurt, Häuserrat, Revo-
lutionärer Kampf, Sozialistische Hochschulinitiative /
SF, Komitee gegen Folter, Holger Meins zu Tode gefoltert
/ Aufhebung der Isolationshaft / Gleichstellung mit den

anderen Gefangenen (Aufruf Teach-In am 11. November
1974 und Demonstration am 13.11.1974 in Frankfurt)

S. 85, 86, DOK_24: rote hilfe_★Deutschlands OG
Kiel, Es lebe der Gründung der Roten Hilfe Deutsch-
lands (Aufruf anlässlich der Gründung der RHD zur
Groß-VA am 22. März 1975 um 17.00 Uhr Hamburg-
Wilhelmsburg in „Stübens Gesellschaftsraum“
am Vogelhüttendeich Hamburg-Wilhelmsburg)

Schutz „In Springer-Zeitungen wird
nicht verfälscht!“

Flugblatt Nr.5 * Komitee für Genossenschutz* Flugblatt Nr.5* Komitee für Genos

Die Mobiler Prozeßschmiere hat ihr Niveau gehalten. Als am letzten Montag der Regierende seiner Zeugenpflicht Folge leistete, war das Gebäude wieder einmal für die Öffentlichkeit abgeriegelt. Die schwarzberockten Figuren hinter den Theken nutzten ihre Gelegenheit. Die Methoden sind nicht neu: Mannschaftswagen, Popos, uniformierte Ordnungsbütel, Abklopfen nach nie gefundenen Waffen, Das versoffene Sonderkommissionsgesicht des Kommissar S c h u m a c h e r, und die Privatgorillas des Regierenden, deren Hände den Ersatz-Penis im Schulterhalfter streichelten.

Schütz im Zeugenstand: Vorname: "Klaus".-Beruf: "Herrschender."-"Weder verwandt noch verschwägert.."(bloß nicht! da sei Mao vor!!)

Die Stimme leise, ängstlich, denn die "Typen", die sitzen hinter ihm.

Seine Aussage: Er hat was gegen Spontandemonstrationen, sagt er. Und außerdem trägt er keine Verantwortung für Polizeieinsätze, sagt er. Er liebt mehr "Ruhe und Ordnung", sagt er. Unangemeldete Demonstrationen garantieren diese nicht, sagt er. Mahler, Schily und Groenewold lassen ihm Zeit, seine Plattitüden auf dem mitlaufenden Tonband zu bekunden. Schily befragt ihn zu der "Spontandemonstration" der Westberliner Faschisten am Abend vor dem Vietnam-Kongreß. (Morgenpost: "Arbeiter verbrannten rote Fahnen!") Neubauer hat anschließend zu ihnen gesprochen, das "Staatsbürgerliche Verhalten" gewürdigt, den Grundstein für die Menschenjagd vom 21.2.68 gelegt. "Wie stehen Sie dazu, Herr Zeuge?"- Stille im Gericht. Die Genossen ermuntern zur Antwort. Sie wissen, er kann nicht. Noch nicht einmal die Legende von "rechts gleich links" ist hier an den Mann zu bringen. Kein Ausweg?- Doch! "Ich kann mich nicht entsinnen." Nicht an brennende rote Fahnen? Nicht an Neubauers Rede? Nicht an die Morgenpost-Schlagzeilen? Feist, zusammengesunken weiß er nichts zu sagen. Der Lügenbold! Die Genossen sagen ihm das auch. Willkommene Gelegenheit zur Räumung. Bullen drängeln sanft, bis die Presse nicht mehr in das Treppenhaus sehen kann. Wie so etwas weitergeht, ist ja allen bekannt.

Thema Vietnam: Albrecht hat dazu "Völkermord" gesagt. Schütz schwafelt von "tragischem Krieg in einem kleinen Land". Mahler: "Sie können sich als geohrfeigt betrachten, Herr Schütz! Der unglaubliche Zynismus des Zeugen muß hier einmal klar gemacht werden!"
Man sieht: Schütz kommt weder klar mit den Funktionen seiner eigenen Partei, wenn's um Vietnam oder Ahlers'-Späterkenntnisse zu Springer geht, noch fühlt er sich von den Zeitungen des Imperiums Springer unterdrückt, wie er sagt. (Wagt er eigentlich nicht das Maul aufzumachen- oder ist er tatsächlich so blöd?)

Und schließlich: "ist man froh, wenn das, was man sagt, sich einigermaßen wahr in den Zeitungen wiederfindet".

Und deswegen mag Klaus den Axel so gern!
(Vor dem Gebäude empfängt eine alte Frau die hinausgeschmissenen Genossen mit der Aufforderung: "zeigt's denen da oben mal". Vor 30 Jahren ist sie im gleichen Gebäude zum Tode verurteilt worden. Im KZ hat sie zufällig überlebt.)

Genossen: Am 16.2. kommt Springer, das Schwein.

Eine Woche später ist das Chamäleon Ahlers und der Spätzünder Wischniewski geladen.

Genossen: Die Parolen des Tegeler Weg klingen ihnen noch in den Ohren:

Hände weg von Mahler - Springer vor dem Volksgericht!

Anhang - Dokumentation von RH-Flugblättern

GENOSSEN! MACHT ERNST MIT DER PAROLE „DEM VOLKE DIENEN“
HELFT MIT BEIM AUFBAU DER ROTEN HILFE

Im April 1970 hat sich die ROTE HILFE - Westberlin konstituiert. Die ersten Schritte beim Aufbau dieser Massenorganisation erfolgen in folgenden Projekten:

1. Klassenjustiz: Rechtsberatung , Gegenermittlung (vor-) prozessuale Hilfe
KAMPF DER KLASSENJUSTIZ
2. Hafthilfe: Post- und Besuchsaktionen für die inhaftierten Genossen, längerfristig: Herausgabe einer überregionalen Knastzeitung
FREIHEIT FÜR DIE GENOSSEN IN DEN GEFÄNGNISSEN
3. Blaukreuz: medizinische Beratung und Versorgung, Medikamentenhilfe für die Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika
ES LEBE DIE NATIONALE UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
4. Technik: Breitstellung und Koordinierung von technischen Geräten, technische Durchführung von Veranstaltungen
SCHAFFT EINEN TECHNISCHEN APPARAT IN DEN HÄNDEN DES PROLETARIATS
5. Sozialistisches Zentrum: es wird getragen von einem Politischen Ausschuß der am Montag, den 4. Mai 20 Uhr, vom Delegiertenrat der ROTEN HILFE gewählt wird. Vergeßt nicht, Delegierte hinzuschicken. Ort: Zentrum

Zur Finanzierung der Projekte der ROTEN HILFE und des SOZIALISTISCHEN Zentrums brauchen wir Eure Hilfe. Fügt die angefügte Vollmachterklärung aus. damit werden wir berechtigt, von eurem Konto monatlich den von Euch eingefügten Betrag anzuheben (mindestens 5- DM) Ihr werdet damit Einzahlmitglieder der ROTEN HILFE - Westberlin und erhaltet von uns kontinuierlich Informationen über die Arbeit der ROTEN HILFE

Die ROTE HILFE hat am 1. Mai einen medizinischen, technischen und juristischen Hilfsdienst eingerichtet. Beachtet die Rückseite.

VOLLMACHT

Sekretariat ROTE HILFE - Westberlin, 1 B 21, Stephanstr. 60 (Soz. Zentrum)
Bankscheckkonto 274301 BlnWest Berliner Disconto Bank 413/2932 (Steglitz)

Hiermit ermächtige ich die ROTE HILFE - Westberlin jeweils zu Beginn des Monats zu lasten meines Kontos gemäß dem eingetragenen Beitrag und den un-
stehenden Angaben DM mittels Lastschrift einzuziehen.

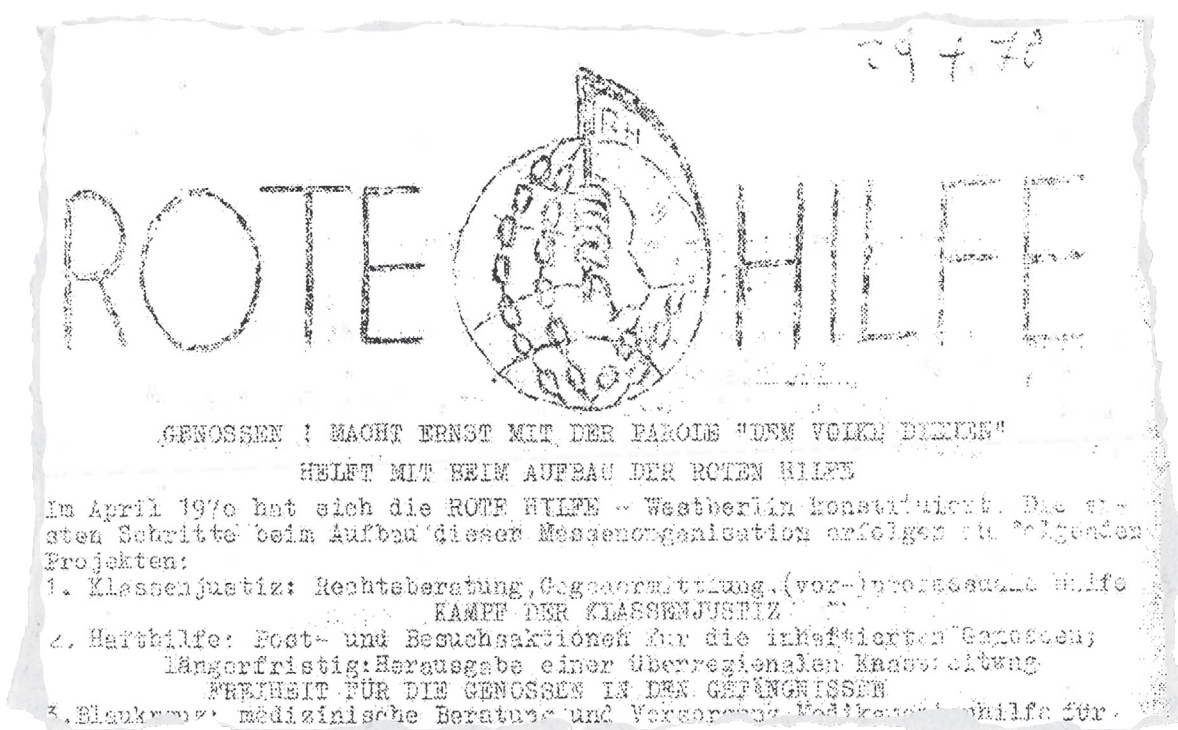
Name: Vorname:

Wohnort: Straße:

Bank/Postscheck-Konto-NR.:

Berlin: 1970

(Unterschrift)



KAMPF DEM JUSTIZTERROR! VERHINDERT DIE VERSCHLEPPUNG DER GENOSSEN AUS BERLIN! ERHÖHTE WACHSAMKEIT IN DEN NÄCHSTEN WOCHEN.

ALLES, WAS DER FEIND BEKÄMPFT, MÜSSEN WIR
UNTERSTÜTZEN, ALLES WAS DER FEIND UNTER
STÜTZT, MÜSSEN WIR BEKÄMPFEN. MAO

WAS WILL DIE JUSTIZ IM 'MAHLER-PROZESS' BEWEISEN?

Die Verhältnisse in dem Moabit-Prozeß gegen die Genossen Goergens, Mahler, Schubert sind klar: für die Anklage gibt es da nichts zu beweisen. Um zu verschleiern, daß die Anklage ein riesengroßes Wendei ist, versucht die Justiz mit allen Mitteln entlastende Beweise zu ignorieren, Entlastungszeugen zu unterschlagen (M. Lehmann), falsche belastende Aussagen zu erpressen (Voigt), willkürlich Beweisangebote abzulehnen. Ist also eine Niederlage der Justiz zu erwarten?

Was will die Justiz beweisen? Sie will beweisen, daß sie auch ohne ausreichende Beweise verurteilen kann. Daß sie ein politisches Urteil fällen kann. Der Klassenjustiz kommt es auf die politische Demonstration an, klarzustellen, wie die Machtverhältnisse sind. Sie pfeift auf die juristische Legalität. Sie geht vielmehr davon aus, daß Springerpresse und Innenministerium schon das geeignete politische Klima schaffen, um ein politisches Urteil durchzusetzen. In deren Händen liegt die wirkliche Prozeßführung. Um eine zureichende Verurteilungspsychose zu erzeugen, wird in einer gewaltigen Pressekampagne den Genossen die Kindesentführung Lühmer, das Gangsterstück des CDU-Professors Rubin angeleitet. Gleichzeitig läßt Genscher Notstandsübungen auf Flugplätzen, Bahnhöfen und Ausfallstrassen inszenieren und mit den aberwitzigsten und lächerlichsten Beschuldigungen massenhaft Hausdurchsuchungen und Festnahmen durchführen.

WAS IST DER POLITISCHE SINN DES § 129

Die Hetzkampagne im Stile der Kommunistenjagden der 50er Jahre soll der Regierung und der Justiz die Möglichkeit geben, die Genossen Baader, Mahler, Meinhoff u.a. als Mitglieder einer "kriminellen Vereinigung" abzustempeln, um so gegen sie über den Paragraphen 129 des Strafgesetzbuches vorgehen zu können. Dieser Gummiparagraph lautet:

- (1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, strafbare Handlungen zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt (!), wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

Seine dehnbare Formulierung gibt der Justiz die Möglichkeit, alle sozialistischen Gruppen und Organisationen willkürlich zu verfolgen. Hinzu kommt, daß der Generalbundesanwalt nach § 74a GVG die Fälle Baader, Meinhoff u.a. an sich gezogen hat - wegen der "besonderen Bedeutung" - um so mit der Sicherungsgruppe Bonn zentral im ganzen Bundesgebiet ermitteln, verfolgen und zuschlagen zu können. Damit verschafft sich die Regierung die Voraussetzung auf kaltem Wege eine FBI-ähnliche Terrororganisation aufzubauen.

Der § gibt jetzt schon die Möglichkeit, jede Solidarität mit den verfolgten Genossen unter der Beschuldigung "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" zu kriminalisieren. Es ist inzwischen gerichtsnotorisch (beim "Mahler-Prozeß"), daß es schon genügt, daß der eigene Name in einem wie auch immer gearteten Zusammenhang mit einer sog. kriminellen Vereinigung auftaucht, und man hat den Terror im Haus: Polizeihubschrauber, Hundestaffeln, schwerbewaffnete Hundertschaften.

REVOLUTIONÄRE GEWALT

Die politische Spitze des Paragraphen richtet sich aber nicht unmittelbar gegen die sozialistischen Organisationen schlechthin. Vielmehr soll jede Form der revolutionären Gewalt, des spontanen Widerstandes, der revolutionären Intervention kriminalisiert werden. Der politische Sinn des Paragraphen ist es, auch die Beteiligten an spontanen Aktionen zu Mitgliedern einer "kriminellen Vereinigung" zu erklären, Solidarität als Solidarität zu kriminalisieren.

Mit anderen Worten, der Staatsapparat benennt den Preis, was für die Organisationen auf dem Spiel steht, wenn sie gegen die Brutalität der herrschenden Klasse zum Mittel der revolutionären Intervention greifen sollten. Kriminell ist, wer einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Klassenfeind gezogen hat.

Wir müssen sehen, daß das Kalkül des Staatsapparates auf eine wirkame Drohung und Einschüchterung der sozialistischen Gruppen zielt. Denn eine allgemeine politische Verfolgung zu entfesseln, würde bedeuten, daß die Klassenfronten vollends aufreißen. Die Antwort aller Sozialisten steht noch aus, wie dieses Kalkül zunichte gemacht wird.

Es wäre also naiv, die Justiz anklagen zu wollen, sie verletzte demokratische Grundrechte, wenn Genossen verfolgt, unter faßscheinigsten Gründen verhaftet und terrorisiert werden. Die Justiz ist die Letzte, die demokratischen Rechten nachtrauert.

Aber die Justiz ist nicht nur Klassenjustiz, weil sie das Recht der Herrschenden und Besitzenden gegen die Wut der Unterdrückten verteidigt. Die Klassenjustiz handelt auch unmittelbar politisch.

Die Klassenjustiz führt einen Klassenkampf von oben. Ihr Vorgehen gegen die "Baader-Meinhoff Gruppe" stelle eine politische Offensive gegen die gesamte Linke dar. Ihr Ziel ist es, die militanteste Spitze des revolutionären Lagers nachhaltig und massenwirksam zu liquidieren.

Bislang hat die Linke noch keine massenhafte Antwort auf die Offensive der Justiz gefunden. Protesterklärungen nützen nichts. Sie haben nur den Effekt, das eigene Gewissen zu beruhigen, nicht aber Unruhe im Lager des Feindes zu schaffen. Fruchtlos ist, mit quasi aufgeklärtem Bewußtsein, dem Feind nachzuweisen, daß er die Baader-Meinhoff-Gruppe dämonisiert, fruchtlos zu rätseln, welche hinterlistigen Ziele die Klassenjustiz nun wirklich verfolge, wenn sie die Genossen verfolgt. Wir müssen begreifen: der Staatsapparat muß die Gruppe liquidieren, Genscher meint es völlig ~~ernst~~ ernst, wenn er vom "Staatsfeind Nr. 1" spricht. Denn die Genossen haben öffentlich, den Massen sichtbar und bewußt mit ihrer ganzen Existenz das staatliche Monopol auf Gewaltanwendung durchbrochen. Sie haben gegen das Recht der Herrschenden die revolutionäre Gerechtigkeit gesetzt. Die politische Lehre ihres Kampfes ist zumindest dies: Die Macht des Staatsapparates ist nicht total, also kann auch die Unterdrückung nicht dauerhaft sein. Der Staatsapparat rechnet damit, daß die ideologische Trennung von Kommunisten und Anarchisten zu einer wirklichen Trennung in der Praxis wird. Er versucht auf seine Weise die ideologische Auseinandersetzung zu einer Spaltung zu vertiefen. **Wir werden aber unsere politischen Vorstellungen nicht vom Feind bestimmen lassen!** Denn:

es ist eine Sache, die Strategiedebatte zu führen; es ist eine Sache, zu untersuchen, Stadtguerillaaktionen gegenwärtig zu einem Element einer kommunistischen Gesamtstrategie werden können. Und es ist eine andere Sache daß die Aktionen der Baader-Meinhoff-Gruppe ein Zeichen gesetzt haben, daß es sich lohnt darüber nachzudenken wie man sich wehren kann. Ein Zeichen all denen, für die Staatsapparat bedeutet, das Recht auf ein glückliches Leben verloren zu haben. Daß die Gruppe bislang noch nicht geschlappt werden konnte, ist eine wirkliche Hoffnung für alle, die den Widerspruch zwischen dem immensen Reichtum dieser Gesellschaft und ihrer eigenen glücklosen Existenz nicht aushalten können und ihn kriminell lösen d.h. ohnmächtig, isoliert und letztlich als Opfer.

Der politische Charakter der Gruppe liegt gerade darin, daß sie der unterdrückten Wut, dem Bedürfnis der Rache am Ausbeuter, und dem Drang umsichzuschlagen eine politische Dimension gibt. Nämlich, daß man nicht umsichzuschlagen braucht, sondern kollektiv kämpfen kann; daß man mit der Rache am Ausbeuter nicht kaputt zu gehen braucht, sondern sich organisieren kann. Die elendeste Massenarbeit bestände darin, gegen die Gruppe die langfristige politische Arbeit auszuspielen. Ingeheim würde man dann die Version der Klassenjustiz übernehmen (daß die Gruppe nicht politisch handle, also kriminell sei).

DARUM: AKTIVE SOLIDARITÄT MIT DEN GENOSSEN IM KWAST! VERHINDERT IHRE VERSCHLEPPUNG!

Den Hier in Westberlin inhaftierten Genossen Asdonk, Berberich, Goerzens, Mahler, Schubert, B. Wolf, R. Wolf droht jetzt die Verschleppung nach Westdeutschland.

Es ist damit zu rechnen, daß die Herrschenden versuchen werden, sie bald nach Ende des Prozesses mit Chartermaschinen (wie '69 bei den Deserteuren) auszufliegen. Das Interesse der Klassenjustiz an der Verschleppung ist offensichtlich. Sie wollen die Genossen isolieren und terrorisieren. Sie wollen die Kontakte, die sich hier in Westberlin gebildet haben, zerschlagen und die Genossen - wie seinerzeit bei den Deserteuren - über die verschiedenen Provinzgefängnisse in Westdeutschland verteilen. Das Ziel dabei ist den Genossen die Haft so schwer wie möglich zu machen, und die Verteidigung durch die räumliche Verteilung zu behindern. Unter den Genossen die ausgeflogen werden sollen, befindet sich Horst Mahler; sein Name ist den Arbeitern vertraut; er steht für Unerschrockenheit gegen die Staatsgewalt, für ausdauernde Solidarität mit den Unterdrückten und für den Mut, die eigene Existenz vollständig in den Dienst der Revolution zu stellen.

Gegen die geplante Verschleppung müssen sich alle Kommunisten zur Wehr setzen. Wir müssen den Kampf dafür aufnehmen, daß kein Flußzeug für den Ausfluß gechartert werden kann. Der Beispielcharakter, den die Verfolgung der Genossen Baader, Mahler, Meinhoff u.a. hat, liegt auf der Hand. Daher muß sich in dieser Frage eine Einheit aller kämpfenden Gruppen ergeben. Die Herrschenden werden versuchen, in einer gewaltigen Machtdemonstration den solidarischen Zusammenhalt der Kommunisten zu zerbrechen, und damit die Linke stückweise zu zerschlagen.

Aus diesem Grund muß jeder die Entwicklung mit der Verschleppung genau verfolgen. Jede Gruppe muß sich heute schon entscheiden und planen, daß und wie sie zum gegebenen Zeitpunkt an Demonstrationen teilnehmen muß.

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN! REISST DIE MAUERN EIN! HAUT DEM NAGEL AUF DEN KOPF! SOLIDARITÄT IM KLASSENKAMPF!

Verantwortlich:

Rote Hilfe Westberlin

1 Bln 21, Stephanstr. 60

Eigendruck im Selbstverl

Rote Hilfe Komitee Westberlin

Der Prozeß gegen Mahler, Schubert und Goergens zeigt, wie umfassend der Angriff der herrschenden Klasse auf die demokratischen Rechte des Volkes ist

IN DER EMPÖRUNG ÜBER DIE MACHENSCHAFTEN DER KLASSENJUSTIZ NICHT DIE HAUPTSTÖßRICHTUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE BEIM ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE VERGESSEN!

Seit mehreren Wochen berichtet die bürgerliche Presse ausführlich über den Prozeß gegen Horst Mahler, Ingrid Schubert und Irene Goergens. In diesem Prozeß wurde deutlich, daß die demokratischen Rechte der politischen Gefangenen nicht gegen Durchbrechung und Mißachtung seitens der Klassenjustiz gesichert sind, sondern daß sich die herrschende Klasse heute die Werkzeuge schafft, um bei kommender Verschärfung der Klassenkämpfe gegen fortschrittliche Arbeiter vorgehen zu können. Die empörende Mißachtung der demokratischen Rechte der politischen Gefangenen darf aber nicht dazu führen, daß wir die allgemeinen Anstrengungen der Bourgeoisie übersehen, die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse in viel größerem Umfang zu beschneiden. Der Prozeß gegen Mahler, Schubert und Goergens ist nicht der Auftakt für die Durchbrechung der demokratischen Rechte, sondern begleitet den erbarmungslosen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse im Betrieb. Überall versucht die herrschende Klasse angesichts der auf sie zukommenden Krise die Möglichkeiten der Arbeiterklasse, sich legal gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zur Wehr zu setzen, abzubauen. Das geschieht im Betrieb hauptsächlich durch die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, mit der erreicht werden soll, daß jede politische Betätigung gegen Ausbeutung und Lohnabbau unterdrückt wird. Aber nicht nur im Betrieb, sondern auch außerhalb suchen die Kapitalisten jede Anstrengung, sich gegen Lohnabbau und Preistreiberei zu wehren, zu unterdrücken. So hat z. B. der westberliner Betrieb des Eternit-Konzerns allen Arbeitern angedroht, daß sie entlassen werden, wenn sie sich an dem Kampf gegen die Mieterhöhung durch die DeGeWo in Gropiusstadt beteiligen. Das fundamentalste Grundrecht, nämlich das auf freie Meinungsäußerung, wird hier dem Profitmachen untergeordnet, was besonders deutlich darin zum Ausdruck kommt, daß der Eternit-Konzern in Gropiusstadt selbst Werkwohnungen von der DeGeWo hat, die ihm eine jährliche Dividende von 8% bringen. Die herrschende Klasse weiß sehr wohl, daß eine Arbeiterklasse, die die demokratischen Rechte für ihren Kampf nützt, ihr gefährlichster Geg-

ner ist. Deshalb liegt auch das Hauptgewicht der Angriffe der herrschenden Klasse auf Einschränkung der Rechte, die im Betrieb bestehen. An den konzentrierten Anstrengungen der Kapitalistenklasse wird deutlich, daß sie nicht gewillt ist, die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse hinzunehmen. Jedes Recht, das die Arbeiterklasse im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung anwendet, ist von diesen Angriffen der Unternehmer bedroht. Die Bourgeoisie versteht die bürgerlichen Rechte als Garantie der ungestörten Ausbeutung und bereitet sich von daher konsequent darauf vor, jede Störung ihrer ruhigen Ausbeutung mit der Durchbrechung der demokratischen Rechte zu beantworten. Notstandsgesetze, Handgranatengesetz und Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sind Ausdruck des Verständnisses von Demokratie so wie sie die herrschende Klasse versteht.

Verzweifelt versucht die herrschende Klasse heute schon jeden Anlaß wahrzunehmen, um sich auf die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse vorzubereiten. Sie weiß ganz genau, daß nur der umfassende Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes ihr die Möglichkeit verschafft, die Folgen der nächsten Krise auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Sie weiß ganz genau, daß die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse Schranken für die Unternehmer sind, die Masse der arbeitenden Bevölkerung hemmungslos den Auswirkungen der nächsten Krise auszusetzen. Der zentrale Angriff gilt daher den Arbeitsbedingungen und den Rechten am Arbeitsplatz. Doch dies ist nur die eine Seite.

Im Prozeß gegen die drei Angeklagten zeigt sich, wie genau die Bourgeoisie die Voraussetzungen des Klassenkampfes von oben kennt. Doch ihr gefährlichster Gegner, die organisierten fortschrittlichen Arbeiter und Intellektuellen, die die kommunistische Partei aufbauen, bekämpft sie mit anderen Waffen.

Die zahllosen Rechtsbrüche in dem Prozeß gegen Mahler, Schubert und Goergens sind nur die Begleitumstände eines langfristigen Planes der herrschenden Klasse, die sich konzentriert auf den Abbau der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse selbst und gleichzeitig zu verhindern sucht, daß sich die fortschrittlichen Arbeiter und die revolutionären Intellektuellen in einer kommunistischen Organisation fest zusammenschließen mit dem Ziele die Diktatur der Bourgeoisie zu brechen und ihr die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen.

WELCHE ZIELE VERFOLGT DIE HERRSCHENDE KLASSE MIT DEM PROZEß GEGEN MAHLER, SCHUBERT UND GOERGENS ?

Seit Monaten ist klar, daß die Klassenjustiz nur ein Ziel hat, die drei Angeklagten zu verurteilen. Innensenator Neubauer erklärte schon im Oktober, daß er notfalls V-Männer aussagen lasse, um Mahler, Schubert und Goergens auf Jahre in die Gefängnisse werfen zu lassen. Planmäßig hatte man die Rollen verteilt, und dafür gesorgt, daß jeder Zweifel an der Richtigkeit der Beweise unterblieb. Im Verein mit der bürgerlichen Presse wurde seit Beginn des Jahres eine beispiellose Pogromhetze entfacht, deren einziges Ziel war, jeden, der als Mitglied, der sogenannten Baader-Bande angesehen wurde, für vogelfrei zu erklären. Dutzendfach wurden von der Staatsanwaltschaft falsche Zeugen präpariert und eingekauft, um den Nachweis zu führen, Mahler, Schubert und Goergens seien Mitglieder der sogenannten Baader-Bande gewesen. Das Phantom Baader-Bande machte aber auch der Staatsanwaltschaft solche Beweisschwierigkeiten, daß sie während des Prozesses nicht mehr mit ihren präparierten Zeugen aufwarten wollte. Das Lügengewebe der Staatsanwaltschaft, die auf Geheiß von Neubauer auch die Tatsache, daß Mahler während der Befreiung von Baader als Verteidiger vor Gericht tätig war, als belastend einstufte, brach so offenkündig in sich zusammen, daß zum ersten Mal in einem politischen Prozeß der letzten Jahre man wieder zu der Geheimwaffe der Klassenjustiz und der herrschenden Klasse greifen mußte: Neubauer schickte seinen Spitzel Peter Urbach ins Gefecht. Dieser V-Mann wurde nach Neubauers Presseerklärung "in Würdigung der Prozeßsituation" vorgeschickt. Zweifellos hat Herr Neubauer die Prozeßsituation gewürdigt und die Aussichten zu dem erwünschten Urteil zu kommen, für schlecht befunden. Beispielloos deutlich wird hier, wie dieser Prozeß von außen gesteuert wird und die Unabhängigkeit des Gerichts zur Fassade wurde. Durch die Beschränkung der Aussagegenehmigung für diesen Zeugen und die Beschränkung der Fragen durch das Gericht, ist dieser Prozeß zu einem Marionettentheater geworden, dessen Figuren von Neubauer im Sinne der herrschenden Klasse bewegt werden. Die Schranke, die Herr Neubauer dabei noch als störend empfindet, ist die Strafprozeßordnung, die der Verteidigung das Recht zugesteht, schon vor dem Prozeß alle Materialien einzusehen. Neubauer empfiehlt deshalb die Änderung der Strafprozeßordnung.

Der Einsatz des Spitzels Urbach zeigt deutlich, in welchem Umfange Neubauer selbst belastet würde, wenn er nicht die Möglichkeit genutzt hätte, die Aussagen seines V-Mannes zu beschränken, denn gerade dieser V-Mann war führend an den gemeinsamen Terroraktionen gegen das jüdische Gemeindehaus beteiligt, die bisher nicht aufgeklärt wurden. Wie sollte auch dieser Anschlag

aufgeklärt werden, wenn sein Zweck allein darin bestand, immer wieder den Verdacht zu nähren, Kommunisten seien die Urheber dieser Aktionen gewesen. Die erbärmlichen Lügengeschichten von Urbach sollten dem Gericht all das beweisen, was bisher vergeblich durch Pogromhetze der Springer-Presse, Fälschung von Beweismaterialien und Präparierung von Zeugen versucht wurde. Doch kein einziger Satz aus dem Munde von Urbach beweist das, was die Staatsanwaltschaft für das Terrorurteil bewiesen haben wollte, daß nämlich Mahler an der Befreiung von Baader beteiligt oder selbst tätig war. Der Prozeß hat nicht den Schimmer eines Beweises dafür erbracht,

Damit fällt aber auch die ganze Theorie von der Baader-Bande in sich zusammen, der man doch noch so gerne alle möglichen Verbrechen und ungeklärten Fälle unterschieben wollte. Wenn also die Staatsanwaltschaft sich über alle Tatsachen hinwegsetzt, die im Verlauf des Prozesses die Beweislosigkeit der Anklage untermauern, dann wird deutlich, welche Ziele die herrschende Klasse mit diesem Prozeß verfolgt. Die ersten angeblichen Mitglieder der Baader-Bande sollen verurteilt werden. Mit diesem Schritt schafft sich die herrschende Klasse die Möglichkeit, eine ihrer alten Waffen aus dem Arsenal der Kommunistenjagd wieder ungehemmt einzusetzen. Neubauer poliert mit solchen Prozessen die Waffen auf, die gegen die Organisationen der Arbeiterklasse eingesetzt werden sollen, wozu allerdings die bürgerliche Öffentlichkeit wieder daran gewöhnt werden muß, daß revolutionäre Politik als "gemeine Kriminalität" von der Klassenjustiz abgehandelt werden kann.

Das Rote Hilfe Komitee Westberlin kämpft in diesem Zusammenhang gegen den rücksichtslosen Abbau der demokratischen Rechte der politischen Gefangenen, der allein dem Zwecke dient, die Illegalisierung und Kriminalisierung der sozialistischen und kommunistischen Organisationen vorzubereiten. Wir wissen ganz genau, daß wir durch den Kampf gegen den Abbau der Rechte der politischen Gefangenen nicht den viel schwerwiegenderen Angriff der Bourgeoisie auf die Rechte der Arbeiterklasse abwehren. In diesem Kampf lassen wir uns nicht zu Aktionen auf dem Kurfürstendamm provozieren, die genau in das Konzept von Neubauer und Hübner passen. Jede Scheibe auf dem Kudamm, die zerbricht, kann nur denen nützen, die ihre Rechtsbrüche vertuschen wollen. Wer wie die Rote Hilfe (PL/PI) behauptet, daß diese Aktionen ein Schritt auf dem Wege zur Revolution seien, dem entgegen wir, ob denn nicht ein Urbach genügt, um diese Aktionen richtig zu beurteilen. Wer heute die Mobilisierung der Massen im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte im Betrieb nicht vorantreibt, der wird den Abbau der demokratischen Rechte der politischen Gefangenen nicht aufhalten.

Rote Hilfe Komitee Westberlin

**Teach-in heute, Freitag, den 21. 5. 17 Uhr, Jur. Fachb. Hs. I, FU
Es sprechen: Rechtsanwalt Schily, Rote Zelle Jura, Rote Hilfe Komitee**

Spendet auf die Konten des Rote Hilfe Komitees!

Rote Hilfe e.V.

Postscheckkonto Berlin West 308556

Sparkasse der Stadt Berlin-West 07310373 2

Mord an Georg v. Rauch

" Die Bevölkerung muß an den Anblick von mit MP bewaffneten Polizisten gewöhnt werden wie an das Steuerzahlen."
(NRW Innenminister Weyer)

Die von der westberliner Polizei seit Freitag mit bereitwilliger Unterstützung der westberliner Presse inszenierte Hetzjagd gegen die sogenannte Baader- Meinhof- Gruppe hat ihr erstes Opfer gefunden:

GEORG VON RAUCH IST VON DER POLIZEI ERMORDET WORDEN !

Sein Verbrechen war, daß er sich dem Zugriff der Polizei, die ihn lange genug mithilfe einer willfährigen Justiz in besonders schikanöser Haft gehalten hatte, entzog. Un wer sich dem Zugriff der Justiz entzieht, wird kurzerhand auf die Fahndungsliste in Sachen Baader- Meinhof- Gruppe gesetzt.

Die willkürlich zuschlagende Polizei macht jetzt den Versuch, der Öffentlichkeit einzureden, GEORG VON RAUCH sei von seinen eigenen Genossen, die sich gegen die Polizei zur Wehr setzten, erschossen worden.

Geplanter Mord !

Die in den Tageszeitungen veröffentlichten Schilderungen des Mordes widersprechen sich allesamt. Ebenso widersprüchlich und verlogen sind die Mitteilungen des Polizeipräsidenten Hübner anläßlich verschiedener Pressekonferenzen. Den bereits vorhandenen 7 Versionen werden weitere folgen, um zu verschleiern, daß es sich hier um kaltblütigen Mord handelt.

Fest steht dagegen folgendes:

Georg von Rauch war unbewaffnet. Er wurde zusammen mit einem Genossen in unmittelbarer Nähe eines Ford- Transit, der seit langem observiert worden war, festgenommen und zwecks Durchsuchung in Höhe des geparkten Transit an die Hauswand gestellt.

An eben dieser Stelle wurde er erschossen, und zwar durch einen Kopfschuß von vorn.

Daß der tödliche Schuß von Genossen von der gegenüberliegenden Straßenseite abgegeben wurde, ist unmöglich, da der Transit nach dieser Seite Deckung bot. Daß es sich außerdem um eine von der Polizei geplante Schießerei handelte, ergibt sich daraus, daß innerhalb von 4 Minuten ein Krankenwagen zur Stelle war, der Georg wegschaffte, obwohl nach Aussagen der Polizei wegen der nahen Antenne des Fernmeldeamts kein Ruf über Funk möglich war.

Am Freitag wurde Georg von Rauch in den Massenmedien zum Mitglied des "harten Kerns" der RAF erklärt.
Das bedeutete: Zum Abschluß freigegeben.

Demonstration: 18⁰⁰ Uhr, Winterfeldtplatz

Und so wird es weitergehen: Jeder Genosse, der politisch arbeitet kann auf diese Liste gesetzt werden.

Denn der Staatsapparat macht nicht halt bei der Jagd auf die RAF. Sie ist nur die radikalste Form der Auseinandersetzung mit der sich durch Handgranaten- und Notstandsgesetze auf schärfere Klassenauseinandersetzungen vorbereitenden Staatsmacht.

Die Bullen schießen nicht nur auf die Mietglieder der RAF, sondern auch auf jeden, den sie dafür halten. Dies ist nur im Zusammenhang des sich verschärfenden Klassenkampfes von oben zu verstehen.

In diese Kette gehört auch die Androhung des Verbots der Roten Zellen, das Verbot des Sozialistischen Studiums, die Einsetzung des Staatskommissars und die Salamtaktik bei der Realisierung des Hochschulrahmengesetzes.

Kapitalismus führt zum Faschismus

Doch dies betrifft selbstverständlich nicht nur die Studenten. Betriebsverfassungsgesetz, Werkschutz und massiver Polizeieinsatz z.B. bei den Chemie-Streiks in Köln und Darmstadt und die 15 Mannschaftswagen bei der Aussperrung der Daimler-Arbeiter zeigen, daß der Staatsapparat sich in zunehmend brutalerer Weise auf die Klassenkämpfe vorbereitet und probt.

Der Kapitalismus in der BRD schreitet einer Krise entgegen, die die Klassenkampfsituation enorm verschärft; er sieht sich so gezwungen, dieser Krise durch eine zunehmende Faschisierung der Unterdrückungsmethoden entgegenzuwirken, und gleichzeitig damit von ihr abzulenken.

Ziel dieses Vorgehens ist es, den Staat allmächtig erscheinen zu lassen, so daß jeder Widerstand gegen ihn als völlig sinnlos erscheint.

Wir verstehen die heutige Demonstration als Protest gegen die polizeilichen Maßnahmen und als Solidaritätsausdruck. Solidarität bedeutet dabei nicht einfach Identifizierung mit dem politischen Konzept der "Baader-Meinhof-Gruppe", wohl aber eine gemeinsame Abwehr gegenüber den Bürgerkriegsmaßnahmen, die sich aktuell gegen bestimmte Gruppen, tendenziell aber gegen die gesamte Linke richten.

Wir dürfen nicht zulassen, daß Hübner & Neubauer bei ihrer Menschenjagd mit den politischen Differenzen innerhalb der linken Gruppen kalkulieren.

Wenn wir heute nicht massenhaft unsere Solidarität demonstrieren, lassen wir es geschehen, daß weiter beliebig Genossen liquidiert werden.

HEUTE EINZELNE GENOSSEN - MORGEN STREIKENDE ARBEITER

Rote Hilfe/ Hochschulkampf/Kampfrat der Roten Zellen/RC

Demonstration
18~ Uhr Winterfeldtplatz

SOLIDARITÄT

mit Peter Brückner
mit Jürgen Seiffert

teach-in

am Do. den 3.2.'72

18.30^h

WiSo-Hörsaal
der Universität

(BEIM AUDIMAX)

Am 20.1.1972 suspendierte das niedersächsische Kultusministerium Peter Brückner, Ordinarius für Psychologie an der TU Hannover. Dies ist das vorläufige Ergebnis einer breit angelegten Hetzkampagne von Justiz, Polizei und Presse. Unter dem Deckmantel einer hysterischen Kexenjagd auf die RAF (Rote Armee Fraktion), die sogenannte Baader-Meinhof-Gruppe, sollen nicht nur die Linken und ihre Organisationen, sondern zugleich jene kriminalisiert werden, die in Öffentlichkeit und Institutionen die Tradition linker und gesellschaftskritischer Politik und Wissenschaft verankern könnten.

Mit Peter Brückner soll ein Marxist und Psychoanalytiker getroffen werden, der sich schon im Jahr 1968 mit der Arbeit "Springer Presse als postfaschistische Massenorganisation" als Gutachter für das Springer-Tribunal (s. EVA, Kapitalismus und Pressefreiheit) und 1969 und 1970 nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke als Gutachter in Springer-Prozessen gegen Demonstranten bei der Justiz, dem Springer-Konzern und der bürgerlichen Presse unbeliebt gemacht hat.

Am 26.1.1972 leitete das niedersächsische Kultusministerium gegen Jürgen Seiffert, Professor für politische Wissenschaften an der TU Hannover, Ermittlungen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens ein. Grund und Anlaß: Jürgen Seiffert hatte am 25.1.72 auf der Solidaritätsveranstaltung für Peter Brückner

in der TU eine Rede gehalten und darin die Verfolgungsmaßnahmen von Polizei, Justiz und Presse gegen Peter Brückner sowie den in der Justizgeschichte der Nachkriegszeit einzigartigen Schauprozess gegen Ruhland in Düsseldorf analysiert.

Beide Maßregelungen zeigen, wie eifertig der bürgerliche Staat seine Verfassungsgrundsätze mißachtet: hier die Grundrechte auf Wissenschaftsfreiheit, Meinungsfreiheit und Berufsfreiheit sowie den fundamentalen Grundsatz, daß jeder als unschuldig gilt, der nicht von einem Gericht rechtskräftig verurteilt worden ist (Art. 6 der Menschenrechtskonvention). Wer einen Hochschullehrer für politische Wissenschaften diszipliniert, weil er sich innerhalb der Universität kritisch zu aktuellen politischen Fragen äußert, der beseitigt nicht nur dessen Lehr- und Meinungsfreiheit, sondern spricht damit zugleich ein Berufsverbot aus. Das Beamtenrecht mag Beamte in Ministerien zum Verschweigen ihrer Kritik an staatlichen Institutionen veranlassen. Politologen und Wissenschaftler haben geradezu die Verpflichtung das Verhalten staatlicher Organe zu kritisieren. Die Freiheit von Forschung und Lehre darf vor diesen Institutionen am wenigsten halt machen. Tatsächlich sind die Maßregelungen der manifeste Versuch, kritische Wissenschaft zu disziplinieren und überhaupt von den Universitäten zu beseitigen. Sie sind Teil der Kampagne, kritischen Wissenschaftlern wie Horst Holzer in Bremen und

Erich Wulff und Ullrich Deppe in Berlin den Zugang zur Universität zu verweigern. Sie sind im Zusammenhang zu sehen mit den Beschlüssen des Senats von Hamburg und der Konferenz der Ministerpräsidenten, linksorientierte Beamte, insbesondere Lehrer wie Sell, Laux, Gohl und Richter, daran zu hindern, ihren Beruf auszuüben.

Die Verfolgungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen gegen linke Wissenschaftler werden noch in einer rechtlichen Sprache verkündet. Die Entscheidungsprozesse finden jedoch im vorrechtlichen oder gar außerrechtlichen Rahmen statt. Nicht die Kenntnis von Akten oder Beweismitteln, sondern allein Berichte der Presse und Forderungen der in der Springerpresse und ihr nahestehenden Organen veröffentlichten Meinung der Herrschenden sind erforderlich, um die staatlichen Maßregelungen als Vollzugsakte außerstaatlicher Kräfte ablaufen zu lassen. Auf diese Weise findet die Unterdrückung und Ausschaltung aller Kräfte, die auf Veränderung dieser Gesellschaft hinwirken, ihre legalistische Tarnung. Die Öffentlichkeit wird so dazu gebracht, solche Ausschaltungen genauso widerstandslos als legal zu akzeptieren wie Notstandsübungen (Großfahndungen), Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl, aber mit gezogenen Pistolen.

Der Schauprozeß gegen Karl-Heinz Ruhland in Düsseldorf zeigt, welche Instrumente die Herrschenden benutzen wollen, um Diffamierungskampagnen gegen Linke und eines Tages Prozesse gegen Linke möglichst reibungslos ablaufen zu lassen. Hier wird, vom Wohlwollen des Gerichts und der Staatsanwaltschaft getragen, ein dressierter Zeuge in der Rolle des Anklägers

aufgebaut, dessen Widersprüche in den Aussagen nicht untersucht, sondern zugedeckt werden. Planmäßig wird er vor Fragen von Mitbeschuldigten wie Proll oder Mahler und deren Verteidiger abgeschirmt, indem diese einfach nicht als Zeugen geladen werden, um nicht Ruhlands Aussagefreudigkeit zu gefährden. Dagegen werden von ihm beschuldigte Sympathisanten, auch wenn sie bereits die Aussage verweigert haben, einer aufgehetzten Öffentlichkeit wie schon Verurteilte auf dem Weg zur Guillotine vorgeführt. Ruhlands Aburteilung soll bewußt vorweg erfolgen, damit sein Urteil rechtskräftig ist, wenn er in den anderen Prozessen als typischer Kronzeuge benutzt wird, ohne selber weitere Repressalien fürchten zu müssen. Welche Erleichterungen ihm im einzelnen versprochen sind, kann jetzt noch nicht genau geklärt werden.

Die Herrichtung solcher Personen ist nichts anderes als die Benutzung von V-Männern und Provokateuren, wie sie von Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz und Innen senatoren exemplarisch bereits mit dem Zeuge Burmeister im Schmiedel-Prozeß in Hamburg und mit dem Zeugen Urbach im Mahler-Prozeß in Berlin eingesetzt worden sind.

Dieser Mißbrauch von Verfahrensrecht und Justiz sollte uns zeigen, wie vergeblich und illusionär der Glaube an Objektivität der Justiz ist. "Noch nie hat ... ein Fall so sehr die Neigung spüren lassen, bei Presseorganen, Behörden und Politikern des dringend erfordernten Erfolgs wegen rechtsstaatliche Normen allzu großzügig zu interpretieren", schreibt die Frankfurter Rundschau am 18. Januar 1972.

Wir fordern

- 1.) die sofortige Aufhebung der Suspendierung von Peter Brückner
- 2.) die sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Seifert
- 3.) die sofortige Beendigung des Schauprozesses gegen Ruhland

INITIATIVKOMITEE ROTE HILFE/ HAMBURG

Zum teach-in

- Referate des Initiativkomitees Rote Hilfe Hamburg
- Filmaufzeichnung der Lowenthal-Sendung ('ZDF-Magazin') vom 26. Jan. '72
- Analyse dieser Aufzeichnung von Mitarbeitern der TU Hannover
- Stellungnahmen politischer Organisationen

verantwortlich: Annedore Schurig
HH 39
Maria-Louisenstr. 61

Auflage: 20.000

Mord am Berliner

20 Pf

B.Z.

Nr. 53 • 96. Jahr / Freitag, 3. März 1972 • A 2052 A
Dänemark dkr 0,75 • Holland hfl 0,35 • Italien L 70
Österreich 052,- • Schweiz sfr 0,40 • Spanien pts 10

Anarchist war

lange geplant!



Thomas Weisbecker (23)

Von Polizei erschossen Komplicin verhaftet

Augsburg, 3. März 1972 — Im Zusammenhang mit der Fahndung nach Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande wurde gestern in der Augsburger Innenstadt der Berliner Anarchist Thomas Weisbecker (23) von der Polizei erschossen. Der ehemalige Soziologiestudent hatte die Waffe gezogen, doch ein Beamter kam ihm zuvor. Seine noch unbekannte Begleiterin, ebenfalls bewaffnet, konnte überwältigt werden. (Seite 48.)

TEACH-IN	➔	MONTAG, 13. MÄRZ	➔
		AUDI MAX (TU), 20^{UHR}	

am 2.3.72 wurde der genosse thomas weisbecker in augsburg von einem polizisten mit maschinenpistole ermordet. seine begleiterin wurde verhaftet.

aufgrund der ereignisse in augsburg wurde in der folgenden nacht in einer hamburger wohnung der genosse manfred grashoff lebensgefährlich von einem kripobeamen verletzt und wolfgang grundmann verhaftet.

nicht nur die ermordung von thomas weisbecker, sondern auch die ereignisse in hamburg, und das brutale vorgehen der polizei bei den letzten demonstrationen in berlin und westdeutschland sind ausdruck für den zunehmenden terror des staatsapparats.

die verfolgungen werden nicht

unabhängig voneinander geführt: bei den polizeiaktionen in augsburg und hamburg wie schon in berlin bei dem mord an georg v. rauch wurde offenbar, daß verfassungsschutz und landeskriminalämter unter der zentralen zuständigkeit der sicherungsgruppe bonn zusammenarbeiten.

die ausweitung der verfolgung von "baader-meinhof-gruppe" auf "anarchistische gewalttäter" zeigt, daß die kriminalisierung weiterer linker gruppen notwendig ist, um die notstandsmanöver aufrechtzuerhalten.

das ziel ist einschüchterung und in letzter konsequenz zerschlagung der revolutionären linken.

die genossen reagierten bis jetzt darauf mit demonstra-

tionen und teach-ins in augsburg, münchen, kiel, hamburg und berlin.

die demonstrationen zeigen, daß immer mehr genossen die notwendigkeit einer gemeinsamen kampffront begreifen.

die zukünftige auseinandersetzung der linken muß darüber geführt werden, wie eine gemeinsame aktionseinheit organisiert werden kann.

rote hilfe

auf dem teach-in:
 informationen über gegnermittlungen in augsburg und hamburg.
 prozeßbericht aus wolfsburg
 film: kambodscha-demonstration;
 neubauer u. hübner interview

Der Wohnungskampf hat begonnen

Vor zwei Jahren haben wir angefangen uns die ersten Häuser und Wohnungen zu nehmen: Durch Mietstreiks und Besetzungen!
Wir zahlen keine Miete mehr, weil wir nicht bereit sind, bis zur Hälfte unseres Einkommens für Miete zu zahlen, und weil wir das Geld für andere Sachen brauchen. Schließlich wollen wir nicht unser ganzes Geld den fetten Hausbesitzern und Spekulanten in den Rachen werfen!! Denn: Wer die Wuchermieten nicht zahlen kann, fliegt raus und sitzt auf der Strasse. Und wer sich an ein Gericht wendet, der hat, wie alle Erfahrungen seit Unzeiten beweisen, so gut wie keine Chance, sein recht zu bekommen. Denn unsere `Ordnung` ist so beschaffen, daß der, der Geld hat, macht hat; und das Gesetz gibt den Mächtigen immer Recht. Die italienischen Arbeiter in der Baustraße und der Eschersheimerstr. In Frankfurt haben sich dagegen gewehrt: sie verweigerten die Miete Und erklärten ihre Häuser für besetzt. Wir alle bleiben in unseren Wohnungen, zumindest bis wir was besseres haben!

WIR HABEN LEERSTEHENDE HÄUSER BESETZT,

und sie damit erst zu Wohnhäusern gemacht; einige dieser Häuser sind sehr schön, mit großen hellen Räumen und dicken Wänden. Wir wehren uns dagegen, daß diese Häuser abgerissen werden sollen, weil große Firmen dort ihre Wohnsilos bauen wollen

Die Hausbesitzer werden nervös -

Wir haben ihre Pläne durchkreuzt

Die Hausbesitzer greifen - unterstützt von den Bullen - zu Gegenmaßnahmen: sie beginnen uns zu terrorisieren:

In der Baustraße und im Kettenhofweg schickt der Geldsack Markievicz jeden Tag Schlägertrupps, die Transparente von den Wänden reißen und die die Bewohner bedrohen und auch angreifen. Ein italienischer Arbeiter, der das Abreißen der Transparente verhindern wollte, wurde verhaftet. - Die Bullen unterstützen die Provokateure natürlich. Die SPD die immer großspurig von einer `menschlicheren` Stadt redet, zeigt durch sollen Bulleneinsätze, daß sie in Wirklichkeit auf der Seite von Spekulanten wie Markeivicz steht.

Die Hausbesitzer - in dem Fall wieder Markievicz - versuchen die Solidarität der Bewohner wieder kaputt zu machen, indem sie einzelnen Familien Wohnungen oder sogar Bestechungsgelder anbieten.

Der Hausbesitzer verlangt von den Bewohnern der Eschersheimer Schadenersatz für die Zerstörung seines `guten Rufs` durch die Besetzer; sein Ehrgefühl hat ihn allerdings nicht daran gehindert, für sein Kellerloch 300,- zu verlangen.

In der Ulmanstraße klagt der Spekulant Perrell auf 40.000,- `Entschädigung` für 5 Monate entgangene Miete, und das, obwohl das Haus seit langem unbewohnbar ist.

In der Altkönigstraße wurde 7 türkischen Familien das Dach über dem Kopf weggerissen; das oberste Stockwerk ist weg und Abbruchgerüste sind um das Haus gebaut und es ist völlig mit planen zugehängt.

Im Kettenhofweg haben die Besetzer tausende von Mark für Reparaturen Ausgegeben. Obwohl ihnen das Haus für mindestens ein Jahr zugesagt war, sollen sie jetzt mit Hilfe von Gerichtsurteilen rausgesetzt werden. Ab 17.4. droht die Räumung

In der Bockenheimer Landstraße hat die Polizei unter windigen Vorwänden bereits zwei Hausdurchsuchungen gemacht.

Der Wohnungskampf geht weiter !!

Die Errichtung von Verwaltungspalästen bedeutet die Vernichtung ganzer Wohnviertel – das Frankfurter Westend ist ein berühmtes Beispiel dafür! Die Häuser werden dadurch abbruchreif gemacht, indem sie Hausbesitzer sie systematisch verrotten lassen: entweder sie schicken Zer-Störungstrupp oder sie werfen die deutschen Mieter raus und pferchen in jedes Zimmer mindestens eine ausländische Familie. – Und natürlich Wird an diesen völlig überbelegten Häusern nichts mehr repariert. Je verlotterter, desto besser für die Spekulanten. Und die ausländischen Arbeiterfamilien sind gezwungen, in diesen Löchern zu leben, weil Makler und Hausbesitzer ihre isolierte Situation ausnutzen und ihnen Keine anständigen Wohnungen geben.

Den Studenten geht es ähnlich: auch sie finden keine Zimmer, höchstens Teure und schlechte Taubenschläge unterm Dach, oder möblierte Zimmer, in denen man sich nicht rühren kann. Sie wollen aus den miesen Einzel-Zimmern rauskommen, um in Wohnungen zusammenzuziehen, um gemeinsam leben zu können – miteinander reden, arbeiten, gemeinsam den Haushalt machen zu können-. Auch sie kriegen nur Wohnungen in Abbruchhäusern, zu den Üblichen Wucherpreisen und selbst das noch unter Schwierigkeiten! Auch die Mieter, die den Gastarbeitern Platz machen mußten, haben kaum was besseres. In der Stadt ist die nächste Wohnung auf jeden Fall Teurer: sie sind sie meist gezwungen, weit nach draußen zu ziehen, in Wohnsiedlungen wo man niemanden kennt und so leicht auch niemanden Kennenlernt.

UNS ALEEN diktiert die Profitgier der Spekulanten wie wir zu leben Haben

WIR ALLE müssen dafür kämpfen, unsere Wohnungen zu behalten, zu leben WO und WIE WIR WOLLEN!

WIR ALLE lassen uns nicht mehr einzeln von den Hausbesitzern aus unser- en Wohnungen vertreiben.

WIR ALLE wollen keine Wuchermieten mehr zahlen !!

Wir haben bereits begonnen, uns Wohnungen zu nehmen und wir werden die- Se Wohnungen mit allen Mitteln verteidigen. WIR WERDEN UNS WEITER NEH- MEN, WAS WIR BRAUCHEN !!!

Freitag, den 14.4., 17 h, öffentliches

Tribunal über Spekulanten, Haus-

Besitzer und ähnliches Gesindel.

Dort werden wir vor allem darüber

reden, was zu tun ist.

Samstag, 11 h, 15.4.

MIETERDEMONSTRATION

**Wir alle wollen besser wohnen
und leben !!!**

Rote Hilfe, Rat der besetzten Häuser

Verantwortlich: K.H. Bender, Ffm Basaltstr. 39

Die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen

Täglich fliegen die amerikanischen Langstreckenbomber vom Typ B-52 etwa 50 bis 100 Einsätze nach Nordvietnam. Jede dieser Maschinen wirft eine Bombenlast von 54 Tonnen TNT ab. Täglich fallen diesen Angriffen hunderte von Menschen zum Opfer.

Am vergangenen Donnerstag explodierte eine Bombe vor dem amerikanischen IG-Farben-Hochhaus in Frankfurt. Dabei starb der amerikanische Oberst und Vietnam-Veteran Bloomquist.

In der Presse hieß es, dies sei die stärkste Bombenexplosion seit dem Zweiten Weltkrieg. Jede B-52 wirft bei einem ihrer Einsätze über Vietnam Bomben ab, deren Sprengkraft 700 mal größer ist.

Die Revisionisten aller Schattierungen haben wieder einmal zu erkennen gegeben, daß sie den anti-imperialistischen Kampf gegen den Hauptfeind der Menschheit, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, ihren kläglichen taktischen Bedürfnissen unterordnen. Ihre Kritik am faschistischen Massenmord ist Heuchelei. Ihre Moral unterscheidet sich in nichts von der der bürgerlichen Presse. Über den Tod des Kriegsverbrechers Bloomquist, der nichts war als ein gemeiner Mörder, haben sie sich mehr empört als über die systematische Ausrottung eines ganzen Volkes.

Hierzu ist zu sagen: Wenn der Imperialismus ein weltweites System ist, und das ist er, dann muß der Kampf gegen ihn auch weltweit geführt werden. Er wird und muß gewaltsam und bewaffnet geführt werden, oder er wird nicht geführt. Die Explosion am IG-Farben-Hochhaus hat doppelt symbolische Bedeutung: In diesem Haus saßen bis 1945 die wirtschaftlichen Herren des Deutschen Reichs. Die Verbrechen des IG-Farben-Konzerns, die in Auschwitz, Meidank, Treblinka und anderswo begangen wurden, waren die Vorläufer dessen, was heute in Vietnam geschieht. Und ein Teil derer, die heute ganze Bevölkerungen durch Napalm, Giftgas, Chemikalien, Splittergranaten und Sprengbomben ausrotten, sitzt in demselben Gebäude. Darum ist ein Anschlag auf dieses Zentrum imperialistischer und Nazi-Herrschaft in jeder Hinsicht gerechtfertigt.

Über diese eine Bombe haben sich die Liberalen mehr entrüstet als über die Bombenteppiche in Vietnam.

Ihnen ist mit den Worten Bert Brechts zu sagen:

"Und auch die, welche ihnen sagen, sie könnten sich erheben im Geiste
Und steckenbleiben im Schlamm, die soll man mit den Köpfen auf das
Pflaster schlagen. Sondern
Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht und
Es helfen nur Menschen, wo Menschen sind."

Wenn wir uns als revolutionäre Sozialisten zur Gewalt bekennen - und es führt kein Weg daran vorbei -, so dürfen wir trotzdem nicht jede Gewalttat unkritisch begrüßen. Die Anschläge in München gegen das dortige Landeskriminalamt und gegen das Augsburger Polizeipräsidium sind von ihren Urhebern nicht interpretiert worden. Diese "Propaganda der Tat" scheint uns begriffslos und unpolitisch. Sie ist verständlich als Vergeltung für den von der Polizei ermordeten Genossen Thomas Weißbecker.

Thomas Weißbecker wurde auf offener Straße, ohne daß er die Möglichkeit hatte, sich auszuweisen oder nur ein Wort zu sagen, niedergeschossen. Es handelt sich um einen politischen Mord, so wie an Benno Ohnesorg, an Georg von Rauch und Petra Schelm. Die Mörder und ihre Auftraggeber, deren oberster Chef der Bundesinnenminister Genscher ist, laufen frei herum; kein Staatsanwalt ermittelt gegen sie. An der Ermordung Weißbeckers, um die sich die Liberalen wiederum um einen Dreck geschert haben, waren das Landeskriminalamt in München und die Polizei in Augsburg wesentlich beteiligt. Die verzweifelte Wut seiner Genossen ist nur allzu begreiflich. Aber die Anschläge in München und Augsburg sind nur aus berechtigten Gefühlen zu begreifen, nicht aus politischer Notwendigkeit.

Revolutionär ist nur die Gewalt, die ein Zeichen setzt und auf die Beseitigung unerträglicher Verhältnisse zielt. Diese Taten setzen kein Zeichen, ändern nichts, helfen nicht weiter. Sie schaffen keine Aufklärung, sondern stiften Verwirrung.

Solidarische Kritik muß an die Stelle des peinlichen Schweigens der Linken treten. Unser Problem ist es, daß die Fehler, die unsere Genossen machen, immer die Fehler von Genossen sind. Sie kennen das Risiko, das sie eingegangen sind, ebensogut wie wir, und sie kennen auch die große Wahrscheinlichkeit, mit der sie eines Tages mit ihrem Leben für ihren Kampf bezahlen müssen. Enthaltung zu predigen, ist die Sache der verfassungsschützenden Liberalen, deren Dummheit und moralische Unbildung miteinander wetteifern.

Wenn Genossen imperialistische Institutionen angreifen, gehört ihnen unsere Solidarität. Sie geht weiter als die Krämermentalität der Liberalen und das hilflose Taktieren der Revisionisten.

Solange größere Teile der Bevölkerung daran gehindert werden, den verbreiterischen Charakter des Systems von Imperialismus und Kapitalismus zu erkennen, kann die organisierte Linke als Ganze einen bewaffneten Kampf nicht aufnehmen.

S I E G I M V O L K S K R I E G

rote hilfe

S p e n d e n k o n t o
Dresdner Bank Frankfurt
Konto-Nr. 4 116 604

Aufruf zur Gründung einer Arbeiterhilfe ^{hw}

In letzter Zeit wendet die Bourgeoisie schärfere Mittel der Unterdrückung an und zieht immer weitere Kreise in die unmittelbare Verfolgung ein.

- In Hamburg drangen mit MP's ausgerüstete Polizisten in eine Wohnung des Kommunistischen Bundes ein und nahmen 9 Personen fest. Als Begründung gaben sie an, bei Gudrun Ensslin einen Zettel mit der Adresse dieser Wohnung gefunden zu haben.
- Im Karolinen viertel war bei einer Schlägerei ein junger Mann getötet worden. Ohne Durchsuchungsbefehl wurden daraufhin Wohnungen Jugendlicher durchsucht. Einzige Begründung: Es liege Verdunklungsgefahr vor, dazu sei auch kein Durchsuchungsbefehl nötig.
- weitere Beispiele: Böll's Haus wird mit schwerbewaffneten Polizisten umstellt, weil sich angeblich Baader-Meinhof-Mitglieder in der Nähe aufgehalten haben. Wie gegen Böll wird gegen demokratisch eingestellte Journalisten, Lehrer, Rechtsanwälte vorgegangen.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß dies erst der Anfang ist. In Vorbereitung auf kommende Kämpfe der Arbeiterklasse schafft sich die Bourgeoisie den Apparat, den sie braucht, um die Arbeiter niederzuwerfen. Gleichzeitig geht sie daran, die möglichen Keimzellen des bewußten Elements der Arbeiterklasse zu liquidieren. Doch nicht nur der politische Druck sondern auch die Angriffe auf die materielle Lebenslage verschärfen sich. Heute gibt es keine Bewegung, die stark genug wäre, die Angriffe abzuwehren. Um dies zu ermöglichen ist es notwendig, eine Selbsthilfeorganisation zu schaffen. Ihr Ziel ist, eine über die Partei-, Gewerkschafts-, Glaubenszugehörigkeit hinwegreichende Solidarität herzustellen. Solidarität heißt Solidarität mit der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten der Bevölkerung. Das Schließt die Solidarität mit der Linken nicht aus sondern ein.

Die "Rote Hilfe" in Hamburg, die diese Aufgabe wahrnehmen wollte, hat sich gespalten. Der Teil, der gegenwärtig als "Rote Hilfe" weiter existiert, versteht unter Solidarität lediglich Solidarität mit der "Roten-Armee-Fraktion" und zwar militante Solidarität.

Eine Selbsthilfeorganisation wird so als militanter Stoßkeil kleinbürgerlicher Abenteuerlust mißbraucht. Diese "Rote Hilfe" hält nichts vom demokratischen Kampf. Maßnahmen im sozialen Bereich wurden auf ihren Vollversammlungen ausdrücklich als Reformismus diffamiert. In der 1. Nummer ihrer Zeitung "Rote Hilfe" Hamburg werden zwar programmatisch die Aufgaben einer Selbsthilfeorganisation angegeben, aber nicht eingelöst. Im Gegenteil ist die Zeitung lediglich Legitimationsinstrument für die "Rote-Armee-Fraktion", in der diese kritiklos verherrlicht wird.

Es gilt eine Arbeiterhilfe zu schaffen. Dazu ist es notwendig, bereits vorhandene Initiativen aufzunehmen

- Einrichtung einer juristischen und medizinischen Beratungsstelle
- Organisierung breit angelegter Enthüllungen eklatanter Rechtsbrüche
- Selbsthilfemaßnahmen im sozialen Bereich: Wohnverhältnisse med. Versorgung, Kinderversorgung, Mütterarbeit, Gefangenenbetreuung

Darüber hinaus muß durch eine breite öffentliche Diskussion Bewußtsein über die Aufgaben einer Selbsthilfeorganisation in der hamburger Arbeiterschaft und anderen werktätigen Schichten sowie der werktätigen Intelligenz geschaffen werden.

Zur Gründung einer Arbeiterhilfe rufen wir auf, am Dienstag, den 20. 6. 72 um 20 Uhr ins SPZ, Sedanstr. 19 zu kommen.

Initiativgruppe Arbeiterhilfe

presserechtl. verantwortlich: Almut Schladebach

Auflage: 3000

Druckerei: J. Schulze

SOLIDARITÄT mit allen politischen Gefangenen

Die Falle ist zugeschnappt:

Am letzten Donnerstag ließ Fritz Rodewald, Bundesvorsitzender des AJLE, in seiner Wohnung die Genossen Ulrike Meinhof und Gerhard Müller von den Bullen verhaften. Die Presse stimmte ihr erwartetes Triumphgeheul an und feierte zum ersten Mal seit langer Zeit einen "Linken" als "aufrechten und pflichtbewußten" Bürger. Dieser Rodewald, zu dem man mal in Unkenntnis seines skrupellosen Opportunismus Genosse gesagt hat, meint, er habe nicht das Gefühl, daß er als "Linker" Genossenverraten habe und erklärt zudem noch in beispielloser Unverschämtheit, unter Umständen einen Teil seines Judaslohnes für die Verteidigung eben jener Genossen zu spenden, die er am Donnerstag verraten hat. Zynischer geht's wirklich nicht !!!

Wer in der Lage ist, Genossen vorsätzlich ins offene Messer laufen zu lassen und gemeinsam mit den Bullen ein Fahndungsbild der "jungen Frau" anfertigt, die angeblich bei ihm um Quartier für Genossen bat, hat für jeden deutlich gemacht auf wessen Seite er steht, nämlich auf der Seite von Genscher & Co.

Rodewald läßt sich von eben dem Springer bezahlen, der in seinen Zeitungen offen die Refaschisierung betreibt. Er gibt Interviews und Konferenzen für eine Presse, die als Sprachrohr der Genscher & Co. zur Treibjagd auf alle auch nur dem Augenschein nach Fortschrittliche auffordert: siehe BILD " DIE JAGD GEHT WEITER "



Noch in der Nacht zum Freitag wurden in Bochum und Frankfurt Wohnungen auf den Kopf gestellt und Genossen verhaftet!

Durch das angeblich bei Ulrike gefundene Adressenmaterial ist der Willkür Tür und Tor geöffnet, denn jeder auch nur irgendwie "Unliebsame" kann in Ulrikes Notizbuch "befördert" und damit kaltgestellt werden.

Das bei Ulrike gefundene "Material" (z.B. der angebliche Kassetten von Gudrun Ensslin) liefert den Vorwand dafür, linke Rechtsanwälte zu kriminalisieren, um sie von der Verteidigung politisch Verfolgter auszuschalten.

Davon sind dann auch die Liberalen, die Fortschrittlichen, die Engagierten usw. betroffen, die fälschlicherweise annehmen, die RAF gefährde durch ihre Politik die Möglichkeit von linker Politik überhaupt.

Das allerdings heißt, der Propaganda des Gegners aufsitzen !!!

Wer da meint, die Entwicklung in der BRD, angefangen bei den Notstandsgesetzen über das BVG bis hin zur Vorbeugehaft, sei lediglich ein Reflex auf das Vorhandensein der RAF und dann beendet, wenn die RAF am Ende sei, der begreift nicht den kausalen Zusammenhang von politisch-ökonomisch-sozialer Krise auf der einen Seite und dem tendenziellen Faschismus auf der anderen Seite.

Nicht die RAF das Bundesgrenzschutzgesetz, das Waffengesetz oder das Ausländergesetz gemacht; sondern ihre Politik hat die Widersprüche verschärft und offengelegt !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Die Linke in Westdeutschland muß sich endlich solidarisch mit der Politik der RAF auseinandersetzen, muß angesichts der Faschisierung Widerstandsformen entwickeln, kann sich nicht länger mit dem von Genscher & Co. zugewiesenen Legalitätsspielraum zufriedengeben!!!

Ein erster konkreter Schritt in dieser Richtung ist:

Den Aufbau der R O T E N H I L F E in Hannover unterstützen !

verantwortl.: ROTE HILFE HANNOVER

rote hilfe

flugblatt zum
14. und 15. juli
nummer 3

DIE NEUE LINKE ALS GESELLSCHAFTLICHER MACHTFAKTOR IN DER BRD?

1. In den Universitäten wird die ständige Verbreitung marxistischer Gedanken vorangetrieben.
2. Im übrigen Sozialisationssektor (Kindergärten, Volks- und Oberschulen, Volkshochschulen und Gewerkschaftsschulen) werden von den in der Studentenbewegung politisierten Genossen diese Inhalte an die Jugendlichen weitergegeben.
3. Die Linke ist immer noch in der Lage, Massenmobilisierungen (antiimperialistische Demonstrationen) zurchzuführen und Kathalysator für linke Ideen und Aktionsformen bei Gewerkschaftsjugendlichen und linken Sozialdemokraten zu sein.
4. Die sprunghaft steigenden Zahlen der Wehrdienstverweigerer und das Infragestellen der Wehrdisziplin durch viele junge Soldaten, die Weiterverbreitung der anti-autoritären Kindererziehung bis hinein ins bürgerliche Lager und das negative Bild vieler Jugendlicher über die Polizei, die Bundeswehr und den Bündnispartner USA, ist Ergebnis dieser bewußtseinsmäßigen Veränderungen. Diese Entwicklung zwang Genscher dazu, in der Debatte über die innere Sicherheit den bürgerlichen Staatsapparat zu verteidigen : "Polizeibeamte sind keine Bullen und der Dienst in der Bundeswehr ist keine minderwertige Tätigkeit".

Zusammenfassend : Die neue Linke ist immer noch, oder sogar in steigendem Maße, ein Machtfaktor in der Gesellschaft, zwar nicht als organisierter Block, sondern als "subversives" bewußtseinsveränderndes Potential.

DIE REAKTION

Deshalb versucht einerseits der kapitalistische Staatsapparat seit Januar 72 mit den Hamburger Beschlüssen die Berufsausübung von Linken im Sozialisationssektor zu verhindern, andererseits sollen gezielt und Stück für Stück Teile der Linken illegalisiert, ihre Organisationen zerschlagen und Einzelne liquidiert (Petra, Georg, Thomas) werden. Notwendige Voraussetzung für den Erfolg

dabei ist die organisatorische und ideologische Zersplitterung der Linken (gegenseitige Distanzierungsmanie, Führungswahn).

Diese Strategie des Staatsapparates hat auch zum Ziel Jusos, Judos, Gewerkschaftler, DKP und ML-Gruppen vor jeder weiteren politischen Zusammenarbeit mit den linken Gruppen und Einzelpersonen zu warnen, die von Loewenthal, Springer und Genscher zu Staatsfeinden erklärt werden.

Das Fernziel dieser Strategie ist nicht, alle Linken in die Gefängnisse zu stecken. Dafür ist die antikapitalistische Bewegung schon zu breit. Gezielt illegalisiert und abgeurteilt werden solche Linke, die die Spielregeln des parlamentarisch-bürgerlichen Systems praktisch nicht akzeptieren.

Die RAF wird unter Anwendung aller für die Verfolgungsorgane "notwendigen", auch ungesetzlicher Mittel verfolgt (kalte Haftrechtsverschärfung, Wiedereinführung der Todesstrafe als sogenannte Notwehr, Vorenthaltung grundlegender strafprozessualer Rechte, Außerrechtstellung politisch Mißliebiger). Alle jene, von der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt zum "direkten Sympathi-santenkreis" gezählten, werden kriminalisiert. Da die Beziehungen der Gruppe auch in Teile des Bürgertums (z.B. persönliche Bekannte) reichten, erfolgt die Auswahl der zu kriminalisierenden nach dem Opportunitätsprinzip, das heißt, die Verfolgungsorgane wählen nach der Verwertbarkeit der Angeschuldigten als neue "extreme" Verfolgte aus. Nach der Abrechnung mit der RAF und ihrer behaupteten Sympathi-santen kommt dann die nächste "extreme" Gruppe ins Visier der Verfolgungsorgane.

DIE RECHTE VOLKSFRONT

Der Begriff der Sympathi-santen wird darüberhinaus auf die gesamte Linke ausgedehnt, die als "Humusboden für die Saat der Gewalt" dargestellt wird. Der Gewaltanwendung der RAF wird, ohne eine Reflektion über die politischen Motive zuzulassen, der "legale" Terror der bürgerlichen Machtorgane gegenübergestellt.

Dazu führte der Sprecher der CDU/CSU Fraktion Vogel in der Sicherheitsdebatte unter starkem Beifall aus:

termine: 14. juli 1972 veranstaltung, tu audimax

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

"Aber nicht nur um diejenigen geht es, die sich im strafrechtlichen Sinne als Begünstigter und Gehilfen strafbar gemacht haben. Es geht vor allem auch um diejenigen, die durch Wort und Tat den geistigen Hintergrund geschaffen haben und noch schaffen, von dem aus politische Gewaltkriminalität in die das Wasser abgeben, in dem die Fische herumschwimmen".

Die beschworene Bedrohung und die dadurch geschaffene und verstärkte Angst dienen dem Versuch, eine Massenloyalität, ein passives Gutheißendes des staatlichen Handelns, zu erreichen. Innenminister Genscher erhob vor dem Bundestag eine darüberhinausgehende begrenzte Mobilisierung der Bevölkerung

zum Programm: "Die Bekämpfung der Gewaltkriminalität und des politischen Radikalismus ist ohne Mithilfe der Gesellschaft nicht möglich."

An einer anderen Stelle seiner Rede unterstützte Genscher die CSU Tarnorganisation "Gemeinschaft aller Demokraten":

"Die Bürger in unserem Lande müssen deshalb wissen, daß den Terroristen die geschlossene Abwehrfront der Demokraten gegenübersteht."

CDU Sprecher Vogel stellte später dann dar, was das politische Programm dieser rechten Volksfront ist. Es geht ihm nicht nur um die RAF, die antiautoritäre Linke, die DKP und die Maoisten, sondern er schloß ausdrücklich den DGB und die von ihm herausgegebenen "Gewerkschaftlichen Monatshefte" in den zu bekämpfenden Humusboden ein.

Einerseits werden in diese rechte Volksfront Gewerkschaftler, Liberale und Sozialdemokraten hineingezwungen, andererseits umfaßt ihr Programm nur Punkte, die mit den sozialdemokratischen und liberalen Vorstellungen von einer republikanischen Demokratie nicht vereinbar sind. So war sich die Mehrheit in SPD und FDP in der Ablehnung der Vorbeugehaft bis zur Debatte zur inneren Sicherheit einig. Auch der polizeiliche Einsatz des Bundesgrenzschutzes (BGS) ist von den Industriegewerkschaften und den gewerkschaftlich organisierten Polizeibeamten

jahrelang bekämpft worden. Sie befürchteten schon in der Notstandsdebatte zu Recht, daß der BGS gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden kann. In der selbstproduzierten rechten Volksfronthysterie zwang die CDU/CSU die Gewerkschaftler in ein Bündnis gegen ihre eigenen Interessen.

Gebt dieses Flugblatt weiter!
Informiert alle Wohngemeinschaften!
Verwendet dieses Flugblatt als Wandzeitung!
Informiert alle Genossinnen und Genossen,
die in Organisationen mitarbeiten, die den
Angriffen des Staatsapparates nur Analysen
entgegensetzen!



Die rechte Volksfront muß zerbrechen. Sie wird aber nicht von selbst automatisch durch ihre eigenen Widersprüche zerstört, sondern die Widersprüche müssen von der Linken aufgegriffen werden.

Der in der ÖTV oder GDP organisierte Polizist muß wissen, daß er gegen Gewerkschaftler, im Zweifelsfall mit der Waffe in der Hand neben den Panzerwagen des BGS, eingesetzt wird.

Der von der rechten Volksfront hysterisierte Liberale muß wissen, daß er durch seine Hysterie die Terrorakte des Staates, gerade auch dann, wenn wie bei Georg von Rauch oder McLeod ein Mord begangen wird, deckt.

Der Jusos, der heute nicht demonstriert, wenn antiautoritäre Lehrer oder DKP Dozenten mit einem Berufsverbot belegt werden, muß wissen, daß sein Opportunismus ihn nicht vor dem selben Schicksal bewahrt.

Die Studenten, ob sie nun im KSV oder in den ADSen organisiert sind, müssen wissen, daß auch sie die Objekte der Vorbeugehaft sind.



15. JULI UM 13 UHR
AB AMTSGERICHT
CHARLOTENBURG
(Kantstr., Leibnizstr.,
Kudamm) zu einer
DEMONSTRATION

aufruft, um den Angriff auf die linken Rechtsanwälte abzuwehren und für das Recht der RAF Genossen, ihre politischen Motive in die kommenden Prozesse einzubringen und um Schauprozesse a la Martin (Generalbundesanwalt) zu verhindern, dann demonstrieren wir auch für die Interessen der Jusos, ADSen und KSV Mitglieder, Gewerkschaftler und für die Moral der Liberalen.

Die ROTE HILFE unterstützt ihre IG Genossinnen und Genossen im Knast.
Spendenkonto:
R. Fink-Sonderkonto
PS 337637
Eigendruck im Selbstverlag
ROTE HILFE Westberlin

15. juli 13^u demonstration, amtsgericht charlottenbg.

rote hilfe

rote hilfe postadresse: 6 frankfurt am main unterlindau 74

postadresse:
6 frankfurt am main
unterlindau 74

Nov./Dez. 1972

Kollegen und Genossen,

mit unserem beiliegenden 'Aufruf' wollen wir innerhalb und außerhalb der sozialistischen und oppositionellen Kräfte der BRD eine Diskussion über die Prozesse gegen die RAF und das SPK einleiten.

Wie aus diesem Aufruf hervorgeht, meinen wir, daß es nicht genügt, bei einer wie auch immer fundierten Kritik an der politischen Arbeit dieser Genossen stehen zu bleiben. Wir meinen, daß die beispiellose Hetze, die immer weiter gegen sie betrieben wird, nicht so sehr ihnen selbst als vielmehr uns allen gilt.

Wer diese Tatsache ignoriert, verleugnet die Realität. Wenn wir bedenken, daß diese Hetze schon begonnen hatte, lange bevor eine der Bomben gefallen war, die der RAF zugeschrieben werden, so verweist dies auf die berechnete Angst der Herrschenden. Selbstorganisation und Widerstand sollen in allen Formen zerbrochen werden, politische Äußerungen nur in den vom Establishment gesetzten Grenzen stattfinden.

Dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muß Aufgabe aller sozialistischen Kräfte sein. Sie kann nur geleistet werden, wenn massenweise die skandalöse politische Justiz angegriffen und ihrer falschen Legitimität entkleidet wird.

Die Rote Hilfe der KPD der Weimarer Republik hat zwei große Kampagnen durchgeführt: die eine für Max Hölz, die andere für Sacco und Vancetti. In beiden Fällen handelte es sich nicht um Kommunisten. Die KPD hat sich dadurch ausgezeichnet, daß ihre Solidarität nicht parteibeschränkt war. Sie sagte: wir sind mit allen solidarisch, die gegen das System von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Und Willi Münzenberg sagte: Auf dem Schlachtfeld der Propaganda gilt nur das Wort: Angreifen, angreifen und nochmals angreifen!

Genossen, wir bitten euch: hängt die Aufrufe aus, druckt sie nach oder bestellt sie bei uns. Es kommt darauf an, unsere Forderungen allgemein bekannt zu machen.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

rote hilfe frankfurt/rote hilfe berlin

Bei Nachbestellungen des Aufrufs oder des Plakats bitten wir um Vorauszahlung, da wir sonst nicht nachdrucken können: 1.000 Aufrufe = 35,- DM, 1 Plakat = 1,50 DM.
Konto: rote hilfe, Dresdner Bank Frankfurt, Konto-Nr. 4 116 604.

SPENDET MASSENHAFT!

AUFRUF

In diesem Herbst beginnen die Prozesse gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) und das Heidelberger Patientenkollektiv (SPK). Viele von uns verschließen vor diesen Prozessen die Augen und tun so, als ginge sie das alles nichts an. Ein solches Verhalten zeugt von einer absoluten Verkennerung der objektiv politischen Funktion dieser Prozesse. Wir müssen uns fragen, was sie für unsere Praxis und unsere Perspektiven bedeuten. Wir müssen analysieren, welchen Stellenwert sie für die Politik der Linken haben, welche Interessen dahinterstehen und welche Folgen sich aus ihnen ergeben.

Die bisherigen Erfahrungen - insbesondere der Hoppe-Prozeß in Hamburg, bei dem unter Ignorierung der Fakten ein rein politisches Urteil gefällt wurde - zeigen deutlich, daß es bei den bevorstehenden Prozessen nicht um die juristische Verhandlung von Tatbeständen geht. Sie stehen vielmehr in Zusammenhang mit einer neuen Welle der Unterdrückung seitens der herrschenden Klasse, die nach der Studentenrevolte und ihren Folgen einerseits, der wachsenden Unruhe in den Betrieben andererseits ihre Machtposition verteidigt und sich anschiekt, jeden Widerstand gegen das kapitalistische System zu brechen. Einen Widerstand, der sich in den vergangenen Jahren in verschiedenen, auch militanten Aktionen ausgedrückt hat: Kampf im Betrieb, Kampf um Wohnungen, Kampf an Schulen und Universitäten.

Schon jetzt hat die unmittelbare Unterdrückung dieser revolutionären Ansätze viele Gesichter: sie reicht vom Versuch der Disziplinierung linker Lehrer über das tendenzielle Berufsverbot für sozialistische Rechtsanwälte, neue Spitzelgesetze und Verbotsdrohungen gegen exponierte Organisationen, Ausweisung von unliebsamen Ausländern bis hin zum Mord. So wie sich die Staatsgewalt heute durch die Bevölkerung hindurchgeschossen hat, um eine Handvoll "Terroristen" zur Strecke zu bringen, so wird sie morgen blindlings auf "verdächtige" Arbeiter schießen, um einen Streik zu zerschlagen.

Von der "demokratischen Öffentlichkeit" und ihren Medien ist kein Gegengewicht zu erwarten: am Ende übernimmt sie doch die Polizeiversion wie im Fall der Ermordung Georg von Rauchs oder des Schotten Macleod. Wie sehr die Massenmedien mit den Interessen der herrschenden Kräfte gleichgeschaltet sind, haben sie durch ihren gigantischen Propagandaeinsatz in künstlich geschaffenen Ausnahmezuständen unverhohlen an den Tag gelegt.

Die verschärfte Unterdrückung der Linken zeigt eindeutig, daß die herrschenden Kräfte das Fürchten lernen und Angst haben, daß die Massen ihnen die Gefolgschaft aufkündigen. Und dies soll verhindert werden. Doch um die dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen, fehlt es dem Staat noch an einer Legitimation. Denn die Mittel, die er einsetzt, erscheinen so lange als unverhältnismäßig, als nicht den Massen bewiesen wird, wo der Feind steht: daß er links steht und im Begriff ist, "Wohlstand" und "Sicherheit" zu zerstören. Die RAF-Prozesse haben vor allem die Funktion, ein Feindbild zu konstruieren, das auf alle projiziert werden kann, die das bestehende System ernsthaft in Frage zu stellen wagen, - ein Feindbild, das dazu dient, jede politische Auseinandersetzung abzuwürgen. Das ist die objektiv politische Funktion der bevorstehenden Prozesse.

Eine Distanzierung der linken Gruppen von den angeklagten RAF- und SPK-Genossen wird den Ablauf der Prozesse und

die ihnen von der Bourgeoisie zugeordnete Funktion nicht im geringsten verändern. Zur Verhandlung steht nicht linke Politik, auch nicht die taktischen und strategischen Differenzen zwischen der RAF und den anderen linken Gruppierungen, schon gar nicht die Notwendigkeit revolutionärer sozialistischer Aktionen. Die Genossen der RAF und des SPK stehen als "Kriminelle" vor bürgerlichen Gerichten. Aber diesen Gerichten geht es nicht um Indizien, Tathergänge und Schuldnachweise: die Urteile liegen schon fertig in der Schublade. Denn abgeurteilt werden die revolutionären Ideen, die nach Praxis drängen. Zerbroschen werden soll die Entschlossenheit zum Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Manipulation. Die Prozesse zielen auf die Kriminalisierung der gesamten Linken.

Als derart Kriminalisierte kann der Staat sie schließlich "guten Gewissens" ins Zuchthaus oder ins Irrenhaus stecken. Zu welchem Zweck eigentlich? Jeder weiß, daß diese Anstalten nicht einmal die Funktionen erfüllen, die ihnen die bürgerliche Gesellschaft zuspricht: Abschreckung und "Resozialisierung" (Resozialisierung usw.). Denn beides findet nachweislich nicht statt. Was stattfindet ist die physische und psychische Vernichtung der Feinde der Bourgeoisie.

Dieser Staat, dessen Recht auf Gewalt beruht, hat keine Legitimation, irgendeinen Menschen zu verurteilen. Diejenigen, die dieses System stützen, das tagtäglich Millionen dazu zwingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; das Tausende, die an diesem System kaputtgehen, in Gefängnisse, Irrenhäuser, Erziehungsanstalten gesperrt; das Unzählige dazu verdammt, in Elendsquartieren zu leben; das die ausländischen Arbeiter, ohne die das Kapital längst nicht mehr lebensfähig wäre, wie Parasiten behandelt - sie haben kein Recht, uns der Gewalttätigkeit zu bezichtigen. Die herrschende Klasse, das deutsche Bürgertum, das zwei imperialistische Weltkriege vom Zaun gebrochen hat, das Millionen von Juden und politischen Oppositionellen in Konzentrationslagern abschlachtet, besitzt kein Recht, revolutionäres Handeln als verbrecherisch abzustempeln und zu verfolgen.

Genossen, es reicht nicht aus, immer nur davon zu reden, daß alle gegen die RAF gerichteten Maßnahmen auf die gesamte Linke zielen. Es reicht nicht, zu wissen, daß dieser Staat keine Legitimation hat. Uns hilft weder das romantische Liebäugeln mit der Illegalität noch das naive Vertrauen auf die Legalität. Notwendig ist vielmehr, die bestehenden Machtverhältnisse richtig einzuschätzen und gleichwohl die Kampfansage der Herrschenden aufzunehmen, d.h. den gemeinsamen Widerstand zu organisieren - unabhängig von den Aktionen einer militanten Selbstorganisation, die durch die herrschenden Verhältnisse in die Illegalität gedrängt wurde. Betroffen sind alle, die, auf welcher Ebene und mit welchen Mitteln auch immer, zur Veränderung der Gesellschaft entschlossen sind. Betroffen sind alle, die den Sozialismus wollen. Deshalb müssen alle, die den Sozialismus wollen, aktive Solidarität beweisen. Wenn wir angesichts der RAF-Prozesse auf "Tauchstation" gehen und uns in unsere Gruppen zurückziehen, nehmen wir dem Feind die Arbeit ab, begehen wir politischen Selbstmord. Es kommt darauf an, die Frage der revolutionären Veränderung gemeinsam zu beantworten, um die Versuche zur Einschüchterung zu unterlaufen und jede Form der Unterdrückung zu bekämpfen.

Freiheit für die politischen Gefangenen!

rote hilfe

Frankfurt: dresdner bank ffm.
nr. 4 116 604

berlin: sonderkonto r. fink
pscha b-west 337 637

münchen: städtische sparkasse m
nr. 907 113 189

hamburg: dresdner bank hh
nr. 84-539 333

ULRIKE MEINHOF SOLL IM KNAST VERRÜCKT GEMACHT WERDEN

Unter dem Vorwand, Ulrike Meinhofs Zurechnungsfähigkeit klären zu lassen, hat der Generalbundesanwalt Martin folgenden Beschluß des Bundesgerichtshofs erwirkt:

1. Bei der Beschuldigten Ulrike Meinhof dürfen ... in der Vollzugsanstalt Köln-Ossendorf Röntgenaufnahmen des Schädels und eine Szintigraphie des Gehirns vorgenommen werden.
2. Diese Maßnahmen dürfen auch gegen den Willen der Beschuldigten erforderlichen Falles unter Anwendung unmittelbaren Zwanges und unter Narkose durchgeführt werden.

Dieser Beschluß setzt sich nicht nur über geltendes Recht hinweg, denn medizinische Eingriffe dürfen nur mit Billigung des Betroffenen durchgeführt werden. Solche Eingriffe gefährden darüber hinaus Leben und Gesundheit: Fachärzte (Neurologen) und andere Mediziner haben uns dazu folgende Erklärung gegeben.

1. Zur Feststellung der Zurechnungsfähigkeit verwenden Mediziner nicht die Szintigraphie. Sicher ist jedenfalls, daß man die Zurechnungsfähigkeit in erster Linie psychologisch und nicht durch einen medizinischen Eingriff feststellt.
2. Die Szintigraphie dient den Medizinern dagegen, um im Groben einen Tumor oder Gehirnabszess feststellen zu können, den man dann heilen kann.
3. Szintigraphie läßt sich nur in einem modernst ausgestatteten Krankenhaus von Spezialisten ausführen, nicht aber in einem Gefängnis, wie es der Beschluß vorsieht.
4. Ulrike Meinhof war bei ihrer Festnahme schon stark geschwächt. Durch Folterhaft, Isolierung und ständige Verhöre wurde der Körper weiter ausgezehrt. Narkose, die an sich schon gefährdend ist, und medizinische Eingriffe können sie tatsächlich verrückt machen. Vollnarkose ist lebensgefährlich, wenn sie gegen den Willen des Betroffenen durchgeführt wird. Das Gericht verfügte diese Maßnahme.
5. Gegen den Willen des Inhaftierten dürfen medizinische Eingriffe nicht durchgeführt werden. Das ist ein Rechtsgrundsatz, der nur in Unrechtsstaaten aufgehoben wird.
6. Der verrückt erklärten Ulrike Meinhof droht, daß sie in einer Nervenheilanstalt tatsächlich durch zusätzliche medikamentöse Behandlung verrückt gemacht wird. Oder die Szintigraphie kann als Ausgangspunkt für eine gefährliche Gehirnoperation genommen werden: so gerechtfertigte Gehirnoperationen können Gehirnteile zerstören, wenn nicht sogar quasi als "medizinischer Kunstfehler" zum Tode führen.

Der vordergründige Zweck dieser Maßnahmen ist es, Ulrike Meinhof für verrückt zu erklären. Damit sollen stellvertretend alle als "Geisteskranke" abgestempelt werden, die sich in dieser Gesellschaft für ihre eigenen Interessen einsetzen. Die öffentliche Hetze gegen die "linken Spinner, Politrockers, Chaoten, Terroristen" usw. versucht das Gleiche. Auch Ihnen soll jede politische Begründung für ihre Aktionen abgesprochen werden.

Ulrike Meinhof soll aber auch deshalb persönlich herausgegriffen werden, weil damit eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Linken getroffen wird, die seit Mitte der 50'er Jahre in der Ostermarschbewegung, der Studentenrevolte, in vielen Zeitungsartikeln hervorgetreten ist; vor allem auch deshalb, weil sie als Führerin der Paader-Meinhof-Gruppe gilt.

Unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit haben Mediziner in faschistischen KZ's an Menschen herumexperimentiert, wurden Hunderttausende politischer Oppositioneller als "Geisteskranke" eingesperrt. Wir werden auch eines besseren darüber belehrt, daß Folter im Knast nicht nur eine scheinbar exotische Angelegenheit in Ländern wie Griechenland, Portugal, Brasilien, Südvietnam u.a.m. ist, sondern heute in der BRD gegen Gefangene angewandt wird.

Wie verlogen die Presseberichterstattung ist, zeigt sich daran, daß wir überall Proteste gegen die Einkerkierung von Oppositionelle in der Sowjetunion in Irrenhäuser finden. In unserer schönen Demokratie gibt es sowas nicht, sagen unsere Zeitungen. Aber diese Proteste sind nur Lippenbekenntnis:

Das, was Ulrike Meinhof passiert, die Erschießung Verdächtiger "auf der Flucht", der Knast, dies alles sind extreme Formen der politischen Unterdrückung. Aber auch bei Streiks, wie der 3000 Ausländer in Lippstadt (Hella-Werke) wird zugeschlagen. Dort wurden Hunde auf Arbeiter gehetzt, Frauen verprügelt, Streikposten zerschlagen. In Nordhorn (Emsland), wo die Bevölkerung einhellig die Auflösung des Nato-Schießplatzes Nordhorn-Range forderte, setzte die sozialdemokratische Landesregierung 1500 Polizisten gegen die Bevölkerung ein. Inzwischen gibt die Deutsche Polizei offen zu, daß ihre Aufrüstung (Scharfschützen, Terrorkommandos, Panzerwagen usw.) als Vorbereitung auf die "wilden Streiks" und die Tarifrunden im Herbst zu verstehen ist.

Im Knast selber wird auch heute schon -wenn auch nicht in dieser Form gefoltert. Uli Kranzusch ist mehrmals zusammengeschlagen worden. Siegfried Hausner wurde ins Irrenhaus verschleppt, angeblich zwecks Zwangsernährung. Ein Hungerstreik von c.a. 60 Gefangenen wurde im Mai/Juni durch Zwangsernährung und Trinkwasserentzug zerschlagen. In der berühmten "Glocke" im Untersuchungsgefängnis Hamburg und im Kölner Klingelpütz starben immer wieder Häftlinge in "Beruhigungszellen".

Die geplanten Maßnahmen gegen Ulrike Meinhof sollen den Weg ebnen, in Zukunft alle politischen Gefangenen als Versuchskarnickel zu behandeln und sie verrückt machen zu können; selbst "legale Morde" könnten so vorbereitet werden. DER EINGRIFF AN ULRIKE MEINHOF MUSS VERHINDERT WERDEN !!!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

KUNDGEBUNG SAMSTAG
4.8.73 11 UHR Bochum
HUSEMANNPLATZ ROTE HILFE BOCHUM

Verantwortl. i. Sinn d. Pressegesetzes: Peter Baumann, BO, Lennershofstr. 60, T

rote hilfe

rote hilfe postadresse: 6 frankfurt am main unterlindau 74

postadresse:

6 frankfurt am main
unterlindau 74

August 1973

Liebe Sindlinger,

Wir wenden uns mit einem offenen Brief an Sie, weil das, was wir ins Bewußtsein der Öffentlichkeit bringen wollen, die Zeitungen nicht drucken werden.

Aber die Zeitungen werden voll davon sein - von Sindlingen, seinem Bürgerhaus und dem Schauspiel, das am 28. Spetember hier beginnen und etwa 1 Jahr lang aufgeführt werden soll: die Prozesse gegen die Genossinnen der Roten Armee Fraktion (im Zeitungsjargon Baader-Meinhof-Gruppe) Astrid Proll und Marianne Herzog.

Schon bevor die Prozesse begonnen haben, machen sie Aufsehen. Die Justiz suchte ein geeignetes Gebäude für den Aufmarsch von rund 540 Zeugen (davon allein ca. 200 Polizisten). Ursprünglich war an das ehemalige Untersuchungsgefängnis in der Hammelsgasse in Frankfurt gedacht. Aber um die geplanten Schauprozesse mit der entsprechenden Bühnenausstattung (offiziell bezeichnet als "Sicherheitsmaßnahmen") vorführen zu können, hatte man eine halbe Million (500.000 DM) veranschlagt. Eine Bürgerinitiative wehrte sich mit Erfolg gegen diese Verschwendung von Steuergeldern.

Dann faßte man das Bürgerhaus von Bad Vilbel ins Auge. Aber die Vilbeler Bürger wollten ihr Bürgerhaus nicht zur Verfügung stellen. Im Gegensatz zu Sindlingen gehört Bad Vilbel nicht zu Frankfurt und konnte sich deshalb gegen diese Zumutung zur Wehr setzen.

Schließlich entdeckte das Hessische Justizministerium den günstig gelegenen "Betonbunker" in Sindlingen. Die Umbauten Ihres Bürgerhauses in eine totale Festung können Sie schon heute täglich beobachten. Sindlingen wird während der Zeit der Prozesse einem Heerlager gleichen, Sindlingen wird "grün" sein vor lauter Uniformen.

Am 14.7.73 schrieb die Frankfurter Rundschau: "Die Sindlinger wollen den Proll-Prozeß nicht!" Die Sindlinger haben Recht.

WER WILL DENN DIESEN SCHAUPROZESS? Aus den bisherigen Prozessen gegen Mitglieder der Roten Armee Fraktion weiß jeder, was da gespielt wird: es treten massenhaft präparierte und geschmierte Zeugen auf, die alle irgend etwas gesehen haben wollen, bei konkreter Befragung sich aber dermaßen in Widersprüche verwickeln, daß das Urteil eigentlich auf Freispruch lauten müßte. Stattdessen lautet es auf 10 Jahre (Werner Hoppe), auf 12 Jahre (Horst Mahler)... Das Urteil war schon vor dem Prozeß gefällt.

- 2 -

WENN DER SCHULDSPRUCH SCHON FESTSTEHT, WARUM DANN DIESER GANZE AUFWAND?

Einmal soll durch einen "großen" Prozeß der Aufwand der Fahndung gerechtfertigt werden. Aber zu viele Bürger haben dabei erfahren, daß sich die im Zuge der Fahndung durchgeführte Zentralisierung und Militarisierung des Polizeiapparats gegen sie richtet. Zu viele haben erfahren müssen, daß die Polizei selten "rechtmäßig" vorgegangen ist, haben Zweifel bekommen an unserem Rechtsstaat; zu viele haben die Justiz als ihren Feind erfahren müssen, der millionenschwere Wirtschaftsverbrecher laufen läßt, einen Lehrling wegen einem geklauten Moped aber ins Gefängnis bringt oder sogar hinterrücks erschießt (Richard Eppler, am 1.3.72).

Zum anderen soll die Rechtsstaatlichkeit vorgespielt werden: ein Richter, d.h. ein Mann in "gehobener gesellschaftlicher Position", der so tut, als ob er unparteiisch sein könnte, ein Staatsanwalt, der sagt, daß ihn an der ganzen Sache die gesellschaftlichen Hintergründe nicht interessieren, sowie 540 Zeugen sollen den Eindruck erwecken, daß es hier um RECHTSfindung geht; sie sollen die Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der Herrschenden und ihrer Handlanger ausräumen.

Die Hauptfunktion dieser Prozesse aber ist es, einen Teufel an die Wand zu malen: nicht nur die angeklagten RAF-Mitglieder, sondern alle, die sich gegen Unrecht und Unmenschlichkeit auflehnen, sollen zu Feinden abgestempelt werden, der gute Bürger soll Angst vor ihnen bekommen. Schon schrieb die Frankfurter Rundschau: die Sündlinger Bürger hätten "Angst vor Unruhen und Demonstrationen".

Das wollen die, die so viel Geld für die Prozesse ausgeben, wohl erreichen: daß Sie Angst vor denen bekommen, die gegen diesen Prozeß protestieren; daß Sie Angst vor allen bekommen, die sich nicht einschüchtern lassen.

Die, die sich wehren, baut man als Feind auf, damit Sie nicht merken, wer Ihr wirklicher Feind ist: die Reichen und ihr Polizeistaat.

WER DAS GELD HAT, HAT DIE MACHT - WER DIE MACHT HAT, HAT DAS RECHT.

Mit freundlichen Grüßen

r o t e h i l f e

NEUES VOM SOZIALSTAAT

SCHAUPROZESSE IN FRANKFURT

Am Freitag, dem 28.9., und Montag, dem 1.10. beginnt in Frankfurt-Sindlingen das Rechtsstaatsspektakel gegen die Genossinnen Astrid Proll und Marianne Herzog. Voraussichtliche Dauer: 1 Jahr. 560 von der Staatsanwaltschaft geladene Zeugen, zum größten Teil Bullen.

Hauptanklagepunkt gegen Astrid: Mordversuch! Einzige Zeugen: zwei Zivilfahnder der Bundessicherungsgruppe. Jeder, der mit Gerichten zu tun hat, weiß, daß Aussagen von Polizisten immer wahr sind.

Wie sieht es mit Astrids Mordversuch aus?

Am 10.2.71 soll sie abends um acht, mitten in Frankfurt, mitten im belebten Westend - in einer Gegend, wo dauernd Streifenwagen herumfahren - eine Schießerei begonnen haben. Und zwar mit Vorsatz: die Zivilfahnder behaupten, Astrid habe gesagt: "Komm näher, Bulle, daß ich dich umlegen kann." So konstruiert man einen Mordversuch. Niemand weiß, ob Astrid überhaupt eine Waffe getragen hat. Die Polizei kann nichts vorweisen, keine Projektile, keine Einschüsse, keine Verletzungen - gar nichts. Aber sie hat ihre Aussagen.

Was über Marianne bekannt ist, stammt ausschließlich aus Ruhlands Märchenbuch. Er erzählt Geschichten von Geschichten über Geschichten. Ergebnis: fast zwei Jahre Untersuchungshaft für Marianne.

Zeuge Ruhland

Alles, was die Zeitungen über die Baader-Meinhof-Gruppe schreiben, stammt von Ruhland. Wirklich? Bevor Ruhland irgend etwas ausgesagt hat, durfte er acht Monate lang niemanden sehen. Keinen Verteidiger, keine Verwandte, niemand. Er ist systematisch fertig gemacht worden. Dann hat er "gesungen", wie es so schön heißt. Es gibt nicht den geringsten Beweis dafür, daß Ruhland die Wahrheit sagt. Hätte er nicht gesungen, dann säße er bis 1984 wegen Mordversuch im Knast: er hatte nämlich eine Knarre, als er geschnappt wurde. Im Juli ist er von Heinemann begnadigt worden - zur Belohnung.

Wer ist kriminell ?

Der gemeinsame Anklagepunkt gegen Astrid und Marianne gründet sich auf §129 des StGB, Zugehörigkeit zu einer "kriminellen Vereinigung". Was heißt das? "Kriminell" nennt die herrschende Klasse alles, was sich gegen sie und ihre Interessen richtet. Wer z.B. die Verantwortlichen für Völkermord konsequent und mit allen Mitteln bekämpft, wer gegen die Ausrottung eines ganzen Volkes, wie es in Vietnam, Palästina und jetzt in Chile versucht wird, kämpft, der wird als kriminell verfolgt. Eben diesen Kampf gegen die amerikanischen Völkerschlächter und ihre bundesdeutschen Erfüllungsgehilfen haben die Genossen von der RAF ernst genommen. Deshalb hat die tatsächliche kriminelle Vereinigung von Brandt/Genscher im Verein mit Bundesgerichtshof und Springerpresse eine beispiellose Hetzjagd auf sie veranstaltet. Sie ging bis zur ihrer physischen Vernichtung. So wurden die Genossen Thomas Weißbecker, Georg von Rauch und Petra Schelm erschossen. So sollten auch Astrid Proll, Andreas Baader, Holger Meins umgebracht werden. Ihnen wird jetzt der Prozeß gemacht. Nicht etwa der Mörderbande westdeutscher Polizisten, die seit 1950 rund 300 Bürger erschossen haben.

Die Szenerie

Die bisherigen Prozesse gegen Genossen der RAF und des SPK zeichneten sich aus durch einen Riesenaufwand an Sicherheitsvorkehrungen (für wen, gegen wen?), Bulleneinsätze, Glaskästen für Zeugen und Angeklagte. Für Frankfurt heißt das: die Prozesse finden nicht im ordentlichen Gerichtsgebäude statt, sondern im Bürgerhaus der weit abgelegenen Vorstadt Sindlingen, das eigens zu diesem Zweck in eine Festung verwandelt wurde. Eine 3 Meter hohe Glaswand soll die Zuschauer von der übrigen Schau trennen. Das hohe Gericht läßt sich zusätzlich von einem Sonderkommando "Justizwachtmeister" schützen, die von der Polizei eine Spezialausbildung erhalten haben.

Solidarität mit der RAF

Und so wie sich die Kulisse dieser Schauprozesse immer gleich bleibt, so wird auch immer wieder das gleiche Stück aufgeführt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen deutlich, daß es den bürgerlichen Gerichten nicht um die juristische Verhandlung von Tathergängen geht, daß sie sich einen Dreck um Indizien und Schuld nachweise scheren: die Urteile liegen schon fertig in der Schublade. Abgeurteilt werden die revolutionären Ideen, die zur Praxis drängen. Zerbrochen werden soll die Entschlossenheit zum Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Manipulation. Die Prozesse zielen auf die Kriminalisierung der gesamten Linken.

DEMONSTRATION

in Frankfurt

Freitag 28.9. 12.00 Uhr Opernplatz



Prozeßtermine

Astrid Proll: Beginn 28.9.73, dann jeweils dienstags und mittwochs
Marianne Herzog: Beginn 1.10.73, dann jeweils montags und donnerstags
(9.15 Uhr)

rote hilfe

Spendenkonto: Dresdner Bank, Frankfurt, Konto-Nr. 4 116 604

M.H. Sep. 73

Rote Hilfe

SOLIDARITÄT

mit **Baha Targün** und allen anderen entlassenen Ford-Arbeitern

Das Kölner Ausländeramt hat die Aufenthaltsgenehmigung von Baha Targün, führendem Mitglied der Streikleitung von Ford-Köln nicht verlängert. Baha Targün soll bis zum 26. Okt. die BRD verlassen. Es wird ihm mit Abschiebehaft gedroht, falls er dem Beschluß nicht nachkommt.

Für die Begründung wurde derjenige Paragraph des Ausländergesetzes herangezogen, der in der bisherigen Praxis immer dazu diente, Ausweisungen, die offene politische Disziplinierung waren zu rechtfertigen. In der Verfügung heißt es:

"Durch ihre Anwesenheit werden die Belange der Bundesrepublik beeinträchtigt."

Auch wenn die Behörden die "Beeinträchtigung der Belange der BRD" durch Baha Targün offiziell darin sehen, daß er ohne Sichtvermerk, also "illegal" in die BRD eingereist ist, so ist doch jedem, der die bisherige Anwendungspraxis der Ausländergesetze verfolgt hat, klar: Baha Targün hat die "Belange der BRD beeinträchtigt", weil er den Kampf der türkischen Arbeiter gegen ihre besondere Ausbeutung geführt hat, weil er eine Gefahr für das Kapital ist, das weiterhin die ausländischen Arbeiter in aller Ruhe als billige Arbeitskräfte ausbeuten will.

Dies ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Ausländergesetze menschenrechtswidrig sind, daß sie dem Staatsapparat dazu dienen, all diejenigen ausländischen Kollegen zu illegalisieren und sie in ihre Heimatländer abzuschicken, die den Kampf um ihre berechtigten Interessen aufgenommen haben.

In der BRD bilden die ausländischen Arbeiter den entrechteten und ausgebeuteten Teil

der Arbeiterklasse. Bei den Fordwerken in Köln sind die türkischen Kollegen den schlimmsten Arbeitsbedingungen ausgesetzt:

- Wie Sklaven werden sie zu tausenden aus der Türkei angekarrt und ohne Ausbildung an die Montagebänder gestellt deren Taktzeiten so niedrig sind, daß kein deutscher Arbeiter mehr bereit ist, dort zu arbeiten.
- Von Öldampf verseuchte Luft, im Sommer eine Durchschnittstemperatur von 40-60° giftige Gase, Lärm bis zu 130 phon in manchen Hallen - so sieht die Umgebung aus, in der die türkischen Arbeiter unter maßloser Hetze körperliche Schwerarbeit leisten müssen.

Im STREIK der Ford-Arbeiter haben sich über 10 000 deutsche und ausländische Kollegen zusammengeschlossen, und einen erbitterten Kampf gegen die maßlose Arbeits- und den ständigen Lohnraub geführt. Sie haben, getragen von dem Ziel, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, alle Versuche zurückgewiesen, die darauf angelegt waren, den Kampf zunichte zu machen. Deshalb haben sie aus ihrer Mitte die tapfersten Kollegen zu den Führern des Streiks gewählt.

Baha Targün stand an der Spitze des Kampfes. Er hat mutig die Interessen seiner Kollegen vertreten, hat alle Bestechungs- und Abwiegelungsversuche vereitelt und an den Forderungen der Ford Arbeiter gegenüber der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat festgehalten.

Die blutige Niederschlagung des Streiks durch die Polizei war der Auftakt für einen maßlosen Terror gegen die streikenden Arbeiter.

Hunderte von Ford-Arbeitern wurden entlassen, und aus den Wohnheimen geworfen, türkische Arbeiter sind von der Ausweisung in die Türkei bedroht. Im Werk selbst wurden die Unterdrückungsmaßnahmen verschärft: die Benützungsgeschwindigkeiten nachgeschraubt, türkische Arbeiter, die sich in den Tagen nach dem Streik weigerten, die Arbeit wiederaufzunehmen, wurden mit Gewalt ans Band getrieben, die Schikanen von Meistern und Obermeistern machen

tausenden von Kollegen die Arbeit noch mehr zur Hölle.

Das Ford-Solidaritätskomitee, das sich sofort nach dem Streik gegründet hat und in dem sich türkische und deutsche Ford-Arbeiter zusammengeschlossen haben, um den Kampf gegen diesen Entlassungsterror und die drohende Abschiebung ausländischer Kollegen zu führen, ist Ausdruck dafür, daß der Kampfeswille der Ford-Arbeiter nicht gebrochen ist.

Das Komitee hat bereits die Solidarität vieler fortschrittlicher Menschen bekommen und wird von folgenden Organisationen bisher unterstützt: der Roten Hilfe e.V., die den entlassenen und von Abschiebung bedrohten Kollegen Rechtsschutz gewährt; der KPD und den ihr befreundeten Organisationen; dem Arbeiterkampf; der AMADA (belgische kommunistische Organisation); der ATÖF (Vereinigung türkischer Studenten in der BRD); der PCIML (Kommunistische Partei, Marxisten-Leninisten Italiens).

Der Kollege Baha Targün steht mit den anderen Kollegen der Streikleitung auch im Kampf des Komitees an vorderster Front. Dieser Kollege, der bewiesen hat, daß er konsequent die Interessen seiner türkischen Kollegen vertritt und er deshalb das Vertrauen tausender von Arbeitern gewonnen hat, soll jetzt aus der Bundesrepublik abgeschoben werden.

Solidarisiert Euch mit Baha Targün und allen anderen entlassenen und von Abschiebung bedrohten Ford-Arbeitern!

Unterschreibt unsere Solidaritätserklärung! Spendet für die Arbeit des Komitees! Beteiligt Euch aktiv an unserem Kampf für die sofortige Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von Baha Targün! Unterstützt unsere Veranstaltungen! Kommt zur Demonstration am 26. 10. in K

Großveranstaltung 17. 10. 19⁰⁰

SOFORTIGE VERLÄNGERUNG DER AUFENTHALTSGENEHMIGUNG FÜR BAHA TARGÜN!

SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON BAHA TARGÜN UND ALLEN ANDEREN ENTLASSENEN FORD-ARBEITERN!

KAMPF DER AUSWEISUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITER!

SPENDET AUF DAS SPENDENKONTO DER ROTEN HILFE **308556-102** Postscheck
Berlin West

Verantwortlich f.d. Inhalt und Kontaktadresse: ROTE HILFE e.V., 1 B 10, Zillestr. 66

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

versuchter MORD

an K. Hammerschmidt!

wir fordern:

Bestrafung aller Verantwortlichen

K. Hammerschmidt, die seit Juni 1972 von der Staatsanwaltschaft ohne Beweis der Unterstützung der RAF beschuldigt wird, die sich selbst gestellt hatte und seit dem in totaler Isolierhaft gehalten wurde, ist in der U-Haftanstalt Lehrter Straße durch die Verweigerung ärztlicher Versorgung in akute Lebensgefahr gebracht worden.

Trotz einer starken auch für Laien wahrnehmbaren Schwellung, trotz mehrerer Erstickungsanfälle, trotz Intervention ihrer Rechtsanwälte, trotz eines seit August 1973 vorliegenden Röntgenbefundes, der den Verdacht auf eine lebensgefährdende Krankheit hätte nahe-

legen müssen, wurde erst im November 1973 in einem Krankenhaus eine Untersuchung vorgenommen, wurde K. Hammerschmidt erst am 30.11. aus der Haftanstalt ins Krankenhaus entlassen. Die Untersuchung ergab ein kindskopfgroßes, jetzt nicht mehr operables Krebsgeschwür. Die Verteidiger haben gegen die Verantwortlichen Strafanzeige wegen versuchter Tötung gestellt.

Die Justiz versucht sich damit herauszureden, K.Hammerschmidt sei selbst an der Unterlassung ärztlicher Hilfe schuld, da die mehrmals die Untersuchung durch einen Anstaltsarzt verweigert hätte. Die angebotene "Hilfe"

bestand aber darin, daß der Anstaltsarzt ihren Hungerstreik, den sie in Solidarität mit den anderen politischen Gefangenen gegen die unmenschliche Isolationshaft durchführte, brechen und sie damit eines unaufgebaren Rechts ihrer Persönlichkeit berauben wollte. Daß die Justiz ihr die Alternative zwischen einer solchen totalen Preisgabe oder der Verweigerung sonstiger ärztlicher Hilfeleistung überhaupt stellt, erhärtet nur den Vorwurf eines terroristischen und rechtswidrigen Vorgehens.

Der Versuchte Mord an K. Hammerschmidt ist der bisher schärfste Angriff der Klassenjustiz auf die politischen Gefangenen in

Anhang - Dokumentation von RH-Flugblättern

der BRD und westberlin. Dies ist aber kein Einzelfall. In letzter Zeit stellen sich immer häufiger schwere gesundheitliche Schäden bei politischen Gefangenen ein, die deutliche Folgen sind der meist jahrelangen Untersuchungshaft in totaler Isolation, in der jeder Kontakt zu den Mitgefangenen ausgeschlossen ist. Diese Folgen sind: lebensgefährliche Kreislaufstörungen, hochgradige Konzentrationsschwäche, Verkennung der Umgebung, sich über Stunden hinziehende geistige Abwesenheit. Diese Symptome sind bereits bei Heinrich Jansen (3 Jahre Isolierhaft), Monika Berberich (3 Jahre Isolierhaft), Astrid Proll (2 Jahre Isolierhaft) aufgetreten. Oft sind sie so schwerwiegend, daß laufende Prozesse wegen Verhandlungsun-

fähigkeit der Angeklagten unterbrochen oder gar eingestellt werden müssen, wie der Prozeß gegen Astrid Proll in Frankfurt. Setzen sich die politischen Gefangenen gegen ihre menschenrechtswidrigen Haftbedingungen zur Wehr oder bestehen sie auf ihren Grundrechten, wie auf dem Recht auf medizinische Versorgung, reagiert der Gefängnisapparat mit äußerster Brutalität. Jüngstes Beispiel ist der Polizeiüberfall in der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße. Auf einen Sitzstreik der politischen Gefangenen, mit dem sie gegen ihre Isolierung protestierten, wurde aus der Haftanstalt Moabit ein Rollkommando von bekannten Polizeischlägern herbeigerufen, das mit Schlagstöcken bewaffnet auf die politischen

Gefangenen und sich solidarische Frauen brutal einschlug. Brigitte Mohnhaupt wurde z.B. mit Fußritten und Schlägen in eine Arrestzelle verschleppt. Zur "Unschädlichmachung" ihrer politischen Gegner setzen Klassenjustiz und Gefängnisleitung alle zur Verfügung stehenden Mittel ein. Dieses Ziel soll sowohl durch unmittelbaren Terror gegen die politischen Gefangenen, wie körperliche Misshandlungen und Isolierhaft, erreicht werden, als auch durch auf Jahre ausgedehnte Untersuchungshaft, die es ermöglicht, einzelne Gefangenen ohne rechtskräftiges Urteil für lange Zeit im Gefängnis zu halten. Der Grundsatz, daß die U-Haft der Regel nur 6 Monate dauern darf und daß der U-Häftling als

DEMONSTRATION

am 23. Februar 1974

Abmarsch: 14 Uhr U - Bahnhof Turmstraße

Abschlußkundgebung: ca 16 Uhr Strafgericht
Turmstr.

unschuldig zu gelten hat, steht für politische Gefangene nur noch auf dem Papier. Für sie verkehrt sich die Untersuchungshaft in ihr Gegenteil - sie wird zur Ersatzhaft für nicht gelungene Verurteilungen.

So sitzt z.B. Dieter Kunzelmann seit 3 1/2 Jahren im Gefängnis, wovon nur 4 Monate auf ein rechtskräftiges Urteil entfallen. Vor nur wenigen Wochen wurde gegen ihn ein neuer Haftbefehl erlassen, um seine anstehende Freilassung am 25. 2.74 zu verhindern.

Mit diesen Methoden, die Klassenjustiz und Staatsapparat im Augenblick gegen die politischen Gefangenen einsetzen, sollen all die abgeschreckt und

eingeschüchtert werden, die den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung aufgenommen haben. Schon jetzt soll die "selbstverständlichkeit" des brutalen Vorgehens gegen politische Gefangene eingeübt werden, um in verstärktem Maße mit gleichen Mitteln Kommunisten, Antimperialisten, Streikführer etc. ohne den Widerstand der Volksmassen ausschalten zu können.

Daß der Staatsapparat dazu entschlossen ist, beweisen die Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter und Studenten, beweist der offene Vormarsch des Gesinnungsstrafrechts: Allein wegen der Teilnahme am "Roten Antikriegstag 1972" wurde ein Genosse der KPD/ML zu 18 Monaten Gefängnis

ohne Bewährung verurteilt; erst wenige Wochen sind seit dem Terrorurteil gegen 10 Kölner Antimperialisten vergangen, die allein aufgrund ihrer politischen Gesinnung, ihres entschiedenen Eintretens für den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes zu Gefängnisstrafe bis zu 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurden. Und schon bereitet die Klassenjustiz neue Prozesse gegen Kommunisten und Antimperialisten vor!

Lassen wir den Versuch der Klassenjustiz nicht zu, gegen jeden der sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung wendet, gegen jeden, der den Kampf gegen die Unterdrücker aufnimmt, mit Folter und selbst mit Mordversuchen vorzugehen!

Fordern wir: SOFORTIGE BEURLAUBUNG DER FÜR DEN VERSUCHTEN MORD AN KATHARINA HAMMERSCHMIDT VERANTWORTLICHEN ANSTALTSÄRZTE, DES ANSTALTSLEITERS, DER VERANTWORTLICHEN STAATSANWÄLTE UND RICHTER VON IHREN ÄMTERN!
BESTRAFUNG DER VERANTWORTLICHEN IN EINEM ÖFFENTLICHEN VERFAHREN!
FREIE ARZTWAHL FÜR ALLE GEFANGENEN! SCHLUß MIT DER ISOLIERHAFT!
FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG UND AUSREICHENDE MEDIZINISCHE VERSORGUNG VON HÄFTLINGEN UND GEFANGENEN!
- FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
- KAMPF DEM ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DES VOLKES!!

ROTE HILFE
KOMITEE FÜR POLITISCH VERFO:
KPD, KJV, KSV
KPD/ML
LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS:
Basisgruppe Pharmazie
Föderation iranischer Studer

verantwortlich für die

STUTTGARTER NACHRICHTEN BETREIBEN NEUE BM-HYSTERIE

Eltern und nahe Verwandte von 17 politischen Gefangenen in der Bundesrepublik verlangten am Sonntag erstmals in einer gemeinsamen Pressekonferenz die gleiche rechtsstaatliche Behandlung für alle politischen Gefangenen (Untersuchungs- und Strafgefangene) wie die der anderen Gefangenen.

Gleichzeitig forderten sie den nordrhein-westfälischen Justizminister Posser (SPD) auf, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof aus dem völlig von der Umwelt isolierten TOTEN TRAKT im Gefängnis Köln-Ossendorf in einen normalen Gefängnisbereich zu verlegen. So berichteten "Panorama" und die "Frankfurter Rundschau" darüber.

Was brachten die beiden renommierten Stuttgarter Zeitungen?

Die "Stuttgarter Zeitung" beschränkte sich auf ein Photo von der Pressekonferenz der Angehörigen. Der Begleittext erwähnt nur den TOTEN TRAKT und erklärt keine der aufgestellten Forderungen. Die "Stuttgarter Nachrichten" verfahren genauso (Photo, Begleittext).

Sie gehen aber noch weiter:

In einem Artikel "Sicherheit mit Panzerglas und Kameras" versuchen sie eine Begründung für die Folter zu schaffen: sie wollen der Stuttgarter Bevölkerung einreden, daß die gefangenen Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) eine Gefahr für sie sind, und schreiben von "Gruppen, die zu allem entschlossen sind" und von einem erhöhten

NICHT DAS VOLK HAT ANGST VOR DER RAF, SONDERN DIE WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN + IHRE POLITIKER.

Wie Umfragen gezeigt haben stieß der Kampf der RAF bei Teilen der Bevölkerung auf Sympathie, deshalb mußten sie eine massive Hetzkampagne starten, die in der angeblichen Stuttgarter Bombendrohung der RAF gipfelte, die jedoch

"Sicherheitsrisiko für Stuttgart und seine Bürger". Sie malen in allen Farben die Sicherheitsvorkehrungen der Polizei aus. Der Artikel ließt sich wie ein Polizeibericht. Es ist die Rede von Stahltüren, zusätzlichen Vergitterungen, besonderen Sicherheitsschlössern und von 800 Polizeibeamten, zusammengezogen aus dem ganzen Land.

Ein Bericht im "stern" Nr. 11 vom 7. 3. 1974 liegt auf derselben Linie: in der nachweislich gefälschten Reportage ist von angeblichen Befreiungsplänen von Andreas Baader die Rede.

Beide Artikel stehen in der Tradition der Baader-Meinhof-Hysterie, die im Sommer 1972 inszeniert wurde und stellen gleichzeitig den Beginn einer neuen Hysterie dar.

Die RAF hatte den bewaffneten Kampf gegen die herrschende Klasse, gegen das imperialistische System in Westdeutschland aufgenommen.

Die Bomben der RAF auf Stützpunkte des US-Imperialismus haben die militärische Anwesenheit des USA-Imperialismus in Westdeutschland deutlich gemacht. Die Zerstörung des Computers im Hauptquartier der 7. US-Armee in Heidelberg, in dem Einsatzpläne für Vietnam entwickelt wurden, war eine Antwort auf die Verminderung der nordvietnamesischen Hafenstadt Haiphong, die den Nachschub für den Vietcong blockieren sollte.

me bewiesen werden konnte. Die RAF distanzierte sich ausdrücklich davon. Damit versuchte die herrschende Klasse klar zu machen, daß die RAF ihre Bomben gegen die Bevölkerung richtet. Mit der Aufzählung der geplanten Sicher-

heitsmaßnahmen setzen die "Nachrichten" die Hetze gegen die RAF fort. Indem die die RAF als gefährliche Bande darstellen, rechtfertigen sie die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen, die Isolationsfolter.

Wozu wird diese neue Hysterie-Welle entfacht?

- um die Ausschaltung der Verteidiger der politischen Gefangenen zu decken, die durch ein neues Gesetz ermöglicht werden soll;
- um die ständige Behinderung der Verteidigung der Gefangenen bei den Prozeßvorbereitungen durch die Bundesanwaltschaft zu rechtfertigen, (in einer Pressekonferenz am Samstag 6.4. berichteten die Stuttgarter Anwälte Lang und Croissant über einen sogenannten Eichmann-Kasten im Besuchsraum des Gefängnisses Stammheim. Die gesamte Stuttgarter Presse brachte kein Wort davon);
- Die Diskriminierung der RAF als kriminelle Vereinigung soll das rechte Klima für ihre Vernichtung schaffen.

Die Hetzkampagne wird in einer krisenhaften Entwicklung gestartet: zunehmende Betriebsstillegungen, Entlassungen, Kurzarbeit, Inflation.

Die Herrschende Klasse weiß, daß auf verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung verstärkter Widerstand folgt:

- Kampf der Bevölkerung gegen den Bombenübungsplatz bei Nordhorn,
- zunehmende Arbeitshetze und Inflationsspontane Streiks,
- Zerstörung von Wohnraum für den Profit der Bodenspekulanten - Häuserkampf in Frankfurt.

Es soll verhindert werden, daß sich der spontane Widerstand fortschrittlicher Teile der Bevölkerung mit der marxistischen Theorie verbindet, die die Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung erklärt und einen Ausweis aufzeigen kann.

Die kommunistischen Organisationen werden verboten und durch Prozesse bedroht werden als Chaoten diffamiert.

Die alte Lüge der herrschenden Klasse wird neu aufgetischt, der Marxismus sei der Feind des Volkes.

Trotz aller Hetzartikel wird es ihnen nicht gelingen, die Verbindung zwischen dem Volk und den Revolutionären zu verhindern. Eines Tages wird das Volk diese Schreiberlinge zum Teufel jagen und seine eigenen Zeitungen schreiben.

WEHRT EUCH GEGEN DIE ANGSTMACHE DER HETZPRESSE ! UNTERSTÜTZT UNSERE FORDERUNGEN :

- Sofortige Verlegung von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin aus dem TOTEN TRAKT !
- Abschaffung des TOTEN TRAKTS !
- Abschaffung der Isolationsfolter !
- Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen !

Unterstützen Sie die Arbeit des Stuttgarter Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen in der BRD durch Spenden: Dresdener Bank Stuttgart, Kto.Nr. 1961159/01

Arbeiten Sie im Komitee mit: Wir treffen uns jeden Montag, 19.00 Uhr, Hauptstätterstr. 115 B.
V.i.S.d.b.P.: U. Baumgärtner, 7 S-1, Gutenbergstr. 93

BRUTALE ERSCHIEßUNG VON GÜNTHER JENDRIAN!

In der Nacht von Montag auf Dienstag stürmte eine 60 Mann starke Polizeitruppe die Wohnung Adalbertstraße 10/2. Stock. Dieses Abbruchhaus wurde gegen 3 Uhr nachts umstellt; ein Hausdurchsuchungsbefehl hat niemals existiert. Mit Maschinenpistolen im Anschlag drangen die Polizisten in das Haus ein. Sie trugen Kugelsichere Westen und Stahlhelme mit schwarzem Visier und nur einem 1 cm breiten Sehschlitz. Nachdem sich oben die Tür einen Spalt öffnete wurde schon der erste Schuß abgefeuert, durch die Tür und zwar in Kopfhöhe. Nur weil der Öffnende zufällig etwas kleiner war (160 cm groß) wurde



ERSCHOSSEN: Günter Jendrian

„Seien Sie bitte nicht besorgt wenn Sie ein größeres Polizeiaufgebot in Ihrer Nähe feststellen, schußähnliche Geräusche oder Lautsprecherdurchsagen hören oder die Festnahme von Personen beobachten“, so warb die Polizeiinspektion Schöneberg mit einem Aushang um Verständnis für ein Polizeimanöver im Adelshaus Passauer Str. 11, im Westendler Bezirk Schöneberg.

Die Bevölkerung soll sich an Polizeimanöver gewöhnen!

er von der Kugel nicht getroffen. In dem Augenblick als der Augenzeuge dann von der aufgestossenen Tür gegen die Wand geschleudert wurde, muß G. Jendrian die Zimmertür geöffnet haben. Es wurden von seiten der Polizei mehrere Schüsse abgefeuert. G. Jendrian wurde einmal ins Herz getroffen. Von Notwehr kann hier nicht die Rede sein, denn was hat denn eine derartige Polizeitruppe in so einer Situation zu fürchten. (vgl. die Ausrüstung). Ob Jendrian ein Kleinkalibergewehr in der Hand gehabt hat, ist bisher außerdem überhaupt noch nicht klar. Man stelle sich jedoch vor, wie man selber reagiert, wenn nachts um 3 Uhr vor der eigenen Wohnung rumgeballert wird!

WIE KAM ES ZU DEM EINSATZ ?

Vorgeworfen wird G. Jendrian, er hätte etwas zu tun mit dem Strafgefangenen Roland Otto, der von seinem 3. Strafgangurlaub nicht mehr in den Knast zurückkehrte.

Die Bildzeitung vermutet bei ihm ein "rollendes Waffenlager" und bezichtigt ihn der "Planung von Attentaten" zur Fußballweltmeisterschaft.

Vorwand für die Polizeiaktion war, daß G. Jendrian sich früher einmal in einer Wohnung aufgehalten haben soll, in der auch der gesuchte R. Otto gewesen sein soll, jedoch hat Günter Jendrian diesen überhaupt nicht gekannt. Tatsache ist weiterhin daß er niemals etwas mit politischen Gruppen, geschweige denn Anarchisten zu tun hatte überhaupt politisch desinteressiert war.



IST DER FALL JENDRIAN EIN EINZELFALL?

Die Todesstrafe ist in Deutschland verboten, durch das Grundgesetz, das zur Zeit von den Politikern aller Schattierungen bejubelt wird; die sogenannten Spezialeinheiten der Polizei jedoch praktizieren sie. Der Münchner SPD-Polizeipräsident Schreiber meinte dazu im April 1974: "Der bevorstehende Entwurf eines neuen Sicherheitsgesetzes bügelt das aus. Dadurch wird in den Polizeigesetzen die rechtliche Möglichkeit geschaffen, diesen Todesschuss zu befehlen." Dieser Todesschuss wird schon jetzt ausgeführt. G. Jendrian wurde mitten ins Herz geschossen; der Lehrling E. Dobhard wurde in Dortmund auf der Flucht erschossen - er hatte ein Moped gestohlen; Polizisten töteten einen Lehrling aus Duisburg, der die Geschwindigkeitsbegrenzung übertreten hatte und vor seiner Erschiessung etwas Blitzendes - einen Schlüsselbund - in der Hand hatte.

In unserer Gesellschaft wird die Strafe als "Abschreckung" gesehen. Allerdings abschrecken tut dieses Beispiel. Jeder Kontakt zu Menschen, die man nicht kennt, jeder Besuch eines Freundes, der politisch nicht einwandfrei ist, kann

zu so einem Manöver führen, kann zur Auseinandersetzung mit Beamten führen, die soweit ausgebildet sind, daß sie wie in einem brutalen Western ihr Opfer mit Kugeln vollpumpen.

Wer darüber die Wahrheit sagt, wird eingeschüchtert. Der presserechtlich Verantwortliche des Flugblatts, das noch am Mittwoch verteilt wurde, und das zum Protest gegen die Erschiessung von G. Jendrian aufrief, hatte noch am selben Tag die Polizei im Haus. Die Buchhandlung 'Internationale' in der Adalbertstr. 14 wurde ebenfalls durchsucht.

Wir haben es uns als Komitee zur Aufgabe gemacht diesen Vorfall aufs entschiedenste nachzugehen. Wir werden selber die Gegenermittlungen führen und fordern: Offenlegung aller Untersuchungsergebnisse. Wir lassen es nicht zu, daß dieser Fall von Seiten der Presse bzw der Staatsanwaltschaft vertuscht und verdreht wird.

OFFENLEGUNG DER TATSÄCHLICHEN ERGEBNISSE!!

KOMMT ZUM KOMITEE: DO, 23.5. 19 Uhr
KAULBACHKLAUSE, Kaulbach
Straße 48

BETEILIGT EUCH AN DER DEMONSTRATION:

FREITAG, 24.5., 17⁰⁰ Uhr

ABMARSCH: MÜNCHNER FREIHEIT;
ZWISCHENKUNDGEBUNG IN DER ADALBERTSTRASSE.



ROTEHILFE

Ortsgruppe der Roten Hilfe, München 80, Milchstraße 21, Sprechstunde Mi 17-19 Uhr
Eigenruck im Selbstverlag, Presserechtlich verantwortlich: Cornelia Groethuysen



rote hilfe

POLIZEIMORD

am Duisburger Arbeiter Günther Routhier!

In der Neurochirurgischen Abteilung der Essener Universitätsklinik ist der Duisburger Arbeiter Günther Routhier am 18.6. gestorben.

Er mußte sterben, weil er als Sympathisant der KPD/ML an einem Prozeß des kommunistischen Arbeiters Manfred Brenner gegen die Mannesmann-Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht Duisburg als Zuschauer teilnahm. Als das Gericht nach einer Verhandlungspause statt der angekündigten Entscheidung über Beweisanträge H. Brenners das Urteil verkündete - ohne jede Beweisaufnahme, protestierte er, indem er aus dem Fenster des Gerichtssaales eine Rede zu den Passanten und Demonstranten hielt. Das nahm die Polizei zum Anlaß für einen Knüppelinsatz - einig mit dem Gericht, daß die Werktätigen die Wahrheit über diesen Prozeß nicht hören sollten, denn das Gericht und seine Brotherren, die Kapitalistenklasse müssen die Wahrheit fürchten.

Dieser Knüppelinsatz kostete G. Routhier das Leben - und die Polizei wußte, daß das wahrscheinlich war.

Direkt als die Auseinandersetzung begann, wurde der Polizei mitgeteilt, daß G. Routhier an Bluterkrankheit litt. Das bedeutet, daß bei jeder inneren oder äußeren Verletzung Lebensgefahr besteht. Obgleich sie dies wußten, schlugen die Polizisten Routhier auf den Kopf und warfen ihn die Treppe hinunter, bis er besinnungslos war.

Man warf den Bewußtlosen in einen Mannschaftswagen, in dem gut ein Dutzend Festgenommene ins Polizeipräsidium gebracht wurden - unter ihnen auch G. Routhiers Sohn. Der Junge saß weinend in diesem Wagen und verlangte nach einem Arzt für seinen Vater. Er würde sonst sterben, sagte er. Aber alles umsonst. Die Leute, die G. Routhier erst lebensgefährlich verletzt hatten, fanden bloß den zynischen Kommentar: "Wenn man sowas hat (Bluterkrankheit), dann kann man halt da nicht hingehen!"

Prügelte die Polizei den Mann bewußt in den Tod, so vollendeten gewissenlose Mediziner, die im Solde der Ausbeuter stehen, das Werk. Erst der Notarzt, der nach G. Routhiers Entlassung aus dem Gefängnis geholt wurde. Seine Diagnose (Er erschien ohne Tasche und Instrumente): "Die Polizei wird schon keinen Unschuldigen verprügeln!" Dann der Neurologe, angesichts von Fieber, starken Kopfschmerzen, Gleichgewichtsstörungen und starker Lichtscheu: "Auf den Röntgenbildern ist nichts zu sehen, sein Zustand kommt nur vom vielen Rauchen und vom Tablettschlucken!" Das war am 12.6.

Am 13.6. stellten sich Bewußtseinsstörungen ein. Nach längerem Kampf wurde er ins Unfallkrankenhaus aufgenommen. 24 Stunden später hatte sich sein Zustand so verschlechtert, daß er in die Neurochirurgische Abteilung der Universitätsklinik überführt werden mußte. Am 15.6. nachmittags setzte nach vorheriger Bewußtlosigkeit die Atmung aus, die dafür zuständigen Teile des Gehirns arbeiteten nicht mehr. Um 17 h ist G. Routhier klinisch tot - nur die Maschinen, an die er angeschlossen

ist, halten ihm das Herz in Gang. Um 20 h teilen die Ärzte seiner Frau mit, daß nur noch ein Wunder ihren Mann retten könne. Wunder gibt es nur im Märchen. G. Routhier starb, ohne daß man ihn untersucht hätte, seit er im Krankenhaus ist. Denn die Herren warteten so lange, bis er zu schwach für eine Untersuchung war.

Das, was die staatlichen Prügelschwinger einleiteten und die Herren Mediziner vollendeten war kaltblütiger, planvoller **M o r d !**

Wir werden den Polizeimord an Günther Routhier rächen!

Das war kein bedauerlicher Einzelfall. Das waren keine besonders böseartigen Polizisten. Die Planer, das sind die Kapitalisten, ausgeführt wird es von ihrer Polizei. Denn sie geht unbesehen über Leichen, wenn ihr Interesse es gebietet. Sie haben heute Angst, diese Herren, denn die Zeiten, wo wir uns alles gefallen ließen, sind vorbei. Die herrschende Klasse fürchtet das Volk, sie fürchtet für ihre Macht. Streiks läßt sie zusammendreschen in ihrer panischen Angst; Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen sollen durch Massenterror gestoppt werden.

Weil sie Angst hatten, daß der Kommunist Brenner und seine Sympathisanten im Gericht die Wahrheit sagen würden, erschlugen sie G. Routhier. Er ist kein Opfer "menschlichen Versagens", das war kein Unglücksfall. Das war das, was die Bourgeoisie jedesmal in Kauf nimmt, wenn sie ihren Terrorapparat gegen Revolutionäre und fortschrittliche Menschen einsetzt, die um ihre Rechte, um die Beseitigung der Unterdrückerherrschaft kämpfen.

Menschenleben - sie zählen für die herrschende Klasse nichts. Sie werden ausradiert. Das war bei Hitler so, das wird heute mehr und mehr vom SPD/FDP regierten Staat Brauch. Gegen die Revolution, gegen die Revolte der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker ist ihnen jedes Mittel recht, diesen Herren.

Doch sie mögen noch so sehr hoffen, durch ihre feige, mörderische faschistische Terrorpolitik ihre Herrschaft noch ein Weilchen zu retten: Wenn wir G. Routhier, erschlagen in einem westdeutschen Gericht, das unabhängig sein und seine Sprüche im Namen des Volkes aussprechen will, von Polizisten, die "Freunde und Helfer" des Volkes sein sollen, wenn wir dieses Opfer beerdigen, so werden tausende an seinem Grab Kache schwören. Sein Begräbnis werden wir zur gewaltigen Demonstration gegen die blutigen Untaten der Bourgeoisie, für ein freies, glückliches Leben im Sozialismus, ohne Unterdrückung und faschistischen Terror, ohne Ausplünderung machen!

Jetzt gilt es, mit den Angehörigen des Opfers dieses abscheulichen Verbrechens die Solidarität zu organisieren!

Protestiert gegen den abscheulichen Mord!

Spendet zur Unterstützung der Familie!

Schafft Rote Hilfe!

**Nieder mit dem faschistischen Terror
des Staates! Nieder mit dem Polizeiterror!
Vorwärts zur sozialistischen Revolution!**

Beerdigung, Mo. 24.6., 14.30h in Duisburg

Neuer Friedhof, Düsseldorfer Straße. Abfahrt aus Hamburg kann bei der Kontaktadresse I. Domschat erfragt werden.

PROVISORISCHE ZENTRALE LEITUNG: Verantw.: M. Banos, 46 Dortmund, Kesselstr. 31

Kontaktadresse Hamburg: I. Domschat, 2 Hamburg 20, Christian-Förster-Str. 8 a, Do. 17 - 19 h, Tel. 49 44 48, Spendenkonto: I. Domschat, PSchKto Hamburg 3824470, Kennwort: Günther Routhier

21. JUNI 1974

rote hilfe

provisorischen zentralen Leitung

verantwortl. S.d.Pr.ges.:

M. Banos

46 Dortmund, Kesselstraße 31

MORD !

Am 9. November starb HOLGER MEINS im Gefängnis Wittlich/ Eifel. Er befand sich zusammen mit 41 anderen politischen Gefangenen seit dem 13. September im Hungerstreik gegen ISOLIERHAFTFOLTER UND VERNICHTUNGSHAFT AN POLITISCHEN GEFANGENEN.

Holger Meins wurde seit dem 30. September zwangsweise ernährt. In einem Brief von Holger an die ROTE HILFE vom 11. 10. schreibt er:

"Schon bei leichter Erregung führt das Einschleichen des Schlauches sofort zu Würgen und Brechreiz, dann zu Verkrampfen der Brust- Magen- Muskulatur, Konvulsionen, die sich fortpflanzen in Kettenreaktionen und mit sich steigender Heftigkeit und Intensität den ganzen Körper erfassen, der sich gegen den Schlauch aufbäumt. Je heftiger und je länger, je schlimmer. ... Das Einfließen dauert etwa 1 1/2 bis 2 bis 3 Minuten. Die Tasse wurde immer voll eingeflössst, auch wenn das Würgen extrem stark wurde, bis zum Totalkrampf des ganzen Körpers ohne Rücksicht, was einmal wohl mindestens 5-6 Minuten dauerte. Einfüllen ist nur möglich bei "relativer Beruhigung", da bei heftigem Würgen und/oder Verkrampfungen die Brühe oben beim Trichter wieder rausspritzt - aber auch neben dem Schlauch bis in den Rachenraum aufsteigt und damit in die Luftröhre und zu Erstickungsanfällen führen kann - was zweimal geschah."

KEIN ZWEIFEL : HOLGER MEINS IST AN DEN FOLGEN VON ZWANGSERNÄHRUNG UND ISOLIERHAFTFOLTER GESTORBEN ! - DAS IST MORD !

Holger ist nicht der erste, der an den Folgen der Zwangsernährung und Isolationshaft gestorben ist. Michael Gaughan, ein irischer Revolutionär, starb in England im Gefängnis an lebensgefährlichen Verletzungen der Speiseröhre - ermordet. Alle 42 Gefangenen liegen heute in Gefängniskrankenhäusern. Sie werden alle zwangs-ernährt und schweben in Lebensgefahr. Die Bourgeoisie hat den Mord an 42 politischen Gefangenen einkalkuliert.

**VERBREITET DIE WAHRHEIT ÜBER DEN POLITISCHEN MORD AN HOLGER MEINS !
VERHINDERT WEITERE MORDE DURCH EURE SOLIDARITÄT !**

Die Genossen der RAF haben gegen den mörderischen Imperialismus, für die Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft und sind nicht "mordend und sengend durchs Land gezogen", wie die Bourgeoisie zetert und wie auch ihre Agentur, die Verräter-Partei D"K"P und ähnliche Spalter der Solidaritätsfront hetzen. Die Genossen der RAF haben sich in ihrem Kampf nicht auf die gewaltige Kraft der Massen, sondern auf das Heldentum des Einzelnen gestützt. Doch auch ihre Aktionen, die Bomben in den US-Hauptquartieren in Frankfurt und Heidelberg etwa, waren gerechter Ausdruck des Hasses und der Empörung des werktätigen Volkes gegen die Imperialisten. Darum werden sie von der Bourgeoisie auch so brutal verfolgt.

Die Ermordung von Holger Meins, die Vernichtungshaft an den politischen Gefangenen sind Antworten der Bourgeoisie auf den anwachsenden Kampf des werktätigen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Durch Knüppelinsätze bei Streiks und Demonstrationen, durch Terror auf den Straßen und immer öfter sogar durch Mordtaten wie die Ermordung des Genossen Holger Meins, des Taxifahrers Günter Jendrian in Mün-

chen, des Arbeiters H.J. Remitzko in Mannheim, wie die Ermordung des Kommunisten Günther Routhier in Duisburg, durch Maßnahmen wie den faschistischen Überfall auf den Trauerzug zu Ehren des Genossen Routhier, will die Bourgeoisie dem werktätigen Volk zeigen: Wer sich nicht duckt, bekommt die Unterdrückergewalt zu spüren.

Trotz des Terrors der Bourgeoisie ist der Kampfeswille der politischen Gefangenen ungebrochen. Der Haß über den Mord an dem Genossen und die Solidarität der werktätigen Bevölkerung werden ihre Entschlossenheit stärken.

In Westberlin haben am 9. 11., am Tage der Ermordung des Genossen Holger Meins 800 Menschen gegen den Mord demonstriert.

Übt Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen!

Die ROTE HILFE unterstützt bereits von Anfang an den Hungerstreik der politischen Gefangenen. Auf Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen hat sie die Bevölkerung zum Kampf gegen die Vernichtungshaft an den politischen Gefangenen aufgerufen.

ISOLIERHAFTPOLTER UND VERNICHTUNGSHAFT BEDEUTET :

Über Monate, ja Jahre hinweg:

- kein Kontakt zur Aussenwelt
- keiner, mit dem man sprechen kann, kein Geräusch als die eigene Stimme
- alles schneeweiss gestrichen
- keine Veränderung der Beleuchtung, Tag und Nacht
- kein Luftzug

Alle Bindungen zur lebendigen Aussenwelt zerschnitten. Längst ist es erwiesen: Diese Behandlung führt zu einer unwiderruflichen Zerstörung der Gehirnzellen und zerrüttet die Gesundheit. Wer auf die Dauer in Isolation bleibt, ist zum Tode verurteilt. "Steril" und "sauber" ist diese Foltermethode - doch genau so grausam wie die blutige Folter auch! Aus diesen Schandtaten spricht der Geist der Hitler-KZs. Gegen diesen Mord auf Raten kämpfen die politischen Gefangenen, sind sie in den Hungerstreik getreten!

KOLLEGEN, ERKLÄRT EURE SOLIDARITÄT : REIHT EUCH EIN IN DIE KAMPFFRONT !

Verbreitet die Wahrheit über den Mord an Holger Meins!

Fordert mit der ROTEN HILFE:

SCHLUSS MIT DEN POLITISCHEN MORDEN ! SCHLUSS MIT DER ZWANGSERNÄHRUNG !
SCHLUSS MIT DER ISOLIERHAFTPOLTER ! SOFORT !

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

REIHT EUCH EIN IN DIE SOLIDARITÄTS- UND KAMPFAKTIONEN DER ROTEN HILFE !

Dieser erneute politische Mord muß gerächt werden. Genosse Holger ist für die Sache des Volkes, der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung gestorben.

VERANSTALTUNG der ROTEN HILFE , ORTSGRUPPE KIEL

Sonnabend, den 16.11., 19.00 Uhr in
Kiel - Gaarden, "Kleinkes Eck"

Ich protestiere gegen den politischen Mord an Holger Meins. Ich erkläre mich mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen solidarisch. Ich fordere:

WEG MIT DER ISOLIERHAFTPOLTER! SCHLUSS MIT DEM TERROR GEGEN POLITISCHE GEFANGENE!
SCHLUSS MIT DEM TERROR IN DEN GEFÄNGNISSEN!
SCHLUSS MIT DER VERNICHTUNGSHAFT AN POLITISCHEN GEFANGENEN!

Name:..... Anschrift

Datum Unterschrift

11. Nov. 1974

HOLGER MEINS ZU TODE GEFOLTERT

Am Samstag den 9. 11. starb Holger Meins im Gefängnis von Wittlich. Er wurde im Juni 1972 als Mitglied der Roten Armee Fraktion verhaftet und saß seitdem in U-Haft.

Mit mehr als 40 anderen politischen Gefangenen ist er am 13. September in einen befristeten Hungerstreik getreten. Dies ist der dritte Hungerstreik der politischen Gefangenen, ihr einziges Mittel im Gefängnis, um sich gegen die systematische Isolationsfolter zu wehren. Isolationsfolter bedeutet die langsame Vernichtung der Persönlichkeit, geistig wie körperlich der Gefangenen, um ihren Widerstand zu brechen. Isolationsfolter entzieht die zum Leben notwendigen Sinnesindrücke: den Wechsel von warm/kalt, laut/leise, hart/weich, d.h. Aushungerung der Sinne. In der Isolationsfolter gibt es kein Sprechen, Lachen, Sich-Anfassen, Sich-Ansehen, Miteinander-Reden. Die politischen Gefangenen sind 23 Stunden allein in ihren Zellen, in abgelegenen Blocks, wo sie von allen anderen Gefangenen abgeschnitten sind. Eine Stunde Einzelhofgang, Besuchssperre, Postsperrre (außer Familie und Anwälte), z. T. Zeitschriften und Bücherzensur ist die von der Justiz angeordnete "Sonderbehandlung". Der Hungerstreik von Holger Meins und den anderen politischen Gefangenen richtet sich gegen diese Anordnungen. Sie fordern:

AUFHEBUNG DER ISOLATIONSHAFT / GLEICHSTELLUNG MIT DEN ANDEREN GEFANGENEN

Presse, Rundfunk und Fernsehen haben diesen Hungerstreik wochenlang totgeschwiegen und verhindert, daß nach dem Mannheimer Gefängnissskandal die Öffentlichkeit über die ganze Wirklichkeit von Folter und Vernichtungshaft in bundesrepublikanischen Gefängnissen aufgeklärt wird.

Um den Hungerstreik von Holger Meins zu brechen, wurde er täglich von den Anstaltsärzten zwangsernährt, wobei man ihn auf einen Operationsstuhl schnallte und ihm einen Schlauch durch den Mund in den Magen stieß. Alle anderen politischen Gefangenen werden auch zwangsernährt. Nach dem Tod von Holger Meins haben sie beschlossen, bis zur Erfüllung ihrer Forderung zusätzlich zur Nahrung auch noch das Trinken zu verweigern. Damit sind sie entschlossen, den Kampf gegen die Isolationsfolter auf Leben und Tod zu führen. Gelingt es uns nicht, sofort ihre Forderung von außen durchsetzen zu helfen, so ist tagtäglich mit weiteren Todesopfern zu rechnen.

Die Rote Armee Fraktion war eine politische Gruppe, die zum Ziel hatte, gegen Unterdrückung und Ausbeutung mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. In einer Zeit, wo in Vietnam, Südamerika und Südafrika Millionen von Menschen gegen Großgrundbesitzer, Fabrikbesitzer und ihre

Armeen kämpfen, haben sie den Entschluß gefaßt, die Herrschenden in der BRG zur Rechenschaft zu ziehen und sich in diesen Kampf gegen den Imperialismus einzuordnen. Die RAF hat nicht die Gewalt erfunden, sondern vorgefunden. Kapitalismus und Imperialismus produzieren mit ihrer Grausamkeit und Unmenschlichkeit den Haß derer, die zur Waffe greifen.

Als Holger Meins starb, waren wir alle wie gelähmt. Wir haben zwar gewußt, daß jederzeit einer der politischen Gefangenen sterben konnte, aber wir haben es nicht wahr haben wollen.

Eine Nachfolgeorganisation der RAF hat den Tod von Holger Meins als Signal verstanden, sie haben ihre Trauer und ihren Haß in Handlung umgewandelt und den Kammergerichtspräsidenten von Berlin, Drenkmann, erschossen. Keine Folter, kein Gefängnis konnte sie davon abschrecken. Im Gegenteil, die Erschießung ist die direkte Folge der menschenverachtenden Haft.

Die Genossen, die diese Rache für den Mord an Holger Meins vollzogen haben, wollen den Kampf der RAF fortsetzen. Wir sind nicht die RAF und wir versuchen eine andere Politik zu machen. Sie sind aber augenblicklich der Teil der Linken, der von der Repression vernichtet werden soll. Dies müssen wir verhindern.

SOLIDARITÄT ist eine WAFFE

SOLIDARITÄT IM KAMPF GEGEN DIE ISOLATIONSFOLTER

MONTAG 11. NOV 17⁰⁰ Universität Hörsaal VII

Bockenheimer Werte
Berichte über den Tod von H. Meins. Besprechung über Solidaritätsaktionen

MITTWOCH 13. NOV Demonstration
17⁰⁰ ZEIL, HAUPTWICHE! 17⁰⁰ ZEIL HAUPTWACHE

FREITAG 15. NOV. 19³⁰ DISKUSSIONS VERANST.
Universität Hörsaal VII

REVOLUTIONÄRER KAMPF, HAUSERRAT, SDZ, HOCHSCHULINITIATIVE
ROTE HILFE - KOMITEE GEGEN DIE FOLTER.

DRUCK: EISENDRUCK.

usw
Pete Radmacher



rote hilfe deutschlands

ortsgruppe - kiel

Großveranstaltung
22.3.75, 17 Uhr, Hamburg-
Wilhelmsbg., Vogelhüttendeich
"STÜBENS GESELLSCHAFTSRÄUME"
-Gründungsveranst. der RHD

*Es lebe die Gründung der
ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS*

Kollegen, Freunde, Genossen!

Am 26. Januar 1975 haben sich aus Westdeutschland und Westberlin Arbeiter, Angestellte, Bauern, Hausfrauen, Rentner, Studenten und Schüler zusammengeschlossen und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS in Westdeutschland und Westberlin gegründet.

Sie verabschiedeten das Programm und Statut der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und wählten eine zentrale Leitung.

Kollegen, was bedeutet die Gründung der RHD für uns, für jeden einzelnen Werktätigen?

In ihrem Programm geht die RHD davon aus, daß die Unterdrückten Völker sich immer stärker zum Kampf gegen die Imperialisten, besonders die beiden Supermächte erheben und für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen.

Auch bei uns in der Deutschen Bundesrepublik (DBR) nimmt der revolutionäre Klassenkampf zu. Immer mehr Menschen kämpfen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Das beweisen die zahlreichen Streiks und Demonstrationen in der letzten Zeit.

Als Antwort auf die erstarkenden Kämpfe zeigt der imperialistische Staat immer brutaler und offener seinen faschistischen Charakter.

Überall im Land füllen sich die Gefängnisse mit politischen Gefangenen. Gehirnwäsche, Folterung durch Isolierhaft und andere Foltermethoden, Erpressungen und Drohungen, Schläge und Schüsse gegen streikende und demonstrierende Arbeiter und Bauern, bis hin zu politischen Morden sprechen eine deutliche Sprache. Die besondere Verfolgung von Kommunisten, schon allein wegen ihrer Gesinnung, unterstreicht diese Tatsache. Hier ist die Kampffront der ROTEN HILFE. So hat die RH eine breite Kampagne zur Unterdrückung der Gefangenen von der Roten Armee Fraktion durchgeführt. In vielen großen Städten Westdeutschlands, so auch in Kiel, verbreitete die ROTE HILFE Solidaritätsaufrufe, sammelte Unterschriften gegen die barbarischen Foltermethoden, führte Veranstaltungen, Sammlungen und Demonstrationen durch.

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!
KAMPF GEGEN FOLTER, TERROR UND MORD

Die ROTE HILFE hat sich klar für den Kommunismus entschieden. Sie bekämpft den Kapitalismus und zieht einen klaren Trennungsstrich zwischen Freund und Feind. Deshalb entlarvt sie auch die D"K"P" und S"E"W" - Revisionisten, die uns weis machen wollen, man könne den Kommunismus mit dem Stimmzettel erreichen. Diese Herren wollen mit ihrer Politik nur erreichen, daß wir auf ewig und gedeih in den Fesseln des Kapitalismus bleiben. Die Perspektive, die sie uns anbieten, ist, den Kerker in der Bundesrepublik mit dem Kerker in der DDR zu vertauschen.

DAGEGEN KÄMPFT DIE ROTE HILFE FÜR EIN
VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES
DEUTSCHLAND!

"Überall da, wo das Volk unterdrückt wird und sich dagegen erhebt, ist die Kampffront der ROTEN HILFE. Sie entfaltet so weit wie möglich die proletarische Massensolidarität mit allen revolutionären politisch Verfolgten.

Jedermann kann, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg, Mitglied der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sein, wenn er sich in die aktive revolutionäre Solidaritätsfront einreicht. (Zitat aus dem Programm der RHD)

KÄMPFT MIT DER ROTEN HILFE

In Kiel hat die ROTE HILFE seit dem Sommer 74 die Arbeit aufgenommen. Ihre erste große Kampagne war die breite Propagierung des Mordes an dem KPD/ML Mitglied Günter Routhier, der durch Schläge und Mißhandlung durch die Polizei ermordet wurde. Zur Unterstützung der Familie Routhier wurden in Kiel über 800.- DM gesammelt.

Heute steht die ROTE HILFE vor der Aufgabe die Angeklagten Freunde und Genossen, die die Wahrheit über diesen Mord verbreitet haben, zu unterstützen. So hat die ROTE HILFE ende des letzten Jahres die Kommunisten von Lindenau, die auf einer Betriebsversammlung über die Ermordung Günter Routhier verurteilt und daraufhin entlassen wurden, bei ihren Arbeitsgerichtsprozessen gegen die Firma Lindenau, materiell und moralisch unterstützt.

"Die Solidaritätsfront der ROTEN HILFE ist nicht auf die Grenzen unseres Landes beschränkt. Unsere Solidarität gilt allen um ihre Unabhängigkeit und Befreiung kämpfenden Völkern, besonders denen, die unter faschistischer Terrorherrschaft leiden und denen, die bereits ihre Waffen zur Befreiung erhoben haben. Sie gilt allen verfolgten ausländischen Klassenbrüdern". (Zitat aus dem RH-Programm)

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

"Arbeiter, Bauern, Werktätige, Interlektuelle, Hausfrauen, Rentner und Arbeitslose, Soldaten, Schüler und Studenten!

Jeder, der den Kampf gegen die politische Unterdrückung tatkräftig führen will, der sich aktiv in die breite Front der proletarischen Klassensolidarität einreihen will, gehört in die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS. So ist die ROTE HILFE eine unentzerrliche Waffe im Kampf der Werktätigen für ihre Befreiung, für die proletarische Revolution und den Sozialismus.

Kommt zu den Veranstaltungen der RHD in Kiel am 7.3.75 um 19.00 Uhr in der Ostseehallengaststätte
in Hamburg am 22.3.75 zur nationalen Gründungsveranstaltung der RHD

LEST DAS PROGRAMM UND STATUT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Impressum:

Verantw. i.s.d.p.g. Klemm Buchhandlung Hauberg, Gutenbergstr.46
Kontaktadresse der RHD-Kiel, Buchh. Hauberg, Gutenbergstr.46 Freitag, 16-18Uhr
Auflage: 5000
Druck: Eigendruck



Hans-Litten-Archiv

Die Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen ist zugleich die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrückung, Verfolgung und Repression. Um diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde am 18. Februar 2005 in Göttingen das Hans-Litten-Archiv gegründet. Ziel des Vereins ist die Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen.

Der Verein fördert Wissenschaft und Forschung, Volksbildung und internationale Gesinnung. Zu seinen Aufgaben gehört:

Hans-Litten-Archiv

Verein zur Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen (Rote-Hilfe-Archiv) e.V.

Lange Geismarstr. 3
37073 Göttingen
Tel. 0551-7708007
email@hans-litten-archiv.de
www.hans-litten-archiv.de

Der Verein ist eingetragen beim Vereinsregister des Amtsgerichts Göttingen, VR 2835, und vom Finanzamt Göttingen unter der StNr. 20/206/22070, Verz.Nr. 2207, am 13.6.2005 als gemeinnützig anerkannt.

★ Dokumente und Materialien, die sich mit der deutschen und internationalen Geschichte der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung sowie der sozialen Bewegungen seit dem ersten Weltkrieg befassen, aus aktuellen und historischen Zusammenhängen zu beschaffen, zu sammeln, zu sichern und aufzubereiten; ein Schwerpunkt der Tätigkeit liegt bei der Verfolgungsgeschichte während des NS-Regimes

★ Sein Material und seine Ergebnisse zu veröffentlichen, in Seminaren und Vorträgen zu verbreiten und in sonstiger Weise der wissenschaftlichen Forschung und der Bildungsarbeit zur Verfügung zu stellen.

★ Den Aufbau eines der interessierten Öffentlichkeit zugänglichen Archivs zu gewährleisten und dessen materielle und sachliche Ausstattung langfristig zu sichern.

Bankverbindung:

Hans-Litten-Archiv e.V.
IBAN: DE86 2605 0001 0000 1381 15
BIC: NOLADE21GOE
Sparkasse Göttingen

BEITRITS- UND SPENDENERKLÄRUNG / EINZUGSERMÄCHTIGUNG FÜR HANS-LITTEN-ARCHIV

- Ich spende einmalig einen Betrag in Höhe von _____ €
 Ich möchte Fördermitglied für das Hans-Litten-Archiv werden

Ich ermächtige den Vorstand des Hans-Litten-Archivs, jederzeit widerruflich, meinen Betrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen.

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von:

- 25 € jährlich.
 50 € jährlich.
 freiwilliger Beitrag pro Jahr (über 25 €) _____ €

Spenden an das Hans-Litten-Archiv sind steuerlich absetzbar!

Vorname und Name

Straße und Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefonnummer

e-mail

Name und Ort des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum und Unterschrift

157.71 petra schelm
erschossen



lernen

und
kämpfen

155

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe, Band II

Hans-Litten-Archiv

